



»Auf der Flucht vor humanitären Krisen: zur sozialen Dimension des Klimawandels«

Dokumentation

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhalt

<i>Kim Weidenberg</i> Zusammenfassung Klimapolitik – Eine Frage sozialer Gerechtigkeit	3	<i>Cosmin Corendea</i> Es sind alles menschliche Wesen: »Lasst keinen zurück«	38
<i>Dagmar Enkelmann</i> Begrüßung zur Konferenz »Klimawandel – Eine soziale Frage«	6	<i>Ulla Jelpke</i> Anforderungen an die Migrationspolitik in Deutschland und der EU	39
<i>Dietmar Bartsch</i> Einführung: Klimawandel und Klimagerechtigkeit	8	<i>Doris Peschke</i> Flüchtlingskrise: Europäische Herausforderungen	40
<i>Annette Groth, Inge Höger</i> Klimagerechtigkeit braucht eine andere Produktionsweise	11	<i>Christoph Marischka</i> Gefährlicher Nexus: Rüstung, Migration und Klima	42
<i>Michael Müller</i> Die Welt in der Wachstumsfalle	14	<i>Mussa Billegeya</i> Umweltkonflikte in Afrika und die militärischen Folgen	44
<i>Eva Bulling-Schröter</i> Klimawandel in der Politik	17	<i>Heike Hänsel</i> Falsche Sicherheit von Klimarisikoversicherungen. Risiken für Betroffene des Klimawandels und die Möglichkeit für reichen Staaten, sich aus der Verantwortung zu stehlen	47
<i>Joan Carling</i> Das solidarische Volk als politische Kraft im Klimaschutz	19	<i>Nikolas Scherer</i> Versicherung gegen Klimawandel	49
<i>Sabine Minninger, Thomas Hirsch</i> Menschenrechtsverletzungen durch Klimawandel: Die Armen trifft es zuerst	21	<i>Jan Kowalzig</i> Klimagerechtigkeit durch das Pariser Abkommen?	51
<i>Kai Niebert</i> Gerechtigkeit im Anthropozän: Warum Klimapolitik in Wirklichkeit Sozialpolitik ist	23	<i>Simone Ruiz</i> Klimaversicherungen bieten ein finanzielles Sicherheitsnetz	53
<i>Nnimmo Bassey</i> Den Flammen entkommen	32	<i>Sabine Leidig</i> Stopp des Klimawandels nur mit radikaler Veränderung der sozialen Verhältnisse	54
<i>Angela Oels</i> Der Protest der Inselbewohner Klimaflüchtlinge? Nein – »Climate Warriors«!	34	Portraits	56
<i>Mamadou Mbodji</i> Klimawandel und internationale Migration	36	Weiterführende Links:	62

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Heike Hänsel, Jan Korte

Redaktion: Kim Weidenberg
Layout/Druck: Fraktionsservice

Fotos: Uwe Hirsch, soweit nicht anders erwähnt

Endfassung: 6. November 2015

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

151015

Zusammenfassung Klimapolitik – Eine Frage sozialer Gerechtigkeit

Es war wie ein Vorbote des Klimawandels: Bei brütender Hitze diskutierten am 3. und 4. Juli 2015 über 80 Expert*innen und Klimaaktivist*innen aus dem globalen Süden und dem globalen Norden gemeinsam mit sieben Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion auf der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ausgerichteten Konferenz: »Auf der Flucht vor humanitären Krisen: zur sozialen Dimension des Klimawandels«.

Dietmar Bartsch, der 2. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, machte zu Beginn der Konferenz deutlich, dass sich DIE LINKE für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft einsetzt hin zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Gesellschaft. Er wies ebenso wie Annette Groth, die Sprecherin für Menschenrechtspolitik der Linksfraktion, auf den direkten Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und Nachhaltigkeit hin und auf die Notwendigkeit zur Umverteilung von Vermögen, Arbeit, Zeit und Einkommen.

Verfehlte Klimapolitik

Der Bundesvorsitzende der NaturFreunde Deutschlands, Michael Müller, führte umfassend in die Problematik ein. Er betonte, dass nur ein grundlegender Wandel der herrschenden Wirtschaftslogik und eine Beendigung der Wachstumsideologie den zunehmenden Klimawandel verlangsamen könne. Eva Bulling-Schröter, Sprecherin für Energie- und Klimapolitik der Fraktion DIE LINKE, erklärte die bisherigen markt-basierten klimapolitischen Instrumente wie der Emissionshandel, der Clean-Development-Mechanismus und die »REDD«-Waldschutzprogramme für gescheitert.

Menschenrechtsexpert*innen wie Sabine Minninger von Brot für die Welt wiesen auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen und auf die soziale Ungerechtigkeit sowohl durch Klimawandel als auch durch verfehlte Klimapolitik hin. Die Notwendigkeit des sofortigen Handelns des Nordens wurde auch von den Vertreter*innen des Südens wie Nnimmo Bassey von der »Health of Mother Earth Foundation« (Nigeria) und Joan Carling vom »Asia Indigenous Peoples Pact« (Thailand) in den Vordergrund gestellt. Joan Carling und Nnimmo Bassey schilderten eindringlich, dass auch die Klimaschutz-Maßnahmen der Industrieländer die Lebensweisen ganzer Völker zerstören. So dürfen in Thailand indigene Völker plötzlich nicht mehr ihre Wälder nutzen, weil diese als anrechenbare CO₂-Einsparung für die Industrieländer gelten. Ähnliches geschehe auch mit Ackerflächen, die für die Produktion von Biokraftstoffen genutzt würden. Für Nnimmo Bassey weitet sich dieses Land-Grabbing nach und nach zu einem »Continent-Grabbing« aus. Der Klimawandel werde dazu führen, dass Afrika bald ein Kontinent ohne Afrikaner*innen sein werde, beschrieb er unmissverständlich. Der

Träger des Alternativen Nobelpreises spricht auch von einer »historischen Kolonisation der Atmosphäre durch die Industriestaaten«.

Wichtig seien die Organisation und das »Empowerment« der lokalen Gruppen, Basisbewegungen und lokalen Gemeinden, die als allererste gezwungen würden, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen, betonen alle



Vertreter*innen des globalen Südens. Deren Erfahrungen und Forderungen müssten in den Klimaverhandlungen in Paris gehört und als entscheidend wahrgenommen werden.

Allerdings machte sich niemand große Illusionen über die Bereitschaft von Regierungen, in Klimakonferenzen konkrete Verbesserungen zu erreichen. Ganz im Gegenteil, der Kampf gegen die Verursacher wurde in den Mittelpunkt gestellt. Professor Kai Niebert von der Universität Zürich machte in seinem Vortrag deutlich, dass auch in Deutschland die Klimapolitik zutiefst sozial ungerecht ist und vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien unter den Folgen von Umweltgiften in Kohleabbaugebieten und durch eine marktradikal belastende Lebensweise leiden. In den Diskussionen des ersten Tages kamen alle Teilnehmenden zu dem Schluss, dass die zerstörerische Lebens- und Wirtschaftsweise des kapitalistischen Nordens sozial benachteiligte Menschen sowohl im Norden als auch im Süden tötet.

Klimadiskurs entpolitisiert

Der zweite Tag der Konferenz war dem zutiefst menschenrechtsrelevanten Thema der »Klimaflüchtlinge« gewidmet. In ihrem Einführungsvortrag machte Professorin Angela Oels von der Universität Lund (Schweden)

deutlich, dass der Resilienz-Diskurs den Klimadiskurs entpolitisiert und dass »Klimaflüchtlinge« unter Berufung auf den Selbsthilfediskurs von den Ländern des Nordens im Stich gelassen werden. »Wir sollten uns dagegen wehren, gefährlich leben zu müssen. Es gelte, den Diskurs wieder zu öffnen und eine andere Welt zu erstreiten – ohne Klimawandel«, betonte Angela Oels in der Debatte. Die neu auftretenden »climate warriors«, Klimakämpfer*innen des globalen Südens, könnten dazu beitragen.

In den verschiedenen Workshops zu Militarisierung, Flüchtlingspolitik und zu dem aktuellen Thema der Klimaversicherungen wurde übereinstimmende Kritik an dem Verhalten der Industrienationen in den Klimaverhandlungen und der Flüchtlingspolitik sowie an der nicht wahrgenommenen Verantwortung für die Realität und ihre Opfer laut. Inge Höger, abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, machte deutlich, dass die deutsche Rüstungsindustrie sogar von dem

digungszahlungen geben muss, um den Leidtragenden von Klimaschäden ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Die Teilnehmenden der Tagung sprachen sich übereinstimmend für eine grundsätzlich veränderte Flüchtlingspolitik aus. »Klimaflüchtlinge müssen einen Rechtsanspruch auf menschenwürdige Behandlung, auf Ernährung, Unterkunft, Bildung bekommen – und Betroffene müssen diese Leistungen rechtlich einfordern können. Dazu müssen entsprechende Instrumente her«, betonte Annette Groth von der Fraktion DIE LINKE. Jan Kowalzig, Klimaexperte von Oxfam, betonte, die aktuelle Flüchtlingspolitik sei völlig unzureichend und wandte sich gegen eine Differenzierung von Fluchtgründen. Jeder Mensch habe, egal wo er lebe, ein Recht auf ein besseres Leben, auch auf ein Leben in Wohlstand.

Es gab eine kontroverse Diskussion um den geltenden Begriff des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR. Dieser bedeute ein sehr enges Mandat. Eine Erweiterung des



flickr/UN Photo, Tim McKulka

aktuellen Diskurs der »Flüchtlingsabwehr« profitiert, denn aufgrund der zunehmenden Nachfrage nach der Sicherung von Landesgrenzen und Niederschlagung von Aufständen kann sie mehr Militärgüter exportieren. Es wurden verschiedene Lösungen und Konzepte diskutiert, wie zum Beispiel die Anerkennung von Naturkatastrophen als Fluchtgrund und die Entschädigung von klimabedingten »Schäden und Verlusten« durch die Versacher oder durch private Klimaversicherungen. Klar wurde, dass es immer einen Mix aus verschiedenen legalen Regelungen zur Migration sowie von Entschä-

völkerrechtlichen Flüchtlingsbegriffs um »Klimaflüchtlinge« könne jedoch dazu führen, dass dieser dann leicht noch enger zum Nachteil aller Flüchtlinge gefasst werden könnte. Der neu in der UN-Diskussion verwendete Begriff der »Survival Migrants« könnte eine Alternative bieten, so Doris Peschke von der »Churches« Commission für Migrants in Europe« (Belgien). Dieser mache deutlich, dass es für viele Klimaflüchtlinge um das pure Überleben gehe. Sie haben im Unterschied zu anderen Migrierenden auch niemals mehr die Chance, in ihre Regionen zurückzukehren.

Eine sozial und ökologisch gerechte Welt schaffen

Die Teilnehmenden der Konferenz stellten fest, dass es für den Erfolg einer Klimabewegung im Norden und Süden von entscheidender Bedeutung sei, die Klimapolitik mit anderen Politikfeldern zu verbinden: Die kapitalistische Wirtschaftsweise beeinflusst und zerstört in allen Bereichen die Umwelt und das Klima, wie sie es zum Beispiel in der Verkehrspolitik tut, wie Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, herausstellte.

Von der Weltklimakonferenz, die im Dezember 2015 in Paris stattfindet, sind wegen der Blockadehaltung der Industrieländer und des großen Einflusses der Wirtschaft, die viel (fossile) Energie benötigt, kaum wegweisende Entscheidungen zu erwarten. Wichtiger ist die Organisation lokaler Gruppen, Basisbewegungen und Gemeinden, die als erste gezwungen sind, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen. Eine vertiefte Zusammenarbeit der Umwelt- und Klimagruppen mit Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen ist notwendig, um Veränderungen zu erreichen. Es gilt gemeinsam für eine andere Welt zu streiten – ohne Klimawandel. Der Klimawandel ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und eine Frage der Wahrung des Friedens auf unserer Erde.

Alle waren sich einig – es geht nicht darum, das Leben der Leidtragenden an den Klimawandel anzupassen. Der Resilienz-Diskurs, die Frage nach der immer besseren Anpassung an den Klimawandel, entpolitisiert die Diskussion. Es geht vielmehr darum, alles Menschenmögliche zu unternehmen, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern und eine sozial und ökologisch gerechte Welt zu schaffen.

Ein Stück praktische Solidarität

Am Ende der Konferenz überreichten fünf Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Nnimmo Bassey spontan einen Scheck in Höhe von 2500 US-Dollar, um dem Umweltaktivsten Lukman Sawadogo aus Burkino Faso ein zweijähriges Forstwirtschaftsstudium zu ermöglichen. Lukmans Vater hat ein aufsehenerregendes Projekt gestartet, was auch in einem Film (»The man who stopped the desert«) dokumentiert wurde. Der Sohn wird nach seinem Studium das Projekt seines Vaters fortsetzen. Das Stipendium für Lukman ist die Grundlage für das Studium und ein Stück praktische Solidarität.

Begrüßung zur Konferenz »Klimawandel – Eine soziale Frage«

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde und Gäste,

ich möchte Sie als Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung alle ganz herzlich zu unserer gemeinsamen Konferenz begrüßen, nicht ganz als Hausherrin, aber die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat hier im Hause auf mehreren Etagen ihre Büros.

Und wenn Sie etwas mehr über die Stiftung wissen wollen, dann gehen Sie einfach durchs Haus, bedienen sich an den Ständern mit dem Material über uns und sprechen Sie mit den Kolleginnen und Kollegen, von denen der eine oder andere heute und morgen auch hier bei der Konferenz mit dabei sein.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird Klimawandel oft einseitig verbunden mit globaler Erwärmung, mit dem Abschmelzen der Pole, mit dem Anstieg der Meeresspiegel, mit der Verschiebung von Klimazonen, dem Auftreten von Wetterextremen – so eine Hitzewelle zum Beispiel, die wir jetzt hier erleben – oder aber dem Verlust der biologischen Vielfalt. Die Folgen von Klimawandel sind tatsächlich sichtbar, sie sind messbar.

Und ich denke auch, was die Ursachen des Klimawandels anbetrifft, so sind sie hausgemacht. Das wird kaum noch ernsthaft bestritten. Ungebremstes Wachstum im Interesse von Maximalprofiten und aktuell der Verzicht auf die Klimaabgabe durch die Bundesregierung – das ist der beste, oder wenn man so will, ein schlechter Beweis dafür, dass in allererster Linie um Profite geht, denen alles geopfert wird und letzten Endes auch das Klima.

Oder nehmen wir die Zunahme von Schadstoffbelastungen durch zum Beispiel das Setzen auf fossile Energien. Denken wir an den Raubbau an der Natur durch das Abholzen riesiger Waldflächen, dadurch auch an Verlust von Co₂-Speichern.

Oder nehmen wir nur das Thema Massentierhaltung mit dem Anstieg der Methan-Belastung in der Umwelt. Klar ist eins: Klimawandel ist Menschenwerk. Und eine besondere Verantwortung tragen die Industrieländer und zunehmend auch die Schwellenländer.

Die ärmsten Länder sind am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen. Viel zu wenig noch im öffentlichen Blick sind tatsächlich die sozialen Folgen des Klimawandels. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass die Bundestagsfraktion an uns mit der Anfrage herangetreten ist, ob wir nicht zusammen Klimawandel auf einer Konferenz befassen wollen mit internationalen Gästen. Wir haben diese Anregung sehr gern aufgenommen.

Soziale Folgen – die Lebensgrundlagen ganzer Völker werden zunichte gemacht, Hunger, Durst und Armut haben ihre Ursache nicht zuletzt im Klimawandel. Krankheiten breiten sich aus und vieles andere mehr, über das auf dieser Konferenz zu sprechen sein wird.



Es gab einen Aufschrei, als 2006 der Berater der britischen Regierung, Nicolas Stern, die Folgen des Klimawandels für das wirtschaftliche und soziale Leben mit dem der Weltkriege verglichen hat.

Ich finde, man muss sogar noch weiter gehen. Der Klimawandel wird zu einer Gefahr für den Weltfrieden. Und schon heute gibt es regionale Kriege, in der Welt um Rohstoffe, um den Zugang zu Wasser, zu fruchtbaren Böden und anderes mehr.

Und: Klimawandel – und das ist einer der Schwerpunkte der Konferenz – wird zunehmend tatsächlich zur Fluchtursache, wird bis jetzt aber als Fluchtgrund politisch nicht akzeptiert. Was ist die Antwort der herrschenden Politik zum Beispiel in Deutschland? Das ist die Forderung, man müsse sich anpassen an den Klimawandel, man müsse ausgleichen und kompensieren. Mit Blick auf die Flüchtlinge ist es eher die Abschottung, das Abschieben von Flüchtlingen, die nicht hierher gehören oder Frontex.

Als Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir da einen anderen Anspruch und ich will das am Beispiel der Klimasondermittel deutlich machen. Wir bekommen als Stiftung – das sei hier kurz erwähnt – Mittel aus dem



Anti-Kohle-Protest 2014 in Berlin

flickr/Uwe Hirsch

Bundeshaushalt aus unterschiedlichen Ministerien und es gibt dazu, je nach Bedarf, auch Sondermittel, also auch Klimasondermittel. Nun, die setzen wir nicht ein zum Brunnenbauen oder um Bäume zu pflanzen.

Wir sind keine Organisation der Entwicklungszusammenarbeit und wir sind schon gar nicht der verlängerte Arm der Bundesregierung. Aber was wir mit diesen Mitteln machen, ist tatsächlich, dass wir den internationalen Diskurs organisieren über die Ursachen des Klimawandels, dass wir Aufklärung wollen im Sinne tatsächlich politischer Bildungsarbeit und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Regionen der Welt.

Wir wollen die Debatte um Alternativen zur gegenwärtigen Praxis des Welthandels, der Wirtschaftspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit führen. Wir organisieren zum Beispiel «Green Schools» in Südafrika, in Mauritius und Uganda. Das ist so eine Form unserer politischen Bildungsarbeit in diesen Ländern. Wir organisieren in vielen Regionen Workshops, Konferenzen und wir leisten, denke ich, einen großen Beitrag auch dazu, ein internationales Netzwerk zu schaffen von Aktivistinnen und Aktivisten in Sachen Klimawandel und den sozialen Folgen des Klimawandels.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird mit einer internationalen Delegation am Klimagipfel in Paris vertreten sein. Wir werden dort auf Side-Events, aber auch in den NGO-Foren als Stiftung mit einer internationalen Delegation vertreten sein. Wir ermöglichen damit, Aktivistinnen und Aktivisten unserer Partner in der Welt die Teilnahme an diesem Gipfel, insbesondere an den Gesprächen, die außerhalb des offiziellen Gipfels stattfinden mit Aktivisten aus der ganzen Welt.

Für uns ist ganz klar: Globale Gerechtigkeit wird nicht dadurch erreicht, dass Geld von Nord nach Süd verschafft wird, sondern globale Gerechtigkeit im Kampf gegen die sozialen Folgen des Klimawandels erfordert tatsächlich ein neues, gerechtes Weltwirtschaftssystem.

Ich freue mich sehr auf die Gäste, die wir auf dieser Konferenz haben. Ich freue mich sehr auf die Diskussionen, die wir auf dieser Konferenz führen und vor allem auch darauf, dass wir auch künftig weiter zusammenarbeiten.

Ganz herzlichen Dank.

Einführung: Klimawandel und Klimagerechtigkeit

Meine Damen und Herren,

liebe Freunde,

liebe Genossinnen und Genossen!

Im Namen des Vorstandes der Bundestagsfraktion DIE LINKE möchte ich Sie in einer ereignisreichen Woche herzlich begrüßen. Haben Sie vielen Dank dafür, dass Sie der gemeinsamen Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und unserer Bundestagsfraktion gefolgt sind.

Wir setzen große Erwartungen in diese Zusammenkunft. Wir sind gespannt auf Ihre Problemsicht, auf Ihre Überlegungen und Ihre Vorschläge. Ich möchte Sie auch ausdrücklich zur Kritik an der Politik ermutigen, die linke Politik eingeschlossen!

Die Überschrift dieser Konferenz verweist auf existenzielle Fragen unserer Zeit. Beim Klima geht es ums Ganze. Es geht um das Leben und um das Überleben auf unserem Planeten. Insofern ist es unverzichtbar, dass an dieser Konferenz Menschen aus der ganzen Welt teilnehmen. Ich danke Ihnen, dass Sie auch lange Wege nicht gescheut haben.

Wir alle wissen, Klimapolitik verlangt einen ganzheitlichen Ansatz. Sie wird letztlich nur dann erfolgreich sein, wenn es deutliche Fortschritte hin zu sozialer Gerechtigkeit gibt, wenn es gelingt, innerstaatliche und internationale Konflikte friedlich zu lösen, wenn demokratische Teilhabe und Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen gewährleistet sind.

Elementare Lebensbedingungen, wozu Nahrung, Trinkwasser und saubere Luft zählen, müssen verlässlich geschützt und dauerhaft gesichert werden. Alle diese Lebensmittel dürfen nicht dem Profitstreben unterliegen. Das ist scheinbar ein trivialer Satz, doch es ist eine Voraussetzung für die Bewältigung der gewaltigen Anforderungen, vor denen wir stehen.

Weil nach wie vor der Profit dominiert, sind Hunderttausende, ja Millionen auf der Flucht, um das nackte Leben zu retten. Klimaflüchtlinge gehören dazu. Die Europäische Union jedoch bekämpft Flüchtlinge statt Fluchtursachen.

Der Norden darf nicht länger zulasten des Südens leben. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, dass ganze Landstriche veröden oder gänzlich von der Erde verschwinden. Millionen Menschen sind davon bedroht.

Es ist die schlichte Wahrheit: Der Klimawandel ist so von Menschen gemacht, wobei die Verursacher am wenigsten unter seinen fatalen Folgen leiden. Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA bedrohen soziale und ökologische Standards, sie sind ein Angriff auf die Demokratie und auf die Umwelt.

DIE LINKE kämpft deshalb »für einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Wir brauchen eine regulierte, nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen eine Energiewende auf der Basis von erneuerbaren Energien ohne Atomkraft, die nicht zu Lasten der Menschen im globalen Süden geht und nicht



durch Zerstörung weiterer ökologischer Ressourcen erreicht wird.« So steht es in unserem Parteiprogramm. Das ist einfach aufgeschrieben und schwer zu machen!

Das Ziel der Partei DIE LINKE ist der demokratische Sozialismus, ist eine Gesellschaft, in der die wechselseitige Anerkennung der Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird. Im Deutschen Bundestag ist DIE LINKE die Partei mit dem größten Veränderungsanspruch. Sie ist Oppositionspartei. Es ist meine Überzeugung: Ohne die Veränderung von Machtverhältnissen wird es auch keine Klimagerechtigkeit geben.

Auf dem langen Weg dahin halten wir Reformen für möglich und setzen uns dafür ein. Veränderungen können nicht verordnet, sondern nur auf demokratischem Wege errungen werden. Ein zentrales Anliegen ist es, eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten zu erreichen.

Es ist Geld genug da, um buchstäblich alle Lebensfragen weltweit zu lösen. Die reichsten 85 Menschen auf der Erde besitzen genau so viel wie die Hälfte der Menschheit mit dem geringsten Einkommen und Besitz. 85 Personen besitzen so viel wie 3,5 Milliarden Menschen! Das ist asozial! Das gefährdet die Zukunft der



flickr/UN Photo, Tim McKulka

Welt! Weltweit werden jährlich etwa 3 Milliarden Dollar für Klimaforschung ausgegeben. Die jährlichen Reingewinne eines einzigen großen Ölkonzerns betragen rund 30 Milliarden Dollar!

Meines Erachtens gibt es einen direkten Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und Nachhaltigkeit. Es geht um Umverteilung in einem umfassenden Sinn – Umverteilung von Vermögen, Arbeit, Zeit und Einkommen, letztlich auch um eine grundlegende Änderung der Geschlechterverhältnisse.

Die deutsche Bundesregierung feiert sich dafür, dass sie einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt hat. Keine Schulden zu machen, sei eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Das stimmt und ist doch nur ein Teil der Wahrheit. Die deutsche Regierung verschweigt **nämlich**, dass auf jeden Deutschen eine durchschnittliche Staatsschuld von 26.000 Euro entfällt.¹

Was aber viel schwerer wiegt: Wenn wir versiegelte Landschaften und verseuchte Böden hinterlassen, versündigen wir uns gegenüber künftigen Generationen. Wir machen uns schuldig, wenn wir unseren Kindern eine marode Infrastruktur hinterlassen und an der Bildung sparen. Die in Deutschland regierende Große Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten betreibt eine für Klima und Umwelt verhängnisvolle Politik. Um nur wenige Beispiele zu nennen:

In der Energiepolitik privilegiert sie die große Industrie zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Die Strompreise haben sich seit dem Jahr 2000 verdoppelt, viele können das nicht mehr bezahlen, Hunderttausenden wird jähr-

lich der Strom abgeschaltet. Für Fracking wird die Tür zumindest offen gehalten. Die Bodenpreise steigen ins Unermessliche zulasten der Landwirtschaft. Hierzulande entstehen oft Gewerbeparks oder Ferienanlagen, andernorts – mitunter auch bei uns – entstehen Wüsten.

Unsere Regierung bejubelt einen Haushalt ohne Neuverschuldung, zugleich ist Deutschland meilenweit von dem Ziel entfernt, dass 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden.

Der Schweizer Globalisierungskritiker Jean Ziegler bringt damit verbundene Herausforderungen, aber auch die Chancen zu ihrer Lösung auf den Punkt, wenn er sagt:

»... alle fünf Sekunden verhungert ein Kind oder stirbt an den unmittelbaren Folgen des Hungers – 57.000 Menschen pro Tag – und knapp eine Milliarde Menschen ist schwer unterernährt.

Und gleichzeitig könnte die Weltlandwirtschaft problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren.«²

Hier und da ist Befriedigung über klimapolitische Ergebnisse des jüngsten G7-Gipfels zu vernehmen. Zunächst: Klimavereinbarungen ohne China, Russland und Indien, ohne Südamerika und Afrika sind ebenso absurd und unrealistisch wie anmaßend.

Hinzu kommt: Das Konstrukt dieser Gipfel ist mindestens so fragwürdig wie der Wert seiner Absichtserklärungen. Der Gipfel 2007 in Heiligendamm wurde als

¹ Der Spiegel 26/2015, S. 19

² G7 ist eine reine Zirkusveranstaltung. Gespräch mit Jean Ziegler. Handelsblatt vom 8. Juni 2015.

zweiter Frühling der internationalen Klimadiplomatie gefeiert. Nur zwei Jahre später, 2009 auf der Klimakonferenz in Kopenhagen, ging diese völlig in die Brüche.

Ob die Weltklimakonferenz im Dezember 2015 in Paris Grund zu Zuversicht bieten wird, ist fraglich. Bei aller Skepsis muss aber für positive Ergebnisse gekämpft werden. Ich könnte auch sagen: Das Abendland könnte ja einmal auf die Worte des Papstes hören!

Wir wissen um die nicht geringen Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie und um deren Auswirkungen. Wer in Armut lebt, wird schwerer als andere für den Schutz der Natur zu gewinnen sein. Ganz zu schweigen von denen, deren Existenz bedroht ist. Für sie müssen wir die Lebensbedingungen ändern. Bei anderen gilt es, Gleichgültigkeit und Desinteresse zu überwinden. Das alles ist mühevoll, aber eine vernünftige Alternative dazu gibt es nicht.

Mit den genannten Widersprüchen ist auch meine Partei konfrontiert. In besonders drastischer Weise zeigt sich das im Bundesland Brandenburg, in dem wir gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei die Landesregierung stellen. In Brandenburg liegen einige der größten Braunkohle-Abbaugelände Deutschlands nebst dazugehörigen Kraftwerken. Zugleich ist Brandenburg in Deutschland, teilweise sogar in Europa, Spitzenreiter bei der Nutzung erneuerbarer Energien.

So kommt es, dass wir auf Parteitag und im Alltag mit sehr unterschiedlichem Protest konfrontiert wer-

den: Kohlekumpel demonstrieren für die Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Bürgerinnen und Bürger für die Fortexistenz ihrer von Abbaggerung bedrohten Dörfer.

Auch Mitglieder unserer Partei beteiligen sich sowohl an Bürgerinitiativen gegen Luftverschmutzung oder Gewässerverunreinigung, als auch an solchen gegen wohnortnahe Windkrafttrödele oder derartige Einrichtungen in geschützten Landschaften.

Wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Natürlich ist es ein großes Problem für die Kommunen, wenn veraltete Industrien aufgegeben werden und deshalb Einnahmen aus der Gewerbesteuer wegbrechen. Selbstverständlich belastet es Mieterinnen und Mieter, wenn in der Folge von Maßnahmen zur Wärmedämmung die Wohnkosten steigen. Alternative Konzepte sind folglich ebenso unerlässlich wie das Ringen um neue Einsichten.

Klimagerechtigkeit ist ein weltpolitisches Thema, mit dem wir es jeden Tag vor unserer Haustür zu tun haben. Der deutsche Soziologe Max Weber sagte: »Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.«³ Helfen Sie uns mit Ihrem Sachverstand und Ihrem Enthusiasmus, das auch in der Klimapolitik erfolgreich zu tun!

Danke.

³ Politik als Beruf. München und Leipzig: Duncker & Humblot, 1919, S. 66

Klimagerechtigkeit braucht eine andere Produktionsweise

Im Juli 2015 hat die Bundesregierung wieder einmal gezeigt, dass sie die Folgen des Klimawandels restriktiv und zulasten der Betroffenen handhaben will und die Bekämpfung des Klimawandels selbst den Interessen der Industrie unterordnet. Z.B. werden die großen Energieversorgungsunternehmen mit Milliarden an Steuergeldern bedacht, damit sie die alten und enorm

der Carteret-Inseln zu evakuieren. Damit gab sie ihren jahrzehntelangen Kampf gegen die steigenden Fluten im Südpazifik auf. Die 980 Einwohnerinnen und Einwohner, die auf eine 100 Kilometer entfernte Inselgruppe umgesiedelt wurden, waren die ersten Menschen, die staatlicherseits offiziell als Klimaflüchtlinge bezeichnet wurden. Durch die zunehmenden Salzwasserüber-



schmutzigen Braunkohlekraftwerke zeitweise herunterfahren. Damit hat sich die Kohlelobby durchgesetzt. Zwar werden durch den Beschluss der Bundesregierung 2,7 Gigawatt Kraftwerksleistung vom Markt genommen, jedoch werden dadurch nur 12,5 statt – wie bis 2020 geplant – 22 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Statt Steuergelder für eine schnelle Förderung der erneuerbaren Energien einzusetzen, werden die Profite der Kohlestromunternehmen mit diesem Geld noch mehr gesteigert werden.

Der Beschluss, die Abschiebung von Flüchtlingen zu erleichtern, ist auch in diesem Zusammenhang ein Skandal. Die Argumentation von Innenminister de Maizière, es müsse »klarer unterschieden werden zwischen denjenigen, die Anspruch auf Schutz in Deutschland haben und denjenigen, für die dies nicht gelte«, ist zynisch. Er verleugnet die Tatsache, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen, Opfer von Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung und vor allem auch Opfer des neoliberalen Weltwirtschaftssystems – das den Klimawandel verursacht – sind. Mit dem Asylverschärfungsgesetz setzt die Bundesregierung ihre restriktive, inhumane Flüchtlingspolitik fort.

Die weltweite Klimaveränderung ist alarmierend. Zum Beispiel entschied die Regierung von Papua Neuguinea im November 2005, die Einwohnerinnen und Einwohner

schwemmungen waren die Böden unfruchtbar und die Häuser unbewohnbar geworden.

Auf den Inseln in den kleinen Pazifikstaaten wissen die Menschen, dass es nicht mehr darum geht, ob, sondern wann sie ihre Heimat verlassen müssen, bevor ihre Atolle im Meer versinken. Für die Inselstaaten im Pazifik droht ein totaler Territoriumsverlust. Hier wird sich dann in Zukunft die Frage stellen, ob der Staat völkerrechtlich trotzdem bestehen bleibt: Wo siedelt sich die betroffene Bevölkerung an? Wer nimmt die Migrantinnen und Migranten auf und gewährt ihnen Schutz? Besteht ein Staat ohne Territorium in seiner Rechtsform weiter? Behält der Staat das Recht auf seine Hoheitsgewässer, etwa für die Fischerei?

Wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass der Meeresspiegel in diesem Jahrhundert um bis zu einen Meter ansteigen könnte. Fast zwei Drittel aller Menschen weltweit leben nur 100 Kilometer von einer Küste entfernt. 30 der 50 größten Megacities liegen am Meer. Es besteht die Gefahr, dass allein durch den ansteigenden Meeresspiegel bis zu 634 Millionen Menschen gezwungen sein könnten, ihre angestammten Wohnregionen zu verlassen.

In seiner Umwelt-Enzyklika »Laudato Si« kommentiert Papst Franziskus die aktuelle Situation mit folgenden

Worten: »Die soziale Ungerechtigkeit geht nicht nur Einzelne an, sondern ganze Länder und zwingt dazu, an eine Ethik der internationalen Beziehungen zu denken. Denn es gibt eine wirkliche „ökologische Schuld“ – besonders zwischen dem Norden und dem Süden«. Und weiter: »Wir stellen fest, dass es häufig multinationale Unternehmen sind, die so handeln und hier tun, was ihnen in den entwickelten Ländern bzw. in der sogenannten Ersten Welt nicht erlaubt ist.« DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, endlich verbindliche Standards und Regeln zur Kontrolle der transnationalen Konzerne beschließen.

Jedoch handeln die globalen Eliten gegenteilig: Zwei Jahrzehnte Klimaverhandlungen haben keinen wirklichen Durchbruch gebracht. Die ursprünglichen, ohnehin unverbindlichen Klimaschutzziele wurden noch einmal deutlich abgeschwächt. Ziel müsste eine durchschnittliche Treibhausgas-Emission pro Kopf und Jahr von weniger als zwei Tonnen sein. Durch die wachstumsfixierte Wirtschafts-ideologie lag die durchschnittliche Pro-Kopf-Produktion von Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2013 jedoch bei etwa 11,5 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten. Die Bonner Klimaverhandlungen im Frühjahr 2015 haben hier keinen wirklichen Fortschritt gebracht. In keiner der wichtigen Fragen ist es zu einer substantziellen Einigung gekommen.

Schon auf dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 waren sich alle einig, dass eine Erderwärmung von über zwei Grad Celsius zu einem bedrohlichen Klimawandel führen werde. Sie erkannten den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen der Menschheit an und sahen gefährliche, von Menschen verursachte Störungen des Klimas voraus. Die Delegationen forderten zwar eine Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels, zogen jedoch keine Konsequenzen. Ihre unverbindliche Kompromissformulierung war, dass der Höhepunkt der Emissionen »so bald wie möglich« erreicht sein sollte. Wahrscheinlich wird auch die Klimakonferenz in Paris im November 2015 keine spürbaren Verbesserungen bringen.

Naomi Klein hat darauf hingewiesen, dass aktuelle Studien der Weltbank, von PricewaterhouseCoopers oder der Internationalen Energieagentur heute davon ausgehen, dass bei der derzeitigen Klimapolitik mit einem Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad Celsius gerechnet werden muss.

Bereits Mitte der 1980er Jahre hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) auf das wachsende Flüchtlingsproblem infolge sich wandelnder Umweltbedingungen hingewiesen. In Kapitel 12 der 1992 in Rio verabschiedeten Agenda 21 wurde der Begriff »Umweltflüchtlinge« ausdrücklich verwendet. Trotzdem ist die Debatte um die sozialen Folgen des Klimawandels bis heute noch immer ein Randthema.

Wasser ist eine der wertvollsten Ressourcen. Mehr als 700 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Spätestens im Jahr 2030 wird die Nachfrage nach sauberem Süßwasser das Angebot

um etwa 40 Prozent übersteigen. Sao Paulo und Rio de Janeiro sitzen in Folge der Abholzungen im Amazonas und des ungebremsen Wasserverbrauchs fast auf dem Trockenen. In den Vorstädten Sao Paulos ist das Wasser bereits zeitweise rationiert. Marode Wasserrohre, verschmutzte Flüsse und extreme Trockenheit tragen dazu bei, dass hier eine explosive Mischung im zunehmenden Kampf um sauberes und bezahlbares Trinkwasser entsteht.

In anderen Regionen, z.B. in Zentralasien, im südlichen Afrika, rund um das Mittelmeer sowie im Nahen- und Mittleren Osten, wird der Kampf um sauberes Trinkwasser weiter zunehmen. Laut einigen Expert*innen wird z.B. in Jordanien die jährliche Regenmenge in wenigen Jahren um bis zu 90 Prozent zurückgehen.

Mit dieser Konferenz wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass die Folgen des Klimawandels als soziale Frage mehr als bisher in den öffentlichen Fokus kommen und in den Ländern des globalen Nordens endlich die dringend notwendige Diskussion über eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftssysteme einsetzt. Eine verantwortungsvolle Politik der Staaten des globalen Nordens muss sich den beschriebenen Herausforderungen stellen. Notwendig ist eine radikale Umkehr unseres Denkens und Handelns, das immer noch dem Wachstumsgedanken verhaftet ist.

Gleichzeitig braucht die EU eine an den Menschenrechten orientierte humane Flüchtlingspolitik. Nicht die »Festung Europa«, sondern offene Grenzen für Menschen in Not müssen das Ziel sein. Die Industriestaaten des globalen Nordens müssen Verantwortung für die Folgen des Klimawandels übernehmen.

Durch den Klimawandel werden sich die Dimensionen von Flucht deutlich verändern. Laut UNHCR befanden sich Ende 2014 weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor bewaffneten Konflikten, Elend und Verfolgung. Fast zwei Drittel aller Geflüchteten bleiben als Binnenflüchtlinge in den eigenen Ländern oder fliehen in die Nachbarländer. Nur jeder fünfte Flüchtling schafft es überhaupt, in die Industrieländer zu kommen. Die größten Flüchtlingsbevölkerungen der Welt lebten Ende 2014 in der Türkei (1,6 Millionen), Pakistan (1,5 Millionen), Libanon (1,2 Millionen), im Iran (980 000) und in Äthiopien (660 000). Ein Großteil der Flüchtlinge wird also von den armen Ländern des globalen Südens aufgenommen. Die radikale Abschottungspolitik der reichen Staaten des Nordens ist zynisch.

Die Fraktion DIE LINKE fordert eine Neuorientierung der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Klimaflüchtlinge müssen einen Rechtsanspruch auf menschenwürdige Behandlung erhalten. Ihnen muss das Recht auf gesunde Ernährung und angemessene Unterkunft sowie Bildung, Gesundheit und das Recht auf Arbeit gewährt werden.

Die Verantwortlichen in Deutschland und der EU müssen endlich sichere und legale Wege für die Einreise von Flüchtlingen schaffen und die militärischen



Annette Groth und Inge Höger überreichen stellvertretend für fünf Abgeordnete Nnimmo Bassey einen Scheck für die Ausbildung eines Umweltaktivisten

Operationen gegen Schutzsuchende sofort beenden. Notwendig ist eine zivile Seenotrettung im gesamten Mittelmeer und ein Ende aller völkerrechtswidrigen Push-Back-Operationen. International müssen Regionen, die besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, finanzielle und logistische Unterstützung erhalten. Klimaflucht muss als neuer Asyltatbestand international anerkannt werden.

In der internationalen Rechtsprechung müssen Mechanismen entwickelt werden, damit Betroffene des Klimawandels Ansprüche auf Schutz und Unterstützung geltend machen können. Sie müssen Kompensationsleistungen einfordern können, wenn sie ihr Land und ihr Eigentum durch die Folgen des Klimawandels verlieren.

Wenn die globalen Eliten allerdings weiter den Prinzipien des sogenannten Washington-Konsenses (Privatisierung öffentlicher Güter, totale Mobilität und Entstaatlichung) folgen, so haben wir wenig Hoffnung. Wenn die

Freihandelsabkommen TISA, CETA und TTIP verabschiedet werden, wird der Traum der Neoliberalen Realität: »stateless global governance« (globale Steuerung ganz ohne Staat): Die Konzerne erteilen den Regierungen Befehle und klagen gegen Gesetze, die ihre Profite einschränken.

Die Chancen auf eine radikale Veränderung unseres neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems stehen derzeit nicht gut. Mit den bereits erwähnten Freihandelsabkommen geht die Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche in die nächste Runde. Die Interessen der transnationalen Konzerne werden von den Eliten mit aller Gewalt durchgeboxt. Wir können Papst Franziskus nur zustimmen, wenn er den Lebensstil des herrschenden Wirtschaftssystems als »selbstmörderisch« bezeichnet. Wenn es zu keiner radikalen Veränderung der Politik und des Wirtschaftssystems kommt, werden die sozialen Folgen für die Menschen und die ökologischen Folgen für das Klima dramatisch sein.

Die Welt in der Wachstumsfalle

Die organisierte Verantwortungslosigkeit

Spätestens seit der Veröffentlichung des 4. Sachstandsberichts des Weltklimarates (IPCC) im Jahr 2007 ist klar, dass nicht weniger als das Schicksal von Hunderten von Millionen Menschen, die von der Erderwärmung schon in den nächsten Jahrzehnten unmittelbar bedroht sein werden, auf dem Spiel steht. Die Warnung, dass wir wahrscheinlich bis zum Ende des 21. Jahrhunderts mit einer globalen Erwärmung von 2,5 bis 3 Grad Celsius rechnen müssen, steht unverändert seit Mitte der 1980er Jahre. Doch wir können nicht sagen, dass die Weltgemeinschaft die Zeichen der Zeit erkannt hat. Wahrscheinlich müssen wir sagen: Es war eine Zeit der Verantwortungslosigkeit und des Versagens.

Zuerst sind die betroffenen und werden weiterhin betroffen sein, die sich weniger als die starken Industriestaaten wehren und ihre Interessen durchsetzen können: die Inselstaaten im Pazifik, große Teile Afrikas und weite Küstenzonen und Flussdeltas, meist Regionen, wo der ärmsten Menschen der jeweiligen Region leben. Mittelbar wird von den Folgen des anthropogenen Klimawandels natürlich die ganze Erde betroffen sein. Gewaltige Migrationsströme, soziale Ungleichheit und politische Spannungen werden verstärkt, ja sogar Klimakriege werden denkbar.

Ende jeden Jahres passiert dasselbe: Die UN-Klimakonferenzen werden zum Last Exit hochgeschrieben, um eine sonst nicht mehr zu beherrschende Katastrophe abzuwenden. Dabei werden die Anforderungen schon zurückgeschraubt. Im Zentrum der Verhandlungen steht längst nicht die Verhinderung einer Klimakatastrophe, dieses Ziel wäre vor zwei Jahrzehnten vielleicht noch möglich gewesen. Seitdem hat sich der Schwerpunkt der Debatte immer mehr auf die Anpassung an den Klimawandel verlagert. Heute geht es, was als großer Durchbruch gefeiert wird, um die Begrenzung der globalen Erwärmung auf Zwei-Grad-Celsius. Die Hauptverursacher des Klimawandels sorgen dafür, dass weitergehende Ziele nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. In Wahrheit bedeutet das Zwei-Grad-Ziel schon ein Versagen der Politik. Die ärmsten Länder werden dem Niedergang geopfert, im Kern den Wachstums- und Wirtschaftsinteressen der reichen Staaten und den herrschenden Schichten.

Die Intervention des kleinen Inselstaates Tuvalu auf der Klimakonferenz in Kopenhagen und die Reaktion darauf machten die Verlogenheit der selbsternannten Weltenretter deutlich. Eine Folge des Klimawandels ist der Anstieg des Meeresspiegels. Seit 2001 wissen wir, dass Tuvalu, das kleine Inselreich in der Südsee, das nur knapp über dem Meeresspiegel liegt, unterzugehen droht. Der pazifische Ozean ist durch den Klimawandel bisher »nur« um etwas mehr als 25 Zentimeter angestiegen, aber diese Durchschnittszahl allein sagt zu wenig

über die Extremwerte aus, die in den Wintermonaten deutlich mehr als ein Meter betragen und dann die 9.000 Menschen bedrohen, die auf der Insel leben.

Tuvalu, das zwischen Australien und Hawaii liegt, ist der viertkleinste von den Vereinten Nationen anerkannte Staat. Durch die Erosion der Strände müssen die Menschen gegen Überflutungen kämpfen. Sie suchen bereits eine neue Heimat, viele sind schon nach Neuseeland übergesiedelt. Eigentlich wollen sie die Insel nicht verlassen, sondern erwarten Hilfe von der



Weltgemeinschaft. Deshalb reist Umweltminister Tausch seit Jahren von einer Klimakonferenz zur anderen und ruft die Teilnehmer auf, endlich mehr gegen den Klimawandel zu tun. Tatsächlich bedeutet das Zwei-Grad-Ziel für Tuvalu schon das Ende.

Die UN-Klimagipfel bleiben weit hinter dem zurück, was zum Schutz der Erde notwendig ist. Eine Regierung versteckt sich hinter der anderen. Gespielt wird Schwarzer Peter, was bedeutet: Die Katastrophe kommt, so dass die Einschnitte zum Schutz des Klimas immer tiefer werden, je länger wir warten. Langsam wird der Kern für das Versagen deutlich: Wir müssen den Widerspruch zwischen Wissen und Handeln beenden, aber das heißt: Die Abhängigkeit der Staaten vom Wachstum.

Die öffentliche Debatte über den anthropogenen Klimawandel begann 1987. Die Deutsche Physikalische und die Deutsche Meteorologische Gesellschaft warnten in einem eindringlichen Appell vor einer massiven Erderwärmung durch die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle, durch eine industrialisierte Landwirtschaft, die Abholzung der Wälder, das Leerfischen der Meere, die Degradierung der Böden und Chemikalien, die alle zusammen

die Chemie und Dynamik in der unteren Lufthülle so verändern, dass die Aufheizung der Troposphäre Wetter und Klima aus dem Lot bringt.

Anfangs war der Deutsche Bundestag mit seinen Konzepten und Empfehlungen national und weltweit Vorreiter beim Klimaschutz. Doch getan hat sich wenig getan. Allein im letzten Jahrzehnt haben sich die Kohlendioxidemissionen um ein Drittel erhöht. Nur wenige Länder können eine Reduktion der Treibhausgase vorweisen. Dadurch ist der Anstieg um anderthalb Grad Celsius, der vom Bundestag 1991 als Erwärmungsobergrenze festgelegt worden war, nicht mehr zu verhindern, denn ein großer Teil der Zukunft ist bereits im »Klimasystem« gespeichert.

Eine Erwärmung um zwei Grad Celsius hätte für die Erde gravierende Folgen. In Lateinamerika gefährdete sie die Energie- und Trinkwasserbereitstellung von fast 100 Millionen Menschen. In Asien zwängen die Folgen rund 250 Millionen Menschen zur Umsiedelung, die von Hochwasser und ansteigendem Meeresspiegel bedroht wären. In Afrika drohe eine Halbierung der schon heute viel zu geringen Nahrungsmittel. In Europa liefe das Regime großer Flüsse wie Rhein oder Rhone aus dem Ruder, im Frühjahr immer häufiger Hochwasser und im Sommer extremes Niedrigwasser. Doch gehandelt wird scheinbar erst, wenn die Katastrophe da ist. Doch das geht nicht, denn:

- Vom Klimawandel ist die Erde – wenn auch regional unterschiedlich – als Ganze betroffen. Das ist allein eine Frage der Zeit. Direkt oder indirekt wird jeder die Folgen zu spüren bekommen. Eine zweite Erde gibt es nicht.

- Der Klimawandel hat einen Vorlauf von rund fünf Jahrzehnten. Was wir heute spüren, sind die Treibhausgaskonzentrationen der siebziger Jahre. Ein weiterer Temperaturanstieg kann nicht mehr verhindert werden, sondern nur noch durch massive Aufforstungsprogramme und eine Stabilisierung der Senken verlangsamt werden.

Gegenwärtig wirtschaftet und konsumiert die Menschheit so, dass die globale Mitteltemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts wahrscheinlich um drei Grad ansteigen wird. Wenn ein Extremszenario eintritt, kann es sogar zu einer globalen Erwärmung bis zu 6,4 Grad Celsius kommen, das wäre eine unvorstellbare Katastrophe.

Viel Zeit wurde vertan

Der Deutsche Bundestag hatte bereits 1991 konkrete nationale, europäische und globale Szenarien vorgeschlagen, die in Deutschland – was mit unzähligen umfangreichen Studien belegt wurde – die Treibhausgase um 33,7 Prozent bis zum Jahr 2005 reduziert und gleichzeitig den Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht hätten. Der einstimmig Beschluss hieß, dass zum Schutz der Erdatmosphäre nicht der Austausch der Brennstoffe – zum Beispiel Kohle durch Atom – notwendig sei, son-

dern der Umbau der Energiesystems zu einer möglichst dezentralen Vernetzung von Effizienztechniken und erneuerbaren Energien.

Doch die 1990er Jahre und das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts waren verlorene Jahrzehnte, obwohl 1992 der Erdgipfel in Rio ehrgeizige Klimaschutzziele beschlossen hat. Sie blieben folgenlos. Nach dem Zusammenbruch der zweigeteilten Welt war das Thema weg. Es triumphierte eine Siegermentalität, der Westen hatte gewonnen, warum dann den Aufbau Ost mit dem Umbau West miteinander verbinden? Die Umweltministerin damals hieß übrigens Angela Merkel.

Und heute: Die EU ist zerstritten. Auch unser Land, das wirtschaftlich stärkste in der EU, hat selbst nicht die Bereitschaft und scheinbar auch nicht die Kraft, die Gemeinschaft auf eine einheitliche Linie zu bringen. Was soll erst global erreicht werden – in Paris auf der nächsten UN-Klimakonferenz, für die die rhetorische Dosis gesteigert wird. Die USA haben sich verbal bewegt, aber im Land gibt es noch immer starke Kräfte, die jeden Klimaschutz bremsen.

Die großen Schwellenländer lehnen ein verbindliches Abkommen ab. Dabei gibt es zwei große Einschnitte von großer Tragweite: Erstens emittieren die Schwellen- und Entwicklungsländer heute mehr Kohlendioxid als die Industriestaaten, während bis 1990 noch 74 Prozent auf sie entfielen. Zweitens ist China heute der größte Emittent der Welt.

Der Klimaschutz braucht Vorreiter und mutige Pioniere. Es muss ein Land anfangen, damit andere Staaten unter Legitimationsdruck gesetzt werden. Das deutsche Gesetz über die erneuerbaren Energien zeigt, dass das möglich ist.

Deshalb ist vor allem die Politik gefordert, zu Umbau und Demokratisierung der Wirtschaft zu kommen. Der Klimaschutz braucht eine »Dreierstrategie«: Vorbildrollen von Staaten, eine ökologische Modernisierung von Wirtschaftsregionen mit ehrgeizigen Zielen und internationale Abkommen, wo immer sie möglich sind.

Das schlechte Spiel um Schein und Sein

Angela Merkel lässt sich gerne als »Klimakanzlerin« feiern. Aber wenn es ernst wird, verbleibt sie in unbestimmter Weichheit. Sie bremst sogar – bei den Autoemissionen, bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Kohleausstieg. Wann hat Angela Merkel einen Vorschlag zur Öko-Steuer gemacht? Wo bleibt das deutsche Klimaschutzgesetz? Doch das Klimasystem lässt sich nicht täuschen, es reagiert mit aller Härte der Naturgesetze.

Was ist zu tun?

Die Bundesregierung muss eine aktivere Rolle bei den Klimaverhandlungen einnehmen. Die Europäische Union muss unkonditioniert eine CO₂-Reduktion um mindestens 30 Prozent bis zum Jahr 2020 verfolgen.



Flüchtlingslager in Äthiopien

flickr/UN Photo, Eskinder Debebe

Notwendig sind eigenständige Protokolle für den Schutz der großen Klimasenken Meere, Böden, Auen, Moore und Wälder.

Unbedingt notwendig ist ein Wald- und Naturschutzprotokoll. Schon heute macht die Zerstörung der Natur einen Anteil von rund 20 Prozent der Treibhausgasemissionen aus. Und auch ein globaler Finanzierungsmechanismus, ohne dabei die entwicklungspolitischen Kernaufgaben einzuschränken.

Global ist eine völkerrechtlich bindende Treibhausgasreduktion um 50 Prozent bis zum Jahr 2050 erforderlich, die Verringerung in den Industriestaaten muss 90 Prozent ausmachen. Eine Reform der Vereinten Nationen muss Institutionen zur Durchsetzung der globalen Nachhaltigkeit entwickeln.

Die nationalen Wachstumsinteressen sind stärker als die globale Verantwortung. Von UN-Konferenzen ist wenig zu erwarten. Von daher braucht der Klimaschutz

einen Plan, der die Demokratisierung der Wirtschaft ebenso einbezieht wie die Verwirklichung von Klimagerechtigkeit, d. h. mehr Umverteilung zugunsten der Armen in den Gesellschaften wie in der Welt. Und da muss Europa vorangehen.

Der Papst hat in seiner neuen Enzyklika zwar spät für die katholische Kirche, aber richtig in der Sache den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Bewahrung der Natur deutlich gemacht. Wenn das zur Grundlage der UN-Klimakonferenz gemacht wird, wäre das ein Schritt nach vorne. Aber es muss vor allem die Aufgabe der politischen Linken sein, auch den Zusammenhang zwischen Klimagerechtigkeit und der Reform der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgezeigt werden. Das ist überfällig, denn allzu oft wird Ökologie als eine «wertneutrale» Frage angesehen. Ist sie aber nicht, denn es wird eine friedliche und gerechte Zukunft nur geben, wenn die heutige ökonomische Verwertungsmaschinerie, der Finanzkapitalismus und die Wachstumsfixierung überwunden werden.

Klimawandel in der Politik

Ich finde es sehr wichtig, eine Wachstumsdebatte zu führen. Und wir versuchen das natürlich, aber allein die Partei DIE LINKE wird das nicht richten. Dazu brauchen wir Bündnispartnerinnen und Bündnispartner. Wir brauchen NGOs an unserer Seite. Und wir brauchen auch andere Parteien, um wirklich Erfolg zu haben. Ich bin schon lange im Energie- und Klimabereich im Bundestag tätig. Und ich war vielleicht ein Dutzend Mal auf Klimakonferenzen. Ich komme immer mit ziemlich gespaltenen Gefühlen zurück. Auf der einen Seite mit sehr viel Wut. Auf der anderen Seite könnte ich in Tränen ausbrechen, wenn ich denke: «Das nutzt ja nichts!» Ich denke immer wieder, die Industrieländer müssen sich ihrer Verantwortung endlich bewusst werden. Mein Eindruck ist: sie wollen diese Verantwortung einfach nicht sehen.

Wenn über Wachstumsideologie gesprochen wird, dann ist die Verantwortung eigentlich der Dreh- und Angelpunkt. Auch im Bundestag diskutieren wir darüber. Bei der Frage des Wachstums geht es im Parlament allerdings in die falsche Richtung. Denn es geht dann vielmehr um die Frage, wie Gelder für mehr Wachstum zur Verfügung gestellt werden können. Dabei geht es um die Erhaltung dieses kapitalistischen Systems und dieser Profitlogik. Einer Profitlogik, der im Grunde genommen alles geopfert wird.

Was könnten wir für Gelder rekrutieren, wenn wir etwa den Rüstungsetat senken. Es passiert aber genau das Gegenteil. Auslandseinsätze greifen immer mehr um sich. Es wurden erst gestern (2. Juli 2015) einige Auslandseinsätze beschlossen. Es werden immer mehr statt immer weniger. Wegen meiner Haltung gegen die Bundeswehr im Ausland werde ich zunehmend beschimpft: Ich hätte die «Zeichen der Zeit» nicht erkannt.

Und vergesst bitte nicht, was uns gesagt wurde: In Afghanistan wird das deutsche Volk verteidigt. Jetzt auch in der Ukraine. Wenn man aber mal genau dahinter guckt, dann geht es: um Rohstoffe. Um Öl. Um Gaspipelines. Um Seltene Erden. Da geht es nicht um einen fairen Weltwirtschaftshandel, den wir so dringend bräuchten. Sondern es geht ganz knallhart um Wirtschaftsinteressen der Industrieländer. Natürlich bringt der Klimaschutz für Deutschland auch etwas. Firmen machen damit auch Gewinne. Es ist ein neoliberaler Neo-Kolonialismus, der auch in den klimapolitischen Fragen um sich greift. Wir haben ja eben hier schon gehört, dass diejenigen, die den Klimawandel nicht verursacht haben, diejenigen sind, die darunter leiden – die armen Länder. Dem gibt es nichts hinzuzufügen. Ich möchte noch einmal sagen: Der Kapitalismus ist nicht geeignet, die Klimaprobleme in irgendeiner Art und Weise zu lösen.

Der Neoliberalismus hat es auch in den Bundestag geschafft: so viel Markt wie möglich, so wenig Staat wie

nötig. Das neoliberale Denken geht immer weiter. Jetzt wird im Bundestag über die Privatisierung der Autobahnen diskutiert. Die Rekommunalisierung der Stadtwerke soll nach Möglichkeit verhindert werden. Auch TTIP (Transatlantischen Partnerschafts- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA) geht in eine



neoliberale Richtung. Und wir wissen alle, was das für Auswirkungen hat, auch auf das Klima. Auch aus diesem Grund muss TTIP verhindert werden.

Neben der Frage, dass sich etwas in der Politik verändern muss, ist auch das kurzfristige Denken im Bundestag sehr offensichtlich. In zwei Jahren haben wir wieder Bundestagswahl. Das bedeutet, dass die Bundesregierung spätestens ein Jahr vor der Wahl keine für irgendeine Klientel negativen Gesetze mehr macht. Außer vielleicht bei Hartz IV – aber diese werden nicht als wahlrelevant betrachtet. Es wird dann einfach gar nichts mehr gemacht. Es wird nur in Legislaturperioden gedacht.

Und diese neoliberale Politik äußert sich in der Klimafrage auch im Emissionshandel, den DIE LINKE abgelehnt hat. 2002 haben wir dagegen gestimmt. Der Emissionshandel ist gescheitert, so sehen das jetzt längst auch andere Parteien. Das Grundproblem: Es gibt viel zu viele CO₂-Zertifikate, die sind viel zu billig und haben in keinsten Weise eine Lenkungswirkung. Der Emissionshandel war von Beginn an falsch angelegt. Es gab zu viele kostenfreie Zuteilungen an CO₂-Zertifikaten für große Unternehmen. Diese haben sogar für Zusatzgewinne der Energiekonzerne in Höhe von 38 Milliarden Euro geführt. Da geht es um richtig viel Geld. Aus diesem Grund ist auch die Energiepolitik vom Umweltausschuss in den Wirtschaftsausschuss verlegt



Anti-Kohle-Protest 2014 in Berlin

flickr/Uwe Hiks

worden, womit dieser Politikbereich eine ganz andere Qualität erhalten hat.

Daneben gibt es noch mehr neoliberale Klima-Instrumente. Es gibt den REDD-Waldschutzmechanismus (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern), wo die Industrienationen Geld für Waldschutz im globalen Süden zahlen. Hier gibt es erste Erfahrungen, z. B. bei der Einbindung der lokalen Bevölkerung. Es ist nach wie vor nicht klar, wie die demokratische Beteiligung beim Klimaschutz durch Waldschutz gewährleistet werden kann. Die Menschen vor Ort wollen natürlich gefragt werden. An sich ist REDD ein guter Mechanismus, wenn er gerecht umgesetzt werden würde.

Dann gibt es den Clean Development Mechanismus (CDM), mit dem in Entwicklungsländern CO₂ eingespart wird und wodurch Zertifikate rekrutiert werden, die Unternehmen im Norden für ihre Emissionen verrechnen können. Eine Tochter der Kreditanstalt für Wiederaufbau gibt für CDM beispielsweise einen 25 Millionen US-Dollar Kredit für den Bau eines Staudamms in Panama, der das gesamte soziale und ökologische Gefüge vor Ort verändert, und Menschen verdrängt. Keine der Betroffenen wurde zuvor befragt, stattdessen wird im Namen von Klimaschutz viel Natur und Lebensraum systematisch zerstört. Und das mit deutschen Geldern. Die BolivianerInnen in Südamerika lehnen neoliberale Mechanismen wie den REDD-Mechanismus darum ab und sagen: «Wie sind nicht die Parkwächter der Industriestaaten». So wird diese Politik im Süden oft empfunden.

Aktuell wird zunehmend über Klimaschutzversicherungen gesprochen. Sie wissen ja, das alles versichert werden kann und wird: gesellschaftliche Risiken, wie Rente oder Arbeitslosigkeit. Für die Länder des Südens werden jetzt systematisch Klimaschutzversicherungen entwickelt: ein neuer Marktmechanismus im Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen ist.

Es ist im Grunde so: Ordnungsrecht findet nicht mehr statt. Ordnungsrecht wird gescheut, wie der Teufel das Weihwasser, auch in der Umwelt- und Klimapolitik. Alles soll weiter im Rahmen der kapitalistischen Logik

ablaufen. Das führt wieder zu einer weiteren Umverteilung von Unten nach Oben, wie gerade bei den Energiekonzernen. Wir haben kein Kohleausstiegsgesetz, wie DIE LINKE im Bundestag gefordert hat: einen geordneten Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen. Es gab einen Vorschlag von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der einen Klimabeitrag für die alten Kohlekraftwerke der Energieunternehmen einführen wollte. Wir LINKE haben diesen Vorschlag unterstützt, weil dieser Klimabeitrag zu einem langsamen Auslaufen der

Kohle geführt hätte. Das wollten die Kohle- und Energiekonzerne natürlich nicht. Auch drei Landesregierungen (Nordrhein Westfalen, Sachsen und Brandenburg) und die Gewerkschaft IG BCE waren dagegen. Dadurch ist dieser Vorschlag nun wieder vom Tisch.

Was hat das zur Folge? Der Bundestag hat sich auf das 2-Grad-Limit geeinigt, das nationale Klimaziel war, 40 Prozent weniger CO₂ bis 2020 gegenüber 1990. Wir erreichen diese Klimaziele nicht. Dabei sind zwei Grad Erwärmung sowieso noch viel zu hoch. Stattdessen erhalten die Energieunternehmen 800 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre. Diese Millionen werden nicht dazu führen, dass zusätzlich CO₂ eingespart wird. Es geht dabei nur um die Profite der Konzerne. Energieintensive Unternehmen tragen über Sonderprivilegien im Erneuerbare Energien-Gesetz keine Verantwortung für die Energiewende. Wenn wir von DIE LINKE das im Bundestag ansprechen werden wir wüst beschimpft.

Was die internationale Klimapolitik angeht: Es wird bei der Klimakonferenz in Paris Ende des Jahres nur zu freiwilligen Klimazielen kommen, es wird keine Verpflichtungen geben. Die bisher gemeldeten Klimaziele der Staaten reichen nicht aus. Wir liegen beim aktuellen Trend des CO₂-Ausstoßes bei einer künftigen Erwärmung von drei bis vier Grad Celsius bis 2100. Das ist viel zu viel! Der Ernst der Lage weiterhin nicht erkannt wird.

Die Frage ist: Kann die Notwendigkeit zu Handeln in einem kapitalistischen Land, in einer kapitalistischen Gesellschaft überhaupt erkannt werden? Oder müssen klimaschädliche Profite weiter gemacht werden – trotz drohenden Untergangs unserer Welt? Darum müssen wir für ein anderes Gesellschaftssystem kämpfen! Wo gibt es einen Ansatzpunkt? Wir bräuchten zum einen andere Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. Wir müssen andererseits als LINKE überlegen: wie können wir in der Gesellschaft mehr für diese Fragen werben? Wir müssen mehr diskutieren, um dann zu Aktionen zu kommen, damit auch die PolitikerInnen sehen: den Menschen ist die Klimafrage nicht egal. Sondern im Gegenteil: es ist eine sehr wichtige, wenn nicht aktuell die wichtigste Frage!

Das solidarische Volk als politische Kraft im Klimaschutz

Es besteht kein Zweifel, dass der Klimawandel uns alle trifft. Es besteht auch kein Zweifel, dass die globale Erwärmung die Folge menschlicher Aktivitäten ist, insbesondere der Industrialisierung und der Aufrechterhaltung des durch die sogenannte Modernisierung und die wirtschaftliche und kapitalistische Entwicklung begründeten Lebensstils. Die vielen Millionen Menschen jedoch, die unter den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels zu leiden haben, sind weitgehend auf sich selbst gestellt. Sie sitzen nicht mit am Tisch, wenn Entscheidungen über die Bekämpfung des Klimawandels getroffen werden.

Lassen Sie mich hier drei Meinungen von der Basis zitieren:

»Wir haben all die Rituale vollzogen, um unsere Ahnen zu besänftigen, die uns – wie wir glaubten – das viele Wasser bringen, das unsere Reisfelder und unsere Dörfer überschwemmt. Aber das Wasser stürzt weiter herab, und wir fühlen uns hilflos. Später merkten wir, dass das Wasser in Wirklichkeit von dem großen Damm stammte, der vor Jahren hoch über unserem Dorf errichtet worden war. Jedes Mal, wenn es zu heftigen Regenfällen kommt, werden größere Mengen Wasser abgelassen, die in vielen Dörfern Überschwemmungen verursachen. Und jetzt erzählen sie uns, dass noch mehr Staudämme gebaut werden, damit der Fortschritt bei uns Einzug hält, und das sei auch gut für die Umwelt.« Diese Aussage stammt von einer indigenen Frauenrechtlerin in Kambodscha, die wissen will, was es mit den Überschwemmungen und den Dämmen auf sich hat.

»Ich verstehe nicht, warum dieses Bergbauunternehmen darauf beharrt, auf unserem Land Kohle abzubauen, obwohl wir bereits erklärt haben, dass wir keinen Bergbau wollen, weil er unsere Lebensgrundlagen und unsere Umwelt zerstört. Auch unsere Gemeindeverwaltung versucht, uns zu überreden, dem Kohleabbau zuzustimmen, da er nach ihren Worten Arbeitsplätze und Fortschritt bringt. Doch wir haben andere Bergbaustädte gesehen, die inzwischen verlassen sind, mit riesigen Löchern im Boden und zerstörten Wasserquellen, und die Menschen wandern auf der Suche nach Arbeit in die Städte ab. Warum können sie uns nicht einfach in Ruhe lassen, während wir uns um unsere natürliche Umwelt kümmern?« Diese Aussage stammt von einem Bauern, in dessen Dorf Kohle abgebaut werden soll.

»Ich hoffe immer noch, dass mein Mann am Leben ist. Er hat nichts Falsches getan und nur unsere Lebensart als Angehörige des Volks der Karen geschützt, die für ihr Überleben vom Wald abhängen. Unsere Vorfahren leben hier seit über einem Jahrhundert, doch dann haben die Behörden uns aufgefordert, unser Dorf im Wald zu verlassen, weil wir den Wald zerstören. Sie sagten, der Wald sei als Nationalpark ausgewiesen worden. Er

müsse erhalten werden, damit die Bäume mehr Kohlenstoff aufnehmen und so den Klimawandel aufhalten können. Wir aber haben durch den von uns praktizierten nachhaltigen Wanderfeldbau, der unsere Ernährung sichert, den Wald geschützt. Wir streifen durch den Wald und verhindern Waldbrände. Wir weigern uns, den Wald zu verlassen, weil wir nur dort mit unserer Kultur in Würde leben können. Doch die Waldhüter haben



unsere Häuser niedergebrannt und uns gezwungen, unser Dorf zu verlassen. Einer unserer Führer wurde getötet, weil wir wegen des Niederbrennens unseres Dorfes vor Gericht gingen. Dann wurde mein Mann von der Polizei wegen des angeblich illegalen Besitzes von wildem Honig verhaftet. Sie sagten, sie hätten ihn wieder freigelassen, aber bis jetzt ... über ein Jahr nach seiner Verhaftung fehlt von ihm noch jede Spur.«

Diese drei Situationen sind ein Abbild dessen, was in vielen Teilen der Erde in der realen Klimaschutzpolitik geschieht. Staaten und Unternehmen haben beschlossen, weitere Dämme zu bauen, weil dies – so behaupten sie – saubere Energie und somit eine Lösung für die Probleme des Klimawandels bedeutet. Staaten und Unternehmen haben beschlossen, trotz der Proteste der lokalen Gemeinschaften auch in Zukunft mehr Kohlebergwerke zu errichten. Immer mehr Waldgebiete werden im Namen der Kohlenstoffsequestrierung von Staaten und ihren Partnern zu Lasten der indigenen und waldabhängigen Völker als Schutzgebieten ausgewiesen.

Die Klimaschutzpolitik wird auch heute noch von den Trägern der politischen und ökonomischen Macht auf nationaler und globaler Ebene bestimmt. Grundsätze wie soziale Gerechtigkeit, Gleichbehandlung, Menschenrechte und globale Solidarität sind reine Rhetorik, ungeachtet der Verpflichtungen und Zusagen der Staaten im Rahmen der internationalen Menschenrechtsnormen. Die Staaten als Verantwortliche für die Achtung und den Schutz der Menschenrechte und für die Wahrung des Gemeinwohls und der Gleichbe-



*Peoples World Conference on Climate Change and Defence of Life in Cochabamba, Bolivia 2015
flickr/UN Photo, Eskinder Debebe*

handlung werden dazu überredet, beim Klimawandel einen »Weiter-so«-Ansatz zu verfolgen. Die verarmten, marginalisierten und besonders gefährdeten Bereiche und Länder, die den Auswirkungen des Klimawandels in besonderem Maße ausgesetzt sind und einen echten Beitrag zu konkreten Lösungen für die Probleme des Klimawandels leisten können, werden an den Rand gedrängt und stehen nicht im Zentrum der Entscheidungen im Hinblick auf die Bekämpfung des Klimawandels. Dies führt dazu, dass diejenigen, die den geringsten CO₂-Fußabdruck erzeugen, doppelt gestraft sind: Sie haben nicht nur unter den verheerenden Folgen des Klimawandels zu leiden, sondern auch unter den falschen Lösungen, die von den Trägern der ökonomischen und politischen Macht entwickelt wurden.

Ohne einen Paradigmenwechsel in der Klimaschutzpolitik wird es insbesondere zu weiteren Menschenrechtsver-

letzungen kommen wie etwa des Rechts auf Leben, auf Nahrung, auf Wohnung und Freizügigkeit und zu einer Verschlechterung der Arbeitnehmer- und Landnutzungsrechte. Dieser Wandel schließt zwangsläufig die Überführung der politischen Macht in die Hände des Volkes ein. Als Rechteinhaber müssen die Menschen, die Bürger dieser Welt, die Entscheidungsverantwortung für die Bestimmung effektiver Lösungen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels tragen. Dies dürfte nicht auf kurze Sicht erreichbar sein, doch Bürgeraktionen durch Massenmobilisierungen, Protestaktionen und gerichtliche Schritte wie etwa Bürgerrechtsverfahren können dennoch eine wichtige Rolle spielen, um Entscheidungsträger zur Änderung ihres Kurses zu veranlassen. Die Macht des Volkes, in Solidarität geeint, wird die politische Kraft bei der Herbeiführung eines Wandels in der aktuellen Klimaschutzpolitik sein.

Menschenrechtsverletzungen durch Klimawandel: Die Armen trifft es zuerst

Wetterextreme wie Hitze und Dürre, Starkregen oder Sturm sind keine neuen Phänomene, nehmen seit zirka dreißig Jahren an Häufigkeit und Stärke aber immer mehr zu. Ursache hierfür ist die globale Erwärmung. Wetterextreme bleiben nicht folgenlos: als Naturkatastrophen führen sie zu großer Zerstörung, wirtschaftlichen Schäden und dem Verlust an Menschenleben. Die Gefahr, Opfer von Klimaextremen zu werden ist auf dem Globus ungleich verteilt: Dürren, die häufig Hungernöte nach sich ziehen und viele Menschenleben kosten, treffen vor allem den südlichen Rand der Sahara. Hitze-Wellen, wie 2003 in Europa, 2010 in Russland oder 2015 in Indien können zehntausende Menschenleben fordern, großflächige Waldbrände auslösen und hohe Schäden verursachen. Die größten ökonomischen Schäden entstehen zumeist durch Stürme: besonders gefährdet sind Inseln und küstennahe Regionen in den Zugbahnen tropischer und subtropischer Orkane in Südasien und dem südlichen Pazifik (Zyklone), in Südost- und Ostasien (Typhone) und in Zentralamerika, der Karibik sowie an der nordamerikanischen Ostküste (Hurrikane). Aber auch in den gemäßigten Breiten Europas können Stürme zu großen Schäden an der Infrastruktur sowie vor allem in der Landwirtschaft führen. Starke Niederschläge sind ebenfalls sehr schadensintensiv und können viele Menschenleben kosten, vor allem wenn sie im Bergland zu Erdrutschen führen wie bei der Jahrhundertflut in Pakistan in 2010.

Während die Schäden durch Erdbeben und Vulkanausbrüche ziemlich konstant bleiben, steigen Schäden durch klimabedingte Naturkatastrophen seit Jahrzehnten kontinuierlich an: Das Büro der Vereinten Nationen für Katastrophenprävention (UNISDR) beziffert den Verlust an Menschenleben im Zeitraum 1992-2012 auf 559 000 und das Schadensvolumen auf 1,36 Billionen US-Dollar (UNISDR 2012). Laut dem weltweit tätigen Rückversicherer Munich Re, der mit dem NatCatService eine der besten einschlägigen Datenbanken betreibt, haben sich klimabedingte Schäden seit 1992 vervierfacht. 2014 haben 900 wetterbedingte Ereignisse wirtschaftliche Schäden in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar verursacht, wovon 60% auf Entwicklungsländer entfielen (www.munichre.com/natcatservice). Die Erhebungen der Versicherungsbranche decken sich mit den Befunden der Klimaforscher, die im Sonderbericht des Internationalen Klimarates IPCC zu Extremereignissen (SREX) 2012 urteilen, dass global Häufigkeit und Stärke von Extremwetterereignissen tendenziell zunehmen.

Nach den Zahlen der World Meteorological Organization (WMO) entfielen 1970-2012 die meisten (2681) klimabedingten Naturkatastrophen und die größten Opferzahlen (915 389) auf Asien, wohingegen Nord- und Zentralamerika die höchsten wirtschaftlichen Schäden (eine Billion US-Dollar) zu beklagen hatten. Klimabedingte Naturkatastrophen haben zwischen 2008 und 2013 140

Millionen Menschen dazu gezwungen, ihr Zuhause zumindest zeitweise zu verlassen – das entspricht 85% aller Vertreibungen (Nansen Initiative 2015) bzw. der Bevölkerung von Deutschland und Italien zusammen.

Zwar ist es gelungen die Zahl der Todesopfer durch verbesserten Katastrophenschutz in den meisten Ländern zu verringern. Jedoch fallen Wetterextremen noch immer weitaus mehr Menschen in besonders armen Ländern wie Bangladesch, Haiti, Myanmar oder den Phi-



lippen zum Opfer. Am verwundbarsten sind Menschen in Staaten ohne funktionierende Regierung wie Somalia oder dem Süd-Sudan – im Katastrophenfall können sie kaum mit Hilfe rechnen. Der Zusammenhang zwischen Armut und Verwundbarkeit durch Klimaextreme spiegelt sich auch darin wieder, dass die proportional größten wirtschaftlichen Klimaschäden in Staaten mit niedrigen Einkommen entstehen.

Auch wenn die absoluten Schäden in reichen Ländern höher sind, so ist das Risiko, dass ein Extremereignis die Entwicklung eines ganzen Landes existenziell bedroht, umso größer, je ärmer ein Land ist. Was für Staaten gilt, gilt auch für Gemeinden, Bevölkerungsgruppen und Haushalte: je ärmer, desto verwundbarer gegenüber Wetterextremen.

Germanwatch veröffentlicht jährlich den Klimarisikoindex, der basierend auf Daten des NatCatService der Munich Re aufzeigt, welche Länder am stärksten von klimabedingten Extremereignissen betroffen sind. Im globalen Klimarisikoindex 2015, der die Jahre 1994-2013 berücksichtigt, rangieren Honduras, Myanmar und Haiti auf den ersten drei Plätzen, gefolgt von sechs weiteren Ländern mit niedrigem und nur einem (Vietnam) mit niedrigem mittlerem Einkommen. Seit Auflage des Indizes vor zehn Jahren rangieren Länder mit niedrigem



Kai Niebert, Sabine Minninger, Inge Höger und Nnimmo Bassey v.l.nr.

flickr/Uwe Hirsch

Einkommen auf den vorderen Plätzen – ein weiterer Beleg dafür, dass vor allem arme Länder Menschenleben und erhebliche wirtschaftliche Einbußen durch den Klimawandel erleiden. Unter den aktuellen Top 20 rangiert mit Italien und Portugal nur zwei Industrieländer aber 16 Staaten mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 4125 US-Dollar. Unter den Top 10 liegen Süd-/Südostasien und Zentralamerika/Karibik mit jeweils 5 Ländern gleichauf. Beide Regionen haben gemeinsam, dass sie besonders häufig von extremen Stürmen sowie Starkregen bedroht sind. Länder wie Bangladesch, Philippinen, Myanmar und Honduras leiden regelmäßig unter Wetterextremen, während andere wie Pakistan und Haiti aufgrund weniger, dafür aber besonders verheerender Ereignisse unter den Top 10 rangieren. Während Verluste an Menschenleben sowie wirtschaftliche Schäden verursacht durch Extremereignisse noch relativ gut zu erfassen sind, ist es ungleich schwieriger, Schäden zu beziffern und zuzuordnen, die durch langsam fortschreitende Klimaveränderungen entstehen, z.B. landwirtschaftliche Ertragseinbußen durch höhere Temperaturen, verstärkte Niederschlagsvariabilität oder die Versalzung durch den Meeresspiegelanstieg. Das gilt auch für Schäden durch die Meeresversauerung oder Wassermangel infolge der Gletscherschmelze. Noch schwieriger ist die Erfassung von nicht-wirtschaftlichen Schäden, wie der Verlust von Heimat (etwa wenn Inselanwohner ihre Atolle verlassen müssen), von Biodiversität und Ökosystemen (wie im Falle vieler Mangrovenwälder), von Kulturgut (wie Kult- und Ahnenstätten, die aus religiösen Gründen nicht umgesiedelt werden können), oder die Zunahme von Krankheiten, deren Ausbreitung temperatur- oder niederschlagsabhängig ist.

»Umgang mit Schäden und Verlusten« politisch verankert sein wird. Die ärmsten und verletzlichsten Menschen dürfen mit der Klimakrise nicht alleingelassen werden.

Klimabedingte Schäden und Verluste durch verstärkte Emissionsminderung sowie verbesserte Anpassung weitgehend zu vermeiden ist das Ziel der Klimarahmenkonvention, dem sich alle Vertragsstaaten verpflichtet haben. Dass es dennoch zu Schäden und Verlusten kommt, ist bereits jetzt ein Faktum, bei steigenden Temperaturen ist ein nicht-linearer Anstieg der Schäden zu erwarten. Es würde alle Gerechtigkeitskriterien verletzen, wenn die Betroffenen – häufig die Verletzlichsten und Ärmsten, die so gut wie gar nicht zu den Ursachen des Klimawandels beigetragen haben – nicht solidarisch unterstützt würden. Im Paris-Abkommen sollte die internationale Staatengemeinschaft klimabedingte Schäden und Verluste als Herausforderung anerkennen und sich dazu bekennen, die Bewältigung derselben als gemeinsame Aufgabe und unter Zugrundelegung des Solidarprinzips zu betreiben. Sie sollte darauf hinweisen, dass mit steigenden Temperaturen diese Verantwortung steigt. Eine besondere Verantwortung kommt hierbei reichen Staaten mit hohen Emissionen zu. Verbunden mit diesem prinzipiellen Bekenntnis sollte die gemeinsame Verpflichtung stehen, die Arbeit zu klimabedingten Schäden und Verlusten unter dem Dach der Klimarahmenkonvention in den nächsten Jahren auszubauen und insbesondere die verletzlichsten Staaten, vor allem die am wenigsten entwickelten Länder sowie kleine Inselstaaten zu unterstützen.

Dem ersten globalen Klimaabkommen, welches in Paris im Dezember 2015 vereinbart werden soll, kommt auch eine besondere Rolle zu, wie in Zukunft das Thema

Gerechtigkeit im Anthropozän: Warum Klimapolitik in Wirklichkeit Sozialpolitik ist

Zusammenfassung

Arbeit und Wohlstand wurden seit Beginn der Industrialisierung durch eine Ausbeutung von Mensch und Natur erreicht: Entweder beuten wir Menschen mit unwürdigen Arbeitsbedingungen und Löhnen unter der Armutsgrenze aus oder wir belasten die Senken des Planeten mit unserem Müll und plündern Rohstoffvorkommen aus. Durch unsere technischen Errungenschaften glaubten wir, der Natur entkommen zu können. Umweltschutz wurde ein technisches Problem und Krankheit ein soziales. Der vorliegende Beitrag zeigt auf, dass soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit untrennbar miteinander verknüpft sind. Dafür werden verschiedene Themenfelder wie Umweltbelastungen im Haushalt, Zugang zu Natur, Klimawandel und Energiearmut analysiert und sowohl politische wie auch beratende Lösungsvorschläge aufgezeigt.

Einleitung

Der Klimawandel klopft auch in Europa an unsere Haustür: Ganz Europa schwitzte sich im Sommer 2015 durch drei langanhaltende Hitzewellen. Bayern erlebte den zweitwärmsten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen – nur 2003 war es noch ein wenig wärmer. Wie sich der Alltag in 50 Jahren anfühlen könnte, war von Juni bis August spürbar: Die Durchschnittstemperatur erreichte in Deutschland 19 Grad Celsius – gut drei

Diese Naturvergessenheit holt uns nun wieder ein: Deutsche Kohlekraftwerke erzeugen Hungersnöte in der Subsahara und Asthma in der Lausitz während deutsche Atomkraftwerke zu Leukämie bei Säuglingen und strahlenden Atommüll für Jahrtausende führen.



Für den Hitzesommer 2015 liegen noch keine Daten über Todesopfer vor. Doch auch die Hitzewellen der Vorjahre zeigen, dass der Klimawandel nicht nur für Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch für Industrienationen deutliche Auswirkungen hat (siehe Abbildung 1).

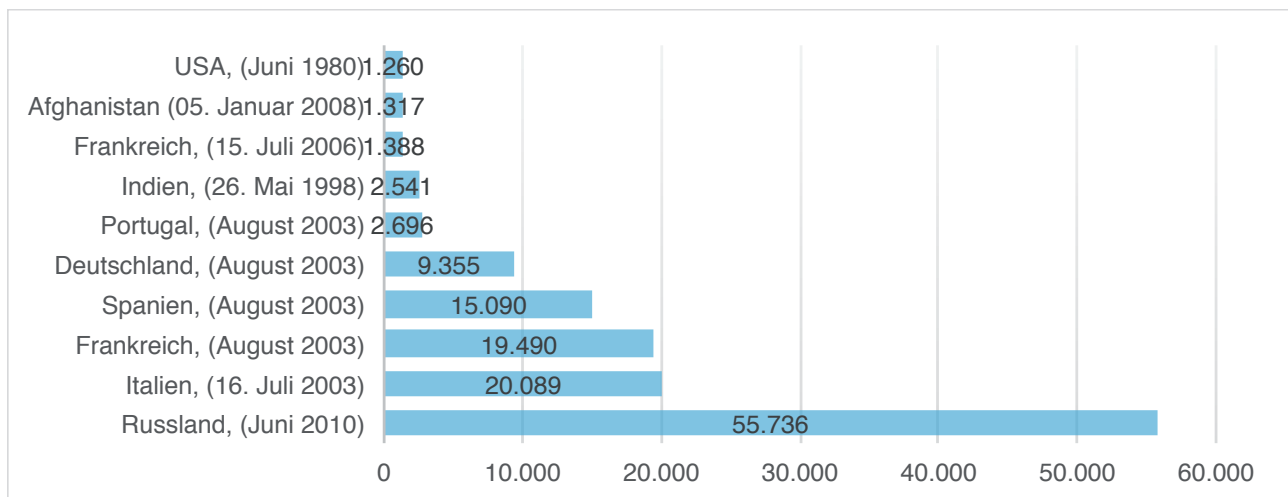


Abbildung 1: Todesopfer infolge bedeutender Hitze- und Kältewellen weltweit bis 2015
(Daten: Statistisches Bundesamt 2015)

Grad über dem langjährigen Mittelwert der Sommer von 1961 bis 1990.

Während der Industrialisierung machte sich der Mensch scheinbar immer weiter unabhängig von der Umwelt. Naturgefahren traten in den Hintergrund.

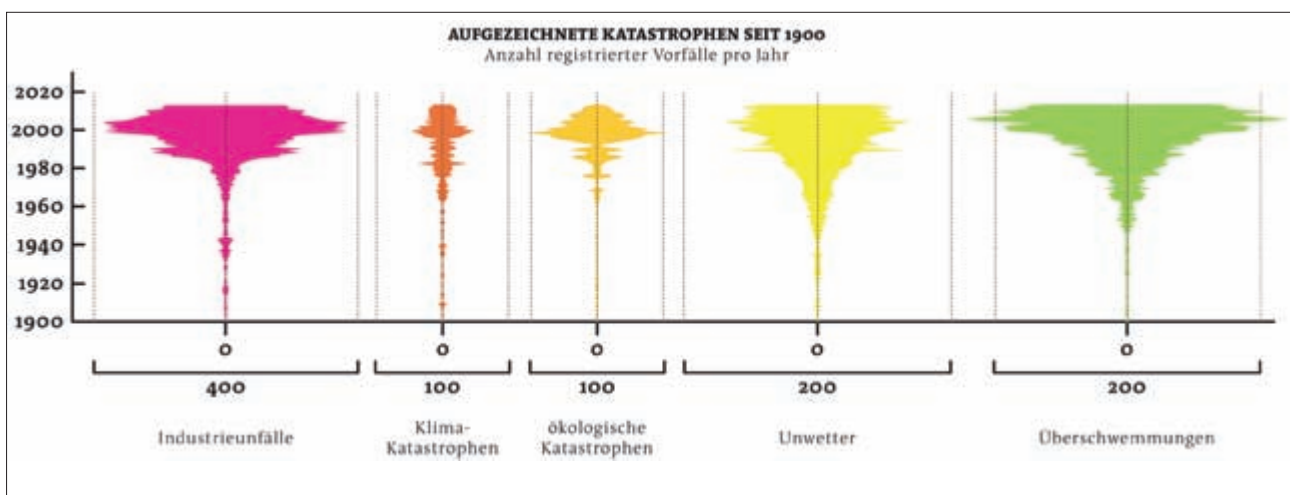
Doch nicht nur der Klimawandel zeigt Wirkung. Unser Handeln gräbt den Planeten Erde mittlerweile in so vielen Bereichen um, dass Wissenschaftler mittlerweile davon sprechen, dass wir im Anthropozän, der Menschenzeit leben. Die Erdsystemwissenschaften sind gerade dabei die Belastungsgrenzen der Erde (Plane-

tary Boundaries) zu finden, die für das Überleben der Menschheit essentiell sind. Deutlich wird dabei: In vier Bereichen sind sie bereit überschritten. Entscheidende Treiber, die Naturschranken zu missachten, sind der Konsum- und Wirtschaftsstil der Industriestaaten, die nachholende Industrialisierung der Schwellenländer und das anhaltende Bevölkerungswachstum (Steffen et al. 2015). In dem »Trilemma des Wachstums« aus Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch und Klimawandel (Klingholz & Töper, 2011) hat die Menschheit 44 Jahre gebraucht, um die Zahl der Menschen von 1967 auf den heutigen Wert von sieben Milliarden zu verdoppeln. In der gleichen Zeit hat sich der Energieverbrauch fast verdreifacht und sind die Kohlendioxidemissionen und vier Mal stärker angewachsen als die Zahl der Menschen.

Die Übernutzung des Planeten durch uns Menschen zeigt bereits Wirkung: Zwischen 1901 und 1910 gab es 82 Katastrophen, zwischen 2005 und 2014 mehr als 4.000. Durch besseren Katastrophenschutz ist die Zahl der Toten rückläufig, aber die Zahl der Betroffenen steigt. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Katastrophen explodieren (Niebert, 2015).

Die Studie konnte jedoch bestätigen, was seit Anfang des vorletzten Jahrhunderts vermutet wurde: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Schadstoffbelastungen im Wohnumfeld und sozioökonomischen Faktoren. Mit einigen Umweltschadstoffen sind Kinder in einkommensschwachen Familien stärker belastet, mit anderen die Kinder wohlhabenderer Familien. Zusammenhänge zwischen Umweltbelastung und Einkommen der Eltern zeigen sich für zahlreiche Umweltschadstoffe, die im Blut oder Urin, im Hausstaub und in der Luft des Kinderzimmers nachgewiesen werden können:

- Kinder von Eltern mit geringem Einkommen haben die vergleichsweise höchsten mittleren Bleigehalte im Blut (Becker u.a. 2007).
- Das gleiche gilt für die deutlich höhere Belastung durch Tabakrauch für Kinder in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Dabei spielt insbesondere eine Rolle, ob die Mutter raucht oder nicht (Schulz u.a. 2007).
- Auch konnten in einkommensschwachen Haushalten eine höhere Belastung mit Benzol im Vergleich zu Haushalten mit mittlerem und hohem Einkommen nachgewiesen werden (Becker et al. 2007).



Doch nicht nur im globalen Maßstab, sondern auch sehr lokal in Deutschland zeigen sich die Folgen unseres nicht nachhaltiges Wirtschaftens, das im Klimawandel gerade seine größte öffentliche Wahrnehmung findet. Einige weitere Beispiele:

Umweltgifte sind einkommensabhängig

Schon mit Beginn des 19. Jahrhunderts haben Ärzte darauf hingewiesen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und der Wohnqualität zu geben scheint. Da Kinder besonders sensibel gegenüber Umweltgiften sind, hat das Umweltbundesamt (UBA) im Kinder-Umwelt-Survey (KUS) von 2003 bis 2006 die Schadstoff- und Lärmbelastung von Kindern erhoben. Dabei wurden in einer repräsentativen Untersuchung knapp 1.800 Kinder aus ganz Deutschland befragt. Es zeigte sich: Alle Kinder sind von Umweltbelastungen betroffen.

- Im Hausstaub von Menschen mit niedrigem Schulabschluss finden sich höhere PCB (polychlorierte Biphenyle)-Werte als bei Menschen mit höherem Bildungsabschluss (Becker u.a. 2004).
- Chemieintensive Haushaltsprodukte mit fragwürdigem Nutzen im Haushalt, wie Desinfektionsmittel oder Weichspüler von Familien werden vor allem in Familien mit niedrigem Sozialstatus genutzt (Seiwert et al. 2008).

Auf der anderen Seite zeigte sich jedoch auch eine in die andere Richtung zeigende Belastung von Kindern aus einkommensstarken Haushalten:

- Kinder aus einkommensstarken Familien haben ein höheres Risiko für die Entwicklung einer allergischen bzw. atopischen Erkrankung (Heuschnupfen, Neurodermitis etc.)

- Asthma bronchiale in seiner leichten Form ist bei Kindern einkommensstarker Eltern stärker ausgeprägt. Die Gefahr an schwerem Asthma zu erkranken steigt mit abnehmendem Einkommen (Mielck u.a. 1996).

Insbesondere Schimmelpilzbefall in Folge von zu feuchten Wohnräumen stellt eine deutliche Gesundheitsgefahr dar, da dieser zu Atemwegsbeschwerden und Allergien führen kann. Eine Analyse von Beratungsanfragen und Wohnungsbegehungen des Gesundheitsamtes Bremen bestätigt einen engen Zusammenhang zwischen Feuchteschäden in Wohnungen und geringem Haushaltseinkommen.

Wenn Lärm und Staub krank machen

Wenn man kein Fenster öffnen kann, ohne, dass einem die Abgase der Autos den Hustenreflex in die Lungen treibt oder einem vor Lärm die Ohren klingeln, wird man sich sicher weniger wohl fühlen als in grüner Idylle auf dem Land. Bereits seit dem 19. Jahrhundert versucht man dieser Erkenntnis im Städtebau Rechnung zu tragen, um die Wohnqualität zu steigern. Verbesserte Lärmschutz- und Luftreinhaltekonzepte waren die Folge.

Doch auch heute noch zeigt sich, dass besonders in städtisch geprägten Gebieten Lärm- und Feinstaubbelastungen durch Straßenverkehr das physische und psychische Wohlbefinden und damit die Lebensqualität stark beeinträchtigen (z. B. Babisch 2006; WHO 2009).

Eine Analyse von Befragungen und Erkrankungen gemeinsam mit sozioökonomischen Daten zeigt: Sowohl die objektive Belastung wie auch die subjektive Einschätzung der Beeinträchtigung durch den Straßenverkehr bei Menschen mit niedrigem Einkommen generell höher:

- Je niedriger Bildungsgrad und Einkommensverhältnisse, desto dichter und häufiger liegt der Wohnort an verkehrsintensiven Straßen (Swart und Hoffmann 2004).

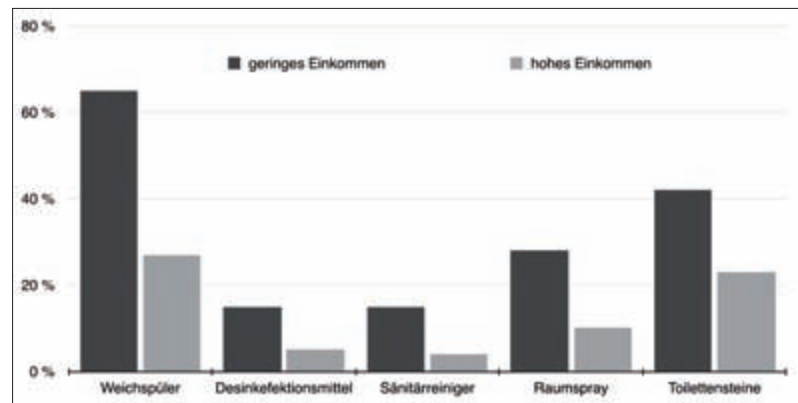


Abbildung 2: Häufige Nutzung von Haushaltschemikalien mit fraglichem Nutzen nach Sozialstatus (Quelle: Kinder-Umwelt-Survey 2003/06)

- Menschen mit geringem Einkommen nehmen stärkere Belastung in Bezug auf Feinstaub, Abgase und Lärm wahr als höheren Einkommensgruppen (Kohlhuber u.a. 2006).
- Kinder von Eltern mit niedrigen Einkommen und geringem formalem Bildungsniveau leben deutlich häufiger in mit Feinstaub und Lärm belasteten Arealen als Kinder aus finanziell gut situierten Familien mit hohem Bildungsgrad (Kolahgar u.a. 2006).
- Menschen mit einem Migrationshintergrund fühlen sich stärker durch Lärm belastigt als Muttersprachler (u.a. Kohlhuber et al. 2006).
- Menschen mit niedrigem Einkommen erleben eine höhere subjektive wie objektive Fluglärmbelastung. Zusätzlich sind sie sowohl tagsüber als auch nachts stärker durch Straßenverkehr belastigt als Menschen mit höherem sozioökonomischem Status (Maschke u.a. 2003).
- Hohe Feinstaubkonzentrationen – wie sie in der Regel durch Verkehr verursacht sind – führen häufig zu Herz-Lungen-Erkrankungen und deutlich erhöhten Sterberaten (z. B. Peters et al. 2005; Pope et al. 2009).

Die Ursachen für diese Belastungen lassen sich meist sehr deutlich der Mobilität zuordnen: Wohngebiete mit

Tabelle 1: Zusammenhäng zwischen Umweltgüte und sozio-demographischen Faktoren
(Beispiele aus Kassel)

	Feinstaub	Stickoxide	Lärm
geringes Haushaltseinkommen	++	++	++
Migrationshintergrund	++	++	0
Haushalt mit Kindern	0	0	0
niedriger Bildungsabschluss	++	++	+

Erläuterung

- ++ = hochsignifikanter Zusammenhang nachweisbar;
 + = Signifikanter Zusammenhang nachweisbar;
 0 = kein Zusammenhang nachweisbar

Quelle: Köckler u.a. 2008

hohen Luftschadstoffkonzentrationen haben in der Regel auch eine überdurchschnittlich hohe Verkehrsdichte. Gleichzeitig sind diese Gebiete gekennzeichnet durch einen niedrigen Einkommensstatus (Lehmbruck u.a. 2007). Menschen mit geringen Einkommen sind damit in doppelter Hinsicht benachteiligt: Obwohl der eigene Motorisierungsgrad gering ist, müssen sie höhere Luft- und Lärmbelastungen sowie stärkere Unfallgefahren ertragen.

Beispiele aus Berlin und Kassel (siehe Tabelle 1) zeigen, dass sich für Menschen mit geringem Einkommen, Migrationshintergrund und niedrigem Bildungsabschluss hohe Mehrfachbelastungen durch ungünstige Umweltfaktoren ergeben. Bereits heute ist erkennbar, dass die mehrfach belasteten Gebiete z.B. durch mit dem Klimawandel einhergehende Hitzewellen künftig eine zusätzliche Belastung erfahren werden, wodurch sich die Situation für die Bewohner in den Bezirken weiter verschlechtern wird.

Eine gesunde Verkehrspolitik

Notwendig zur Umsteuerung sind in erster Linie politische Maßnahmen, wie eine ressortübergreifende Zusammenarbeit von Stadterneuerung, Verkehrs-, Bau- und Umweltplanung, eine technische Optimierung der Fahrzeugtechnik in Bezug auf den Schadstoffausstoß und die Geräuschentwicklung, aber auch lebensstilorientierte Veränderungen der Verkehrsmittelwahl zugunsten eines geringeren Fahrtenaufkommens im motorisierten Individualverkehr.

Ein Beispiel für eine politische Steuerung ist die Einrichtung von Umweltzonen seit Anfang 2008. In den Umweltzonen gelten Fahrverbote für Fahrzeuge mit besonders hohen Emissionen an Feinstäuben. Damit wird das Ziel verfolgt, die starken Feinstaubbelastungen in den Innenstädten zu verringern. Es ist jedoch schon heute klar, dass die Einführung von Umweltzonen nicht ausreichen wird, um die mit dem Straßenverkehr einhergehenden Umwelt- und Gesundheitsbelastungen zu reduzieren. Zentrale Ziele der Verkehrsplanung im Sinne einer nachhaltigen Verkehrsplanung

sollten daher die Sicherung von Mobilität als Grundrecht und die Gewährleistung eines Zugangs zum Öffentlichen Nahverkehr sein. Eine nicht angemessene Anbindung an den ÖPNV, bei gleichzeitig geringer eigener Motorisierung führt unmittelbar zu ungleichen Teilhabechancen am öffentlichen Leben.

In Großbritannien wird dieses Phänomen als *transport poverty* diskutiert. Mit der Entwicklung spezifischer Maßnahmen für den Verkehrsbereich wird dort versucht, die soziale Integration der Benachteiligten zu gewährleisten (Social Exclusion Unit 2003). So sind Mindeststandards für den Öffentlichen Verkehr in Großbritannien formuliert worden, die Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit und Akzeptanz des Angebots sicherstellen sollen. Damit soll in Bezirken mit niedrigen Einkommensniveau zumindest ein Minimum an Mobilität gewährleistet werden. Die Maßnahmen umfassen dabei

Aspekte wie ein barrierefreier Zugang zu Haltestellen, die Sicherstellung einer Haltestelle innerhalb von 400 Metern um die eigene Wohnung, aber auch die Erhöhung der Nachvollziehbarkeit von Fahrplänen, Fahrtkosten und Verbindungsmöglichkeiten (Department for Transport 2000).

Graue Trabantenstadt oder Grüne Lunge?

Waren Sie kürzlich in einem dieser großen Einkaufszentren, in denen entspanntes Einkaufen Spaß macht? Ein idyllischer Brunnen in der Mitte, künstliche Bäume an den Wänden, an den Wänden rankender Efeu und Vogelgezwitscher aus Lautsprechern, dazwischen die Geschäfte des alltäglichen Bedarfs...

Der Versuch der Innendesigner, eine grüne Umwelt künstlich nachzuahmen macht uns deutlich, welche Rolle das Erleben von Natur für uns spielt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Bedeutung, die das Erleben von Natur für uns spielt, sind vielfältig, aber eindeutig:

- Das Erleben von Natur steigert Wohlbefinden und die Gesundheit, z.B. durch Stressreduktion oder der Verbesserung des Immunsystems (Maller u.a. 2009).
- Menschen, die in grünflächenreichen Stadtteilen leben, sind um das dreifache aktiver als Menschen, die denen der Zugang zu Natur erschwert ist.
- Das Wohnen in naturnaher Umgebung senkt die Gefahr für Übergewicht und Adipositas um 40% (Ellaway et al. 2005).
- Schulkinder, die Zugang zu einer naturnahen Umgebung haben, sind deutlich aufmerksamer als Kinder ohne diesen Naturnutzen (Velarde u.a. 2007).
- Kuo und Taylor (2004) kommen in einer vergleichenden Studie sogar zu dem Schluss, dass eine aktiv genutzte, wenig strukturierte Grünfläche (Wälder, Wiesen etc.) die Symptome des ADHS-Syndroms signifikant reduzieren können.

Leider zeigt sich auch in Hinblick auf den Zugang zur Natur eine starke soziale Segregation, nicht nur in Deutschland: Menschen mit geringen Einkommen leben häufig in Wohnbezirken, die wenige Grünflächen aufweisen (Statistisches Bundesamt 1998). In Kassel gibt es beispielsweise einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem eingeschränkten Zugang zu Natur und der Arbeitslosenquote (Köckler 2008). Diese Effekte zeigen sich auch im Zusammenhang zwischen dem Wert von Grundstücken und der vorhandenen Artenvielfalt in einem Stadtteil. Stadtbezirke mit gut erhaltenen, meist älteren Baumbeständen weisen einen hohen Immobilienwert und Einkommensstruktur auf. Der Zugang zu diesen bleibt Menschen mit geringen Einkommen in der Regel ökonomisch verwehrt.

Der Mangel an naturnahen Grünflächen zählt auch deshalb zu den größten Defiziten in benachteiligten



flickr/UN Photo, Tim McKulka

Stadtbezirken, da sie das subjektive Sicherheitsempfinden maßgeblich beeinflussen. Umgekehrt wirken Naturräume sich sehr günstig auf die Gesundheit aus, was damit begründet wird, dass sie einen Abstand vom Alltag ermöglichen (Kaplan & Kaplan 1989).

Insbesondere sozial benachteiligte Kinder sind von dieser Naturferne negativ betroffen. Studien zeigen, dass Kinder in naturfernen Wohngebieten täglich mehr Fernsehen, Computerspielen und weniger körperlich aktiv sind, was zu Übergewicht und Schlafstörungen führt (Heyn u.a. 2010). Diese Entfremdung von der naturnahen führt dazu, dass naturorientierte Erlebnismöglichkeiten auch dann nicht als solche von Kindern erkannt werden, wenn sie gelegentlich vorhanden sind. Das zieht ungenutzte Bildungs- und Entwicklungschancen nach sich. Auch hier liegt somit wieder eine doppelte Benachteiligung für Kindern aus einkommensschwachen Familien vor: Sie leben in naturfernen Stadtteilen und haben schlechtere Entwicklungschancen. Diese physische wie psychische Benachteiligung wird in der Fachwelt als *Naturarmut* bezeichnet.

Natur erlebbar machen

Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik kann über verkehrs- und baupolitische Maßnahmen die Umwidmung von Verkehrsflächen zu Spielflächen und Begegnungsräumen, den Ausbau von Infrastrukturen für das Zufußgehen, das Nutzen brachliegender Bauten für die Gestaltung von Grünanlagen eine ansprechende Wohnumgebung schaffen. Neben stadtplanerischen Politikkonzepten zeigen sich in den letzten Jahren auch spannende stadtteilbezogene Initiativen um Bewohnern

benachteiligter Stadtbezirke einen Zugang zu Natur zu ermöglichen. So wurden in Berlin beispielsweise unbebaute Grundstücke als Selbstversorgergärten zur Verfügung gestellt. Ähnliche Ansätze verfolgen auch Integrationsprojekte wie Interkulturelle Gärten, Gemeinschaftsgärten oder auch Schulgärten. Sehr ermutigen Beispiele zeigen sich im Berliner Problembezirk Marzahn. Dort hat ein Wohnungsbaunternehmen 39 Parzellen für die Gestaltung von Kleingärten mitten im Bezirk umgewidmet. Zusätzlich wurden in den Innenflächen von Wohnblöcken Spielplätze, Parkanlagen und Gemeinschaftsflächen angelegt. Durch diese Maßnahmen zeigte sich innerhalb kurzer Zeit eine deutliche Verbesserung der Aufenthaltsqualität sowie eine Steigerung des Zusammenhalts und der Selbstorganisation (<http://www.werkstatt-stadt.de>). Darüber hinaus haben sich Verbände wie die NaturFreunde darauf spezialisiert, Naturerlebnisse wie Kinderwagenwanderungen, Natursportangebote, und Reiseangebote für einkommensschwache Familien anzubieten (www.naturfreunde.de)

Konkrete Ansatzpunkte für die Verringerung von Naturarmut für die Jugend- und Sozialarbeit bieten sich über Umweltbildung an. In zahlreichen Untersuchungen zur Kleinkindentwicklung wird hervorgehoben, wie wichtig eine vielfältige, naturnahe Umgebung ist. Neben dem Einfluss auf die Gehirnentwicklung trägt diese dazu bei, Entwicklungsschritte anzuregen und zu fördern. So sollte Kindern zum Beispiel über Ausflüge in Kindertagesstätten oder anderen Jugendhilfeeinrichtungen der Zugang zu unstrukturierten Naturräumen, wie Wiesen oder Wäldern ermöglicht werden. In einer Studie konnte der Erlebniswert von Naturflächen be-

stätigt werden: In Naturräumen spielen Kinder länger, lieber und weniger allein. Das Spiel ist komplexer, kreativer und selbstbestimmter (Reidl, Schemel 2005). Umweltbildung kann darüber hinaus auch Jugendlichen und Erwachsenen zu einem Perspektivwechsel helfen. Sie fördert die soziale Kompetenz und das Verantwortungsbewusstsein, bietet Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Möglichkeit kulturelle Leitbilder zu hinterfragen. Gelungene Beispiele und Materialien für eine niedrigschwellige Umweltbildungsarbeit für Kinder und Jugendliche finden sich beispielsweise unter www.umweltdetektiv.de.

Energiearmut im Klimawandel

Seit der Klimawandel auch in Deutschland angekommen ist und die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffimporten und damit steigenden Preisen eher zu- als abnimmt, ist in die Debatte um die Energiearmut entbrannt. Als Energiearmut wird dabei die Folge steigender Haushaltsausgaben für Wärme und Strom infolge mangelnder Energieeffizienz und steigender Strom- und Heizkosten bezeichnet. Als Betroffene von Energiearmut gelten dabei Haushalte, die mehr als 10 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Energie aufwenden müssen (Boardman 1991). Energiearmut ist längst zum alltäglichen Phänomen in Deutschland geworden. Rund 600.000 deutsche Haushalte waren nach Schätzungen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 von Stromsperrern betroffen. Die Bundesnetzagentur hat 2012 in einer deutsch- landweiten Erhebung ermittelt, dass im Jahr 2012 rund 312.000 Stromsperrern verhängt worden sind.

Wer von der Energieversorgung abgeschnitten ist, wird auch der gesellschaftlichen Teilhabe beraubt. Energiearmut hat dabei nichts mit dem Ausstieg aus der Atomenergie und erst recht nichts mit der Energiewende zu tun. Die oben genannten Zahlen der Verbraucherzentrale Nordrhein- Westfalen betreffen das Jahr 2010, in dem die Atomwirtschaft in Deutschland noch blühte und für die Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke stritt. Wenn gerade jetzt aber soziale Fragen wie Energiearmut generell gegen die Energiewende und den Klimaschutz ins Feld geführt werden, ist Vorsicht geboten. Die Kosten für Heizung und Kraftstoffe – die nicht von der Energiewende betroffen sind – sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als die für Strom. So muss ein 3-Personen-Musterhaushalt heute fast drei Viertel seiner monatlichen Energieausgaben für Heizen und Kraftstoffe aufbringen und kaum mehr als ein Viertel für Strom. Tatsächlich ist die Energiearmut vielmehr ein Ergebnis der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit in Deutschland.

Stetig steigende Energiepreise bei sinkenden Haushaltseinkommen verschärfen die Energiearmut. Dabei sind insbesondere Geringverdienende, ALG-II- Empfänger, Rentner sowie Studierende betroffen. Ein besonderes Problem dabei ist, dass beim Thema Energie die sozialen Sicherungssysteme versagen: Der ALG II-Satz wird nur unzureichend an die steigenden Energiepreise angepasst. Im Jahr 2013 waren im Regelsatz ca. 32 Euro

für Stromzahlungen angesetzt. Hiermit lassen sich je nach Tarif die Kosten von etwa 1.100 bis 1.400 kWh Strom finanzieren. Bei einem Durchschnittsverbrauch führt das zu einer Unterdeckung im Regelsatz zwischen 25 und 55 Prozent, wie die Verbraucherzentrale NRW nachgewiesen hat.

Darüber hinaus ist das derzeitige Tarifsystem der Stromkonzerne weder sozial noch ökologisch sinnvoll: Die im Verhältnis sehr hohen Grundgebühren fallen gerade bei geringen Verbräuchen schwer ins Gewicht. Auf der anderen Seite wird gerade ein hoher Energieverbrauch belohnt: Mengenrabatte machen hohe Verbräuche attraktiv und führen so zu widersinnigen Fehlentwicklungen. Sinnvoll wären hingegen Stromspartarife ohne Grundgebühr, sodass jede gesparte Kilowattstunde sich vor den Verbraucher rechnet.

Staat und Berater sind gefordert

Um Energiearmut zu begegnen sind prinzipiell zwei Wege möglich: Entweder werden ausreichende Kontingente für eine grundsichernde Energieversorgung zu Verfügung gestellt und/oder Maßnahmen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung im Haushalt werden gestärkt. Haushalte mit mittlerem oder hohem Einkommen sind durchaus in der Lage, die Anschaffung energieeffizienter Technologien zu finanzieren. Einkommensschwache Haushalte können dies nicht. So entsteht eine Situation, in der ausgerechnet diejenigen, die sich hohe Energiekosten am wenigsten leisten können am stärksten davon betroffen sind. Es ist deshalb nicht nur aus Effizienzgründen, sondern auch aus sozialen erforderlich, hier zu intervenieren. Derzeit werden Maßnahmen wie Kleinkreditprogramme oder Anschaffungszuschüsse diskutiert, finanziert durch einen Energieeffizienzfonds oder die KfW. Dieser Ansatz hätte einen weiteren Vorteil: die Entwicklung und Produktion möglichst energieeffektiver und energieeffizienter Haushaltsgeräte kann zwar ordnungspolitisch befördert werden, die Geschwindigkeit mit der alte Geräte in den Haushalten ersetzt werden jedoch nicht.

Modellhaft kann hier Dortmund betrachtet werden, wo mit gezielter Beratung Energiearmut bekämpft werden wird. Das NRW-Verbraucherschutzministerium finanziert gemeinsam mit den örtlichen Energieversorgern eine umfassende Beratung durch die Verbraucherzentrale NRW. Neben einer Energieberatung bietet dies auch eine Beratung für Menschen mit Energieschulden. Die Caritas beteiligt sich an diesem Projekt mit ihrer kostenlosen »Aufsuchenden Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte«. Darüber hinaus werden – finanziert über das Jobcenter – Langzeitarbeitslose zu Stromsparhelfern geschult.

Energiekosten entstehen jedoch nicht nur durch die Stromkosten, sondern hauptsächlich durch Wärmenutzung. Das Problem dabei ist, dass gerade Transferleistungsbezieher oft in schlecht gedämmten Wohnungen leben. Somit haben sie nur sehr eingeschränkt Möglichkeiten ihre Energiekosten über Einsparungen beim Verbrauch zu senken. Sie sind somit den Preissteigerun-

gen direkt ausgeliefert. Verschärft wird die Lage dadurch, dass Kürzungen im Sozialbereich die Übernahme der Heizkosten durch die Jobcenter bzw. Sozialämter häufig unsicher machen. Ein Ausweg kann sein, dass die Energieausweise, die den energetischen Zustand der Mietwohnungen widerspiegeln künftig in die Entscheidung zur Übernahme der Unterkunft- und Heizkosten berücksichtigt werden. Darüber hinaus sind energetische Sanierungsprogramme insbesondere für Sozialwohnungen notwendig. Dabei ist zu prüfen, inwieweit die dadurch entstehenden Einmalkosten für die Sanierung durch öffentliche Träger abgedeckt werden können.

Eine sozial gerechte Energiewende

Die Belastung einkommensschwacher Haushalte durch steigende Strompreise ist keine Folge der Energiewende. Ohne die Erneuerbaren Energien müsste im Strombereich in die Modernisierung von Atom- und Kohlekraftwerken und in den Kraftwerksneubau investiert werden – auch das wäre ein wesentlicher Kostentreiber.

Zudem sind Wind- und Sonnenenergie mittlerweile die preisgünstigsten Stromlieferanten in Deutschland. Die Preise steigen da an der Leipziger Strombörse eben nicht die Preise von Wind und Sonne den Markt bestimmen, sondern Kohle und Atom. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Industrie von der so genannten EEG-Umlage 2013 mit mehr als 6,6 Mrd. Euro befreit wurde. Kosten, welche die übrigen Haushalte und nicht-privilegierten Unternehmen schultern müssen. So subventionieren ALG-II-Empfänger Thyssen-Krupp.

Hinzu kommt: Schwefeldioxid (SO_2), Stickoxide (NO_x), Ruß und Staubemissionen aus Kohlekraftwerken sind die größten Verursacher von Feinstäuben. Sechs der zehn klimaschädlichsten Kohlekraftwerke in der EU stehen in Deutschland. Die Schadstoffemissionen gefährden die Gesundheit von Säuglingen, Kindern und Erwachsenen, verursachen Herzinfarkte und Lungenkrebs und führen vermehrt zu Asthmaanfällen und anderen Atemwegskomplikationen – und zu entsprechenden Gesundheits- und Umweltkosten. Die Luftverschmutzung gehört mit einer jährlichen Todesrate von 700.000 Menschen zu den zehn weltweit häufigsten Todesursachen. Allein in Deutschland sterben jährlich 3.000 Menschen einen frühzeitigen Tod – alleine durch deutsche Kohlekraftwerke. Das Umweltbundesamt schätzt, dass pro Tonne CO_2 ein Schaden zwischen 40 und 70 Euro entsteht. Das Problem: Dieser Schaden wird nicht mit dem Strompreis, sondern über die Gesundheitsausgaben der Krankenversicherungen und Steuern bezahlt. Würden diese Ausgaben in den Strompreis mit einberechnet, wäre die Energiewende in Deutschland längst vollzogen.

Subventionspolitik benachteiligt Mensch und Umwelt

In Deutschland wird der Schutz von Natur und Umwelt seit Jahren zu den wichtigsten Anliegen der Bürger (Wippermann u.a. 2008). Die Qualität der Umweltgüter Klima, Wasser, Boden oder Luft haben in der Bevölke-

rung einen hohen Stellenwert. Und dennoch werden nicht nur sozialpolitisch, sondern auch umweltpolitisch falsche Signale gesetzt: Bereits 2001 kam die OECD zu dem Ergebnis, dass bei uns etwa 35 Prozent der Subventionen der Umwelt schaden. Nach den Berechnungen des Umweltbundesamtes sind in Deutschland Subventionen in Höhe von mehr als 51 Milliarden Euro als umweltschädlich einzustufen – Tendenz steigend.

Dies ist insofern brisant, als dass sich die Qualität von Umwelt und Klima direkt auf die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen auswirken. Damit sind insbesondere sozioökonomisch schlecht situierte Gruppen von diesen Fehlsteuerungen überproportional betroffen sind. Umweltschädliche Subventionen schaden nicht nur der Umwelt, sondern auch den Menschen in Deutschland – besonders den Einkommensschwachen. Denn gerade die Einkommensschwachen sind es, die nicht einmal vordergründig von Subventionen, wie der

- Befreiung von der Kerosinsteuer im Luftverkehr (ca. 7 Mrd. Euro),
- Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge (3,5 Mrd. Euro),
- Entfernungspauschale (4,3 Mrd. Euro) oder den
- Dieselvorgünstigungen (7 Mrd. Euro) profitieren.

Statt die Menschen zu entlasten, denen Entlastungen helfen, werden hier motorisierte und Flugzeugfliegende Bürger entlastet – auf Kosten der Armen und der Umwelt. Die Kosten dafür fallen gleich dreifach an: Erstens müssen die Subventionen selber gezahlt werden, zweitens entstehen daraus Umwelt- und Gesundheitsschäden und drittens steht das Geld nicht zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Lage der Menschen oder zumindest dem Abbau der Staatsverschuldung in Deutschland zu Verfügung.

Politik für Mensch und Umwelt

Was sind wir als Menschen? Was sollten wir sein? Was tun wir? Worauf sollen wir hoffen? Zu diesen vier Sinnfragen von Immanuel Kant kommt eine Kernfrage immer drängender hinzu: Wie können wir auf Dauer gut leben? Dieses neu erwachte Interesse an einer Standortbestimmung kommt nicht von ungefähr. Jahrzehntelang stritten Umweltverbände und Sozialverbände nebeneinander für ein gerechteres Deutschland. Legt man jedoch die sozialen Missstände und die ökologischen Missstände mal nebeneinander, entdeckt man erstaunliche Schnittmengen: Einkommensschwache Bürger leiden nicht nur an ihrer Armut, sondern auch an einem schlechteren Zugang zu Natur und gesundem Leben. Der Klimawandel und die steigenden Rohstoffpreise zeigen darüber hinaus, dass wir im Moment dabei sind, die Probleme in die Zukunft zu verlagern.

Peter Sloterdijk hatte Recht, als er 1989 nach dem Zusammenbruch des Ostblocks feststellte: Der Kapitalismus habe nicht gesiegt, er sei einfach übrig geblieben.

Unsere spätestens seit dem Finanzkapitalismus nicht mehr soziale, sondern kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert nur aus einem Grund: Sie ist auf permanenter Ausbeutung aufgebaut. Entweder wir beuteten die Natur aus, indem wir sie mit CO₂, Müll oder Schadstoffen verschmutzen; oder wir beuten die Menschen aus, indem wir sie für Hungerlöhne arbeiten lassen oder wir beuten die Zukunft aus, indem wir die Ressourcen unserer Kinder aufbrauchen und ihnen unseren ökologischen wie sozialen Schuldenberg hinterlassen. Alles drei ist nicht zukunftsfähig. Die Beispiele zeigen: Ein gutes Leben in Deutschland wird nur möglich, wenn wir soziale und ökologische Gerechtigkeit als das verstehen, was sie sind: Untrennbar miteinander verbundene Zwillinge.

Das Anthropozän bietet eine sehr gute Grundlage, um einen fundamentalen Fehler der Nachhaltigkeitsdebatten der letzten Jahrzehnte zu beenden: Zu lange wurde Nachhaltigkeit als Drei-Säulen-Konzept aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem gesehen. Das hat geradezu dazu eingeladen, die eine Säule gegen die andere auszuspielen. Im Zweifel wurden dabei im Namen der Ökonomie beide anderen Säulen gekippt. Im Anthropozän wird die Übernutzung des Planeten Erde durch den Menschen spürbar. Wer die Verbundenheit von ökologischen und sozialen Herausforderungen ignoriert, wird ein gutes Leben nicht erreichen können. Der Planet Erde wird den Menschen überleben. Klimawandel, Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch sind keine Probleme für die Umwelt. Sie sind vielmehr die sozialen Probleme von morgen. Eine Politik für ein nachhaltiges Anthropozän, die uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern befreit, ist deswegen nichts anderes als Sozialpolitik; Politik für die Menschen.

Literatur

Babisch W (2006): Transportation noise and cardiovascular risk. Review and synthesis of epidemiological studies. Dose-effect curve and risk estimation. WaBoLu-Hefte 01/06.

Becker K, Müssig-Zufika M, Conrad A, Lüdecke A, Schulz C, Seiwert M, Kolossa-Gehring M (2007): Kinder-Umwelt-Survey 2003/06 – KUS – Human-Biomonitoring – Stoffgehalte in Blut und Urin der Kinder in Deutschland. WaBoLu-Hefte 01/07, Umweltbundesamt: Dessau/Berlin.

Becker, K., Kaus, S., Seiwert, M. et al. (2004): Umwelt-Survey 1998. Band V: Hausstaub: Schadstoffgehalte im Hausstaub aus Haushalten der Bevölkerung in Deutschland. WaBoLu-Heft 05/04, Umweltbundesamt, Berlin

Boardman B (1991) Fuel poverty: from cold homes to affordable warmth. London: Belhaven Press.

Bunge C, Katzschner A (2009): Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. Studien zur sozialen Ungleichheit gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen. Umweltbundesamt: Berlin.

Department for Transport (2000): Social Exclusion and the Provision of Public Transport. Main Report. London.

Ellaway, A.; Macintyre, S. and Xavier, B. (2005): Graffiti, greenery and obesity in adults: secondary analysis of European cross sectional survey, in: British Medical Journal 331: S. 611–612.

Heyn, T; Fryczewsky I.; Heckenroth, M.; Schmid-Altlinger, S. (2010): Gesundheit lernen Wohnquartiere als Chance für Kinder. Ein Kooperationsprojekt von Bertelsmann Stiftung, Robert Koch-Institut und empirica AG.

Kaplan R.; Kaplan, S. (1989): The Experience of Nature: A psychological perspective, Cambridge.

Kappauf, T. (2011): Erfolgsbedingungen milieuspezifischer Umweltbildung für bildungsferne Schichten, Vortrag beim DUH-Kongress Umweltgerechtigkeit und Biologische Vielfalt am 04.11.2011, <http://www.duh.de/3371.html>.

Klingholz, R. & K. Töpfer (2011): Das Trilemma des Wachstums. Berlin

Kolahgar B, Hoffmann, B (2006): Landesumweltamt NRW (LUA NRW) (Hrsg.): Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen und gesundheitlichen Folgen an industriellen Belastungsschwerpunkten in Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht. LUA NRW, Essen.

Köckler, H., Katzschner, L., Kupski, S., Katzschner, A. & Pelz, A. (2008): Umweltbezogene Gerechtigkeit und Immissionsbelastungen am Beispiel der Stadt Kassel. – Center for Environmental System Research. Universität Kassel, Kassel.

Kohlhuber, M., Mielck, A., Weiland, S.K., Bolte, G. (2006): Social inequality in perceived environmental exposures in relation to housing conditions in Germany. In: Environmental Research, 101: 246-255

Kuo, F.E und A.F. Taylor (2004): A Potential Natural Treatment for Attention-Deficit Hyperactivity Disorder: Evidence From a National Study. J Public Health 94(9) S. 1580-1586

Maller, C. et al. (2009): Healthy Parks, Healthy People: The Health Benefits of Contact with Nature in a Park Context, in: George Wriht Forum, 26 (2), S.51-83.

Lehmann F, Geene R, Kaba-Schönstein L, Brandes S, Köster M, Kilian H, Steinkühler J, Bartsch G, Linden S (2007): Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). Gesundheitsförderung konkret Band 5. Köln: BZgA.

Lehmbrock M, Spott M, Beckmann KJ (2007): Sustainable Urban Transport and Deprived Urban Areas, Good Practice Examples in Europe. German Institut of Urban Affairs, Berlin.



Welternährungsprogramm (WEP)

flickr/UN Photo, Phil Behan

Maschke, C., Wolf, U., Leitmann, T. (2003): Epidemiologische Untersuchungen zum Einfluss von Lärmstress auf das Immunsystem und die Entstehung von Arteriosklerose. WaBoLu-Heft 01/03, Umweltbundesamt, Berlin

Mielck, A., Reitmeir, P., Wjst, M. (1996): Severity of childhood asthma by socioeconomic status. In: International Journal of Epidemiology, 25: 388-393

Peters A (2005): Partikel in der Außenluft erhöhen das Risiko für Herz-Kreislauf-erkrankungen. Ambient particles increase the risk of cardiovascular diseases. Gesundheitswesen, 67: 79-87.

Pope AC, Ezzati M, Dockery ScD (2009): Fine-Particulate Air Pollution and Life Expectancy in the United States. New England Journal of Medicine, 4: 376-386.

Reidl, K.; Schemel, H-J. (2005): Naturerfahrungsräume im besiedelten Bereich. Nürtinger Hochschulschriften 24.

Schulz C, Lüdecke A, Conrad A, Seiwert M, Ullrich D, Kolossa-Gehring M (2007): Kinder-Umwelt-Survey (KUS): Passivrauchen. Umweltmedizinischer Informationsdienst, 1: 25-28.

Seiwert M (2008): Kinder-Umwelt-Survey (KUS): Sozialstatus und Umweltbelastungen – Erste Ergebnisse. 13. Kongress Armut und Gesundheit. 30. November/1. Dezember 2007, Berlin.

Social Exclusion Unit (2003): Making the Connections: Final Report on Transport and Social Exclusion. Norwich: The Stationery Office.

Statistisches Bundesamt (1998): Gesundheitsberichterstattung für Deutschland.

Steffen, W., Richardson, K., Rockstrom, J., Cornell, S. E., Fetzer, I., Bennett, E. M., et al. (2015). Sustainability. Planetary boundaries: guiding human development on a changing planet. Science, 347(6223), 1259855–1259855.

Swart E, Hoffmann B (2004): Modifiziert der Sozialstatus die gesundheitlichen Auswirkungen von Lärmexpositionen? In: Bolte G, Mielck A (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen. Weinheim und München: Juventa Verlag: 199-220.

Umweltbundesamt (UBA) (2007): Nur mit Plakette durch die Umweltzone. Neues Werkzeug im Kampf gegen Feinstaub und Stickstoffdioxid in den Städten. URL: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pdf/pdo7-010.pdf>.

World Health Organization (WHO) (2009) Regional Office for Europe. Noise and health. URL: <http://www.euro.who.int/Noise>.

Den Flammen entkommen

Die Tatsache, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe eine wesentliche Ursache der Erderwärmung ist, ist unumstritten. Verschwiegen wird allerdings der fortgesetzte Missbrauch, der durch die Abhängigkeit der Menschheit von dieser Energiequelle gefördert wird. Dazu gehören beispielsweise Übergriffe infolge der Militarisierung von Bevölkerungsgruppen in der Nähe von Ölfeldern sowie ausgelaufenes Öl, Gasfackeln und Giftmülldeponien, die alle unmittelbare Auswirkungen auf die Bevölkerung haben.

Nigeria hat nahezu 400 Offshore-Ölblöcke und 315 Ölfelder. Davon produzieren etwa 218⁴. Die Region verfügt über bis zu 5.284 Ölquellen und über 7000 Kilometer Pipelines, 10 Export-Terminals, 275 Durchflusstationen, 10 Gaswerke, 4 Raffinerien und ein riesiges Flüssigerdgaswerk. In über 250 Öfen wird Erdölbegleitgas routinemäßig abgefackelt.⁵ Das Niger-Delta ist ein abstoßender Industriekomplex, der kaum positive Auswirkungen für das Gebiet hat.

Ölverseuchungen sind so häufig, dass es durchschnittlich mindestens einen Fall pro Tag gibt. Ölfälle auf See werden bei weitem nicht alle gemeldet und über die gegen die Verschmutzungen eingesetzten Lösungsmittel und anderen Chemikalien sowie deren Toxizität werden die betroffenen Gemeinschaften nicht informiert. Die Öffentlichkeit weiß noch immer nicht, welche Lösungsmittel bei dem Leck am Bonga-Ölfeld von Shell im Jahr 2011 eingesetzt wurden. Shell hatte behauptet, es seien nur 40.000 Barrel Rohöl ausgeflossen. Ein weiteres Beispiel ist das Feuer auf der Gasproduktionsinsel von Chevron, das am 16. Januar 2012 ausbrach und einen Monat lang brannte. Die davon betroffene Bevölkerung verlangt Informationen über die in ihre Gewässer gekippten Chemikalien. Die letzten von Exxon Mobil bekannt gegebenen Ölfälle auf See verschmutzten die Küste bei Ibeno und strafen die Behauptung der Ölfirma Lügen, es seien nur wenige Barrel Rohöl ausgelaufen.⁶

Was die Gasfackeln anbelangt, muss man sich nur vor Augen führen, dass jedes Jahr Gas im Wert von \$ 2 Milliarden in Rauch aufgeht und giftige Stoffe in die Atmosphäre gelangen, die in unseren Gemeinschaften und unserer Umwelt Schäden und Todesfälle verursachen.

Die Aktivitäten der Sicherheitsmitarbeiter der Ölkonzern-



ne im Niger-Delta sind durchaus berüchtigt. Zu den bekannten Fällen gehören der Angriff auf Ogoniland in den 1990er Jahren und die Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa im November 1995. Seitdem wurden Dörfer vom Erdboden getilgt und Menschen getötet, um Widerspruch zum Schweigen zu bringen. Die militanten Reaktionen in den Ölfeldern von Nigeria in den Jahren 2005 bis 2009 führten zu einer Eskalation der Übergriffe auf beiden Seiten. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels (Juni 2015) wurde die militärische Besetzung der Ölfelder und der dort lebenden Bevölkerungsgruppen konsolidiert und gefestigt.

Die Militarisierung der von der Ölförderung betroffenen Bevölkerung beschränkt sich nicht auf Nigeria. Dasselbe ist bei den Bevölkerungsgruppen im Sudan und Südsudan sowie in Uganda zu beobachten.

Die Fossile Falle

Die Menschheit muss dringend ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hinter sich lassen und neue Wege bei den Energien gehen. Es gibt immer mehr Beweise und alle Zeugen – konservative wie radikale – deuten unbeirrt mit dem Finger auf die Öl- und Gasquellen, Kohle- und Teersandgruben dieser Welt.

Berichten zufolge muss die Welt, wenn sie eine 50 %ige Chance haben will, die Erderwärmung unter zwei Grad zu halten, 66 % der bekannten Kohle-, Öl- und Gasreserven im Boden lassen. Soll sie eine 80 %ige Chance haben, müssen 80 % der Reserven unangetastet bleiben. Trotz aller Warnungen zaudern die Politiker und die Umweltverschmutzung verschlimmert sich, als gäbe es kein Morgen. Vielleicht wissen sie, dass es eventuell keines mehr geben wird.

Die Diskussionen über Emissionssenkungen können in

⁴ STAR INFORMATION: Nigeria hat 388 Ölblöcke (173 vergeben), und 315 produzierende Felder (218 produzieren). 13. März 2013. <http://elombah.com/index.php/special-reports/14949-star-information-nigeria-has-388-oil-blocks-173-awarded-and-315-producing-fields-218-producing>
⁵ <http://newsherald.com.wordpress.com/2013/06/18/no-end-in-sight-to-zero-gas-flaring-in-nigeria/>

⁶ <http://newsherald.com.wordpress.com/2013/06/18/no-end-in-sight-to-zero-gas-flaring-in-nigeria/>

Allein im Jahr 2012 wurden am 13. August, 24. August, 9. November, 16. Dezember und 19. Dezember Ölverschmutzungen gemeldet. Siehe Okon Bassey (8. Januar 2013) Mobil Yet to Clean up Oil Spill on Ibeno Shoreline at <http://www.thisdaylive.com/articles/mobil-yet-to-clean-up-oil-spill-on-ibeno-shoreline/135667/>

gewisser Weise als ein Kampf um die Kolonisierung der Atmosphäre gesehen werden. Offensichtlich würde die »bottom-up«- oder freiwillige Emissionssenkung nicht funktionieren, da die Staaten nicht bereit sind, ihre Emissionen radikal zu reduzieren. Die Industriestaaten wählen generell den Marktansatz und verlassen sich in Bezug auf die Mathematik der CO₂-Reduzierung auf Aufrechnungen. Gegen den bottom-up-Ansatz bzw. die Freiwilligkeit spricht, dass es keinen Mechanismus gibt, mit dem sich die fehlenden CO₂-Senkungen erzielen lassen, wenn die Zusicherungen nicht den bis 2015 zu erzielenden Verpflichtungen entsprechen, die erforderlich sind, um die Eindämmungsmaßnahmen bis 2020 zu verstärken etc. Andernfalls wird Afrika in Flammen aufgehen.

Ökologische Schulden, CO₂-Sklaverei

Die Bekämpfung der Erderwärmung könnte durch die Begleichung der ökologischen Schulden gegenüber den Nationen und Regionen erfolgen, die Jahrhunderte lang Opfer von ungeheurer Ausbeutung und von Umweltschäden waren. Während in Wissenschaftskreisen darüber debattiert wird, wie eine solche Schuld errechnet werden könnte und wem gegenüber sie zu begleichen wäre, weigern sich die reichen Nationen schlicht, auch nur darüber nachzudenken. Sie wollen unbedingt weiterhin den Weg grenzenlosen und kontinuierlichen Wachstums gehen. Die Verleugnung der ökologischen Schuld ist eine Verleugnung von Rechten riesigen Umfangs.

Gerade als wir dachten, wir hätten die Sklaverei überwunden, driften wir nicht nur in CO₂-Kolonialismus sondern in CO₂-Sklaverei ab. Marktmechanismen wie die Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung (REDD) und deren Varianten erlauben es Umweltsündern, die Umwelt weiter zu verschmutzen und gleichzeitig zu »zeigen«, dass Bäume in einem Wald oder einer Plantage, die sie sich irgendwo angeeignet haben, das von ihnen ausgestoßene CO₂ absorbieren. REDD-Projekte gestatten Umweltverschmutzung und man kann nicht behaupten, dass sie die CO₂-Emissionen reduzieren. Das REDD-Konzept dient wirtschaftlichen Interessen und soll lediglich die Umweltsünder und die reichen Nationen beschwichtigen, die glauben, dass die vom Markt verursachten Probleme nur durch den Markt gelöst werden können.

Gruppen wie »No REDD in Afrika Network« (NRAN) erachten REDD in erster Linie deshalb als eine gefährliche falsche Lösung für die Erderwärmung, weil die Strategien einen Lock-in der Umweltverschmutzung bewirken. Das UN-REDD-Network befürchtete, dass genau dies der Fall sein würde, wenn dieses Konzept eingeführt würde. REDD sperrt Bevölkerungsgruppen aus ihren Wäldern aus, hat Auswirkungen auf ihre Kultur, schneidet ihre Lebensgrundlagen ab und fördert die Migration.

Klimamigranten: Den Flammen entkommen

Junge Afrikaner, die verzweifelt versuchen, aus dem Kontinent auszuwandern, sehen sich extremen Gefahren bei ihrem Weg durch die Sahara und bei der Überquerung des Mittelmeers ausgesetzt. Es gibt keine

genauen Angaben über die Zahl der Todesfälle auf diesen Strecken. Die Flucht von dem Kontinent ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, denen vor allem auch der Klimawandel zugrunde liegt.

Afrika ist nicht die einzige Region, die diesen Exodus erlebt. Und es ist offensichtlich auch kein neues Phänomen. Informationen aus einem Bericht mit dem Titel »Environmental Exodus« zufolge flohen von den 25 Millionen Umweltflüchtlingen im Jahr 1995 etwa fünf Millionen vor der Dürre in der Sahelzone (die in Afrika liegende langgestreckte Zone des semiariden Graslands bzw. der Savanne zwischen Senegal und Äthiopien), vier Millionen Umweltflüchtlinge am Horn von Afrika, mindestens sieben Millionen in anderen Teilen südlich der Sahara, in denen Hungersnot herrscht, mindestens sechs Millionen Umweltflüchtlinge in China aufgrund von Landmangel (von 120 Millionen Binnenvertriebenen im Land), und mindestens zwei Millionen Mexikaner, die vor der Umweltzerstörung fliehen.⁷

Die Klimakrise in Afrika manifestiert sich auf vielerlei Weise. Die Temperaturen steigen zwar weltweit, Afrika sieht sich aber mit einer besonderen Situation konfrontiert, da die Temperaturen dort um 50% über dem globalen Durchschnitt liegen. Während die gegenwärtigen Klimaverhandlungen sich um die beabsichtigten nationalen Beiträge (INDC) drehen, steuert die Welt auf einen Temperaturanstieg von vielleicht vier Grad oder sogar mehr zu. Wenn dieser eintritt, steigen die Temperaturen in Afrika um sechs Grad oder sogar mehr. Angesichts dieses Szenarios wird klar, dass die Klimaflüchtlinge, die alles riskieren, um Afrika zu verlassen, im Grunde nur versuchen, den um sich greifenden Flammen zu entkommen.

Überschwemmungen und Klimafaschismus

In vielen afrikanischen Ländern haben Überschwemmungen verheerenden Schaden angerichtet und damit die gefährdete Lage eines Kontinents deutlich gemacht, der selbst sehr wenig zur Klimakrise beiträgt. Lassen Sie uns einige Auswirkungen von Überschwemmungen auf dem Kontinent in den letzten Jahren betrachten.

Dürren und Überschwemmungen haben in der jüngsten Zeit Verwüstungen auf dem Kontinent angerichtet. Dürren in der Sahel-Zone und am Horn von Afrika haben beispiellose Probleme verursacht, wie die Zerstörung von Lebensgrundlagen und eine Reihe weiterer negativer Folgen. Die Ausbreitung der Wüste in Nordnigeria und das Schrumpfen des Tschad-Sees haben z.B. eine Migration der Hirten nach Süden erzwungen. Dies hat zu gewaltsamen Konflikten mit Bauern in anderen Teilen des Landes geführt. Diese Konflikte sind Teil dessen, was manchmal als religiöse oder ethnische Konflikte eingeordnet oder charakterisiert wird.

⁷ Norman Myers, 2995, Environmental Exodus, Climate Institute

Der Protest der Inselbewohner Klimaflüchtlinge? Nein – »Climate Warriors«!

Am Vormittag des 17. Oktober 2014 legen 30 Bewohner(innen) der kleinen pazifischen Inselstaaten mit ihren handgebauten Kanus und Hunderte Unterstützer(innen) den größten Kohlehafen der Welt im australischen Newcastle für ein paar Stunden lahm. Nur vier von zwölf angekündigten Schiffstransporten durchbrechen die Blockade. Unter dem Banner »Wir ertrinken nicht, wir kämpfen!« haben zwölf betroffene Inselstaaten diese Aktion gemeinsam mit der internationalen Fund raising-Kampagne 350.com vorbereitet. Ihr Ziel ist es, auf den ungebremsen Kohleverbrauch und -export aufmerksam zu machen, der maßgeblich zu den weltweiten Treibhausgasemissionen beiträgt. Im September 2014 hatte die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre zum ersten Mal seit 600.000 Jahren 396 parts per million (ppm) erreicht – laut Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ein Rekordwert. Klimaschützer(innen) halten die Einhaltung der Obergrenze von 350 ppm für erforderlich, wenn die Temperatur nicht um mehr als zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau ansteigen soll.

Für die meist nur ein bis zwei Meter über dem Meeresspiegel liegenden Inselstaaten ist der Klimawandel kein abstraktes Zukunftsszenario. Schon heute häufen sich die Sturmfluten. Der Staat Papua-Neuguinea hat bereits im Jahr 2009 die 1.500 Bewohner(innen) der Insel Carteret in der Region Bougainville auf eine größere Insel umgesiedelt, denn lange bevor die Inseln untergehen, werden sie durch Versalzung des Grundwassers unbewohnbar.

Kein Interesse am Flüchtlingsstatus

Die Bevölkerungen der kleinen pazifischen Inselstaaten schauen ihrem schleichenden Untergang nicht länger untätig zu, sondern machen Gebrauch von ihrem Recht auf »ökologische Selbstverteidigung«⁸. Mit dem Konzept und der Selbstbetitelung als »Climate Warriors« treten die Inselbewohner(innen) bewusst dem Begriff »Klimaflüchtlinge« entgegen. In der Vergangenheit hat beispielsweise Greenpeace Deutschland die Angst geschürt, dass 200 Millionen sogenannte Klimaflüchtlinge die Industrieländer überfluten könnten. Die explosive Mischung aus unbeabsichtigter Fremdenfeindlichkeit und Klimadeterminismus sollte Politiker(innen) endlich zum Handeln in Sachen Klimaschutz bewegen. Für die Betroffenen war das jedoch kontraproduktiv.

Sie wurden von ganz verschiedenen Seiten, von militärischen Thinktanks bis zu gutmeinenden Filmemachern als Gefahr für die Industrieländer konstruiert, gegen die man sich nicht zuletzt auch mit höheren Grenzzäunen und dem Einsatz von mehr Grenztechnologien in Zu-

kunft würde verteidigen müssen. Gutmeinende Nichtregierungsorganisationen wie die Londoner New Economics Foundation forderten sogar Flüchtlingsstatus für die Betroffenen, damit diese im Falle grenzüberschreitender Migration nicht völlig rechtlos dastehen würden. Die Rede war von einer Erweiterung der Genfer Flüchtlingskonvention um die Kategorie »Umweltverfolgung«



bis hin zu einem Protokoll zur Klimarahmenkonvention, um einen solchen Status zu schaffen. Solche Forderungen fanden jedoch bei den Regierungen westlicher Industrieländer wenig Gehör. Auch war die Mehrzahl der Regierungen nicht bereit, eine Verantwortung für Klimaflüchtlinge anzuerkennen. Selbst die Betroffenen waren nicht einverstanden.

In zahlreichen Studien und Interviews gaben die Botschafter(innen) und Regierungsvertreter(innen) der meisten kleinen Inselstaaten wie Tuvalu und Kiribati zu Protokoll, nicht das geringste Interesse am Flüchtlingsstatus zu haben.⁹ Stattdessen forderten sie drastische Emissionsreduktionen in den Industrieländern, um ihre Inseln vor dem Untergang zu bewahren. Und für den Ernstfall eines Untergangs beanspruchten die Inselstaaten Arbeitsmigration nach Neuseeland und Australien sowie Entschädigungszahlungen. Dank der Lobbyarbeit vieler Organisationen, allen voran des Instituts für Umwelt und Menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen, gelangte das Thema aber doch auf die Agenda der internationalen Klimaverhandlungen. Artikel 14 (f) des 2010 verabschiedeten »Cancún Rahmenabkommens zur Anpassung an den Klimawandel« griff Klimaflucht unter dem neuen Begriff »klimawandelbedingte Migration« auf, was damit auch

8 Eckersley, Robyn: Ecological Intervention: Prospects and Limits. In: Ethics and International Affairs 3/2007, S. 293–316.

9 McNamara, Karen Elizabeth/Gibson, Chris: »We Do Not Want to Leave Our Land“: Pacific Ambassadors at the United Nations Resist the Category of Climate Refugees. In: Geoforum 3/2009, S. 475–483.

einen möglichen Rechtsanspruch auf Asyl unterband. Allerdings wurde dort nur festgehalten, dass zukünftig Gelder der Klimaanpassung auch für Klimamigration verwendet werden könnten.

Mit der Publikation des britischen »Foresight Report on Migration and Global Environmental Change« im Jahr 2011 erreichte der internationale Diskurs über Klimafucht eine neue Stufe. Klimawandelbedingte Migration wurde nun als rationale Anpassungsstrategie an ein sich wandelndes Klima dargestellt. Laut diesem Bericht ist Migration für viele »die einzige Option«, so traurig dies auch sei. Migration sei aber auch ein geeigneter Weg, um sich resilient, sprich widerstandsfähig gegen den Klimawandel zu machen. So könne beispielsweise die Migration Einzelner dazu führen, dass die anderen bleiben könnten. Mithilfe von Auslandsrücküberweisungen in die Heimat ließen sich beispielsweise Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel wie Dämme oder den Bau von Schutzbunkern finanzieren.

Die Grenzen der Resilienz

Der aktuelle Diskurs um klimawandelbedingte Migration etabliert Resilienz als neuen Handlungsimperativ. Resilienz bedeutet hier die Fähigkeit eines sozialen oder



Logo der Pazifischen Klimakämpfer, www.350pacific.org

ökologischen Systems, einen Schock zu überleben. Dazu ist es nicht erforderlich, einen ursprünglichen Zustand wiederherzustellen, sondern es reicht aus, dass zentrale Systemfunktionen weiter aufrechterhalten bleiben. Dieser Ansatz bietet in der Klimaanpassung neue Flexibilität. Anstatt nur Altes zu bewahren, dürfen Veränderungen stattfinden, solange sie das Überleben ermöglichen. Wo sind jedoch die Grenzen der Resilienz? Resilienz erwartet von den Menschen, bereit zu sein, mit Gefahren zu leben, die ihr Leben jederzeit durchrütteln können. Aber wollen wir eigentlich gefährlich leben?

Der Brite Julian Reid, Professor an der Universität Lapp-land in Finnland, empfiehlt, sich der Resilienz zu widersetzen: Wir sollten uns weigern, gefährlich zu leben. Das tun in der Zwischenzeit auch schon die Hauptbetroffenen. Nach der Verwüstung der Philippinen durch den Sturm Haiyan im November 2013 hielt der Delegationsführer der Philippinen, Yeb Sano, einen Monat später auf der Klimakonferenz in Warschau unter Tränen eine aufrüttelnde Rede. Unter anderem sagte er klar und deutlich, dass er sich weigere, in einer Welt leben zu müssen, in der solche Stürme »normal« würden: »[W]e refuse, as a nation, to accept a future where super typhoons like Haiyan become a fact of life. We refuse to accept that running away from storms, evacuating our families, suffering the devastation and misery, having to count our dead, become a way of life. We simply refuse to. [...] We can stop this madness. Right now.«¹⁰ Yeb Sano ging – für die Dauer der Klimakonferenz – in einen Hungerstreik, den er fortsetzen wollte, bis »the establishment of a loss and damage mechanism« und »real ambition on stabilizing greenhouse gas concentrations« erreicht wären. Dazu kam es bis heute bekanntlich nicht.

Zwei gegensätzliche geopolitische Entwürfe von Zukunft

Dass der Untergang der Inselstaaten vom derzeit dominanten Diskurs als unvermeidlich dargestellt wird, ist kritikwürdig.¹¹ Natürlich stimmt es, dass es um den internationalen Klimaschutz schlecht bestellt ist. Aber noch besteht Handlungsspielraum, die Inselstaaten zu bewahren. Letztlich handelt es sich bei der Diskussion über sogenannte Klimaflüchtlinge oder klimawandelbedingte Migration um einen Streit zwischen zwei verschiedenen geopolitischen Zukunftsentwürfen. In einer der beiden Zukünfte leben wir mit dem gefährlichen Klimawandel und folgen dem neuen Imperativ der Resilienz. In dieser Zukunft verschwinden die kleinen Inselstaaten von der Landkarte. In der anderen, alternativen Zukunft verhindern drastische Emissionsreduktionen einen solchen gefährlichen Klimawandel. Die Inselstaaten bleiben auf der Landkarte.

Es ist eine hochpolitische Entscheidung, in welcher dieser beiden Welten wir leben wollen. »It is clear to us that this is the kind of action which we must take in order to survive«, erklärte der Sprecher der Climate Warriors in Newcastle Fenton Lutunatabua am Tag der Hafenblockade. Mit ihrem lautstarken Protest erinnern er und die Climate Warriors daran, dass es noch nicht zu spät ist, uns für eine Weltkarte mit kleinen pazifischen Inselstaaten darauf zu entscheiden.

Zuerst erschienen in politische ökologie Bd. 139, Dezember 2014: S. 79-83. www.politische-ökologie.de

¹⁰ Sano, Yeb: Typhoon Haiyan: We Cannot Afford to Procrastinate on Climate Action. In: The Guardian vom 11.11.2013; www.theguardian.com/world/2013/nov/11/typhoon-haiyan-philippines-climate-change

¹¹ Methmann, Chris/Oels, Angela (im Erscheinen 2015): From »Fearing« to »Empowering« Climate Refugees: Rendering Climate-induced Migration Governable Through Resilience. In: Security Dialogue, Spezialausgabe »Politics of resilience: Logics, practices and consequences«.

Klimawandel und internationale Migration

Es besteht kein Zweifel, dass die Klimaerwärmung mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Folgen das komplexeste und unumstritten wichtigste Umweltthema unseres Planeten ist. Die klimatischen Veränderungen, die aus der Klimaerwärmung resultieren, sind größtenteils auf unsere Produktions- und Verbrauchsmuster zurückzuführen. Wir sollten unabhängig davon, ob wir aus dem globalen Norden oder dem globalen Süden kommen, die Verantwortung für die Klimastörungen gemeinsam schultern.

Gleichwohl müssen wir zugeben, dass der Beitrag des globalen Südens allgemein und Afrikas im Besonderen zur Klimaveränderung sehr gering ist, dessen Folgen aber zerstörerischer sind als überall sonst auf der Welt. Im gesamten globalen Süden sind daher die Phänomene spürbar, die durch die globale Erwärmung verursacht werden:

- Rückgang der Anbauflächen,
- Abnahme der Nahrungsmittel- und Fischreserven,
- Zunahme der Zahl von Überschwemmungen,
- Verlust von Gebieten, die sich für die Landwirtschaft eignen,
- Überflutung von menschlichen Siedlungen,
- Abschmelzen von Berggipfeln, z.B. des Kilimandscharo,
- Verlandung und Austrocknung bestimmter Gewässer, was zu Konflikten aufgrund von Wasserknappheit führt (der Tschadsee beispielsweise hat nur noch 10 % seiner ursprünglichen Wasseroberfläche),
- Rückgang der Artenvielfalt,
- Verlust der Ernährungssouveränität,
- endemische Hungersnöte,
- neue Krankheiten.

Als direkte Folge daraus ist das Überleben dieses Teils der Menschheit sehr stark gefährdet. Die gefährdete Lage der Gemeinschaften und fehlende technische und finanzielle Ressourcen verschärfen ihre Lebensbedingungen.

Nach Voraussagen von Experten werden im Jahr 2020 zwischen 75 und 250 Millionen Menschen in Afrika unter Wasserknappheit leiden. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) räumt ein, dass über 800 Millionen Menschen im globalen Süden unter Hunger und Unterernährung leiden.

Deshalb gehört in diesem drastischen und dramatischen Kontext die Migration – mit all ihren negativen Implikationen – zu den ersten Anpassungsmaßnahmen. Insgesamt liefern diese verschärften Lebensbedingun-



gen die Erklärung für den direkten Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der Massenmigration von Menschen aus den am stärksten gefährdeten armen Ländern in das »gelobte Land«. Aufgrund ihrer massiven Abwanderung vom Süden in den Norden sorgen diese neuen Migranten bzw. die so genannten »Klimaflüchtlinge« möglicherweise für eine weitere Verschlechterung von bereits jetzt angespannten Beziehungen.

Die Industrieländer sehen sich gezwungen, ihre Grenzen dichtzumachen, und »die Anderen« werden stigmatisiert und »ghettoisiert«. Um diese massive Zuwanderung zu stoppen, »mauert« sich der globale Norden ein und setzt militärische Lösungen um.

Ungeachtet all dieser Faktoren zögert man, diesen Klimaflüchtlingen die Rechte zuzugestehen, die bestimmten Kategorien von Migranten nach der Genfer Konvention bereits gewährt wurden. Das Fehlen entsprechender völkerrechtlicher Bestimmungen trägt kaum dazu bei, einen angemessenen Umgang mit diesen »Opfern« zu entwickeln. Angesichts all dieser nicht enden wollenden Tragödien, die direkte Folge der unkontrollierten Migration sind, ist es höchste Zeit, diese Flüchtlinge auf globaler Ebene anzuerkennen und ihre Menschenrechte zu garantieren.

Der globale Süden kann diese Situation nicht allein in den Griff bekommen, und es kann nicht im Interesse der internationalen Gemeinschaft liegen, dass der

Süden durch uneingeschränkte Migration destabilisiert wird, da dies eine Bedrohung für den Frieden dieser gefährdeten Gemeinschaften und die internationale Stabilität darstellt.

Da jeder von uns Verantwortung trägt, stellen sich einige Fragen: Sollten die Grenzen absolut dichtgemacht werden, um diese Bevölkerungsbewegungen aufzuhalten? Oder können wir mithilfe einer neuen Form der internationalen Solidarität einen Weg finden, dieses Phänomen aufzuhalten?

Die seit langem industrialisierten Länder und die Schwellenländer tragen aufgrund der Tatsache, dass sie den größten Teil der Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre verursachen, eine gewisse Verantwortung gegenüber den Ländern und Völkern, die sich in einer gefährdeten Lage befinden oder möglicherweise befinden werden.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Menschen im Süden die Ozeane überqueren werden, solange sie in prekären Verhältnissen und mit knappen Ressourcen ohne Hoffnung auf ein besseres Leben verharren müssen. Sie werden sich weder von Frontex noch von

Aufgrund der riesigen Menge an Mitteln und Ressourcen, die mobilisiert werden müssen, um die sozialen und wirtschaftlichen Rechte aller neuen Migranten zu sichern, ist die Solidarität des Nordens entscheidend. Deshalb sollte die internationale Gemeinschaft diese Mittel und Ressourcen jetzt – d.h. vor dem Hintergrund der drastischen Folgen des Klimawandels – mobilisieren, um zu verhindern, dass die Kosten für die Bewältigung der Migration noch weiter steigen. Möglicherweise ist es kostengünstiger, den Menschen in ihren Heimatländern zu helfen, als sich um sie zu kümmern, wenn sie im Norden angekommen sind.

Wir müssen uns alle gemeinsam dafür einsetzen, diese erzwungene Migration zu verlangsamen, die im Grunde ein Verstoß gegen das Menschenrecht der betroffenen Menschen ist, in ihrem Heimatland zu leben, und die sich nachteilig auf die kulturelle Vielfalt auswirkt, die ein Welterbe ist.

Neben den menschlichen, finanziellen, sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels könnten auch die kulturellen Folgen für den globalen Süden dramatisch sein. Die Verstreuung der Gemeinschaften und der Verlust ihrer Bindung an die traditionelle Umwelt werden zweifellos zum Aussterben der Sprachen, des Wissens und der Kulturen vieler Länder des globalen Südens führen.

Die globale Erwärmung ist eine Bedrohung für die gesamte Menschheit. Unabhängig davon, ob wir aus dem Norden oder aus dem Süden kommen und wer dafür verantwortlich sein könnte: Eine globale Reaktion unter Einbeziehung aller ist nach wie vor die beste Reaktion.



Wassermangel und Versalzung der Böden, Senegal

flickr/UN Photo

Lassen Sie uns die Harmonie zwischen

den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Lagern aufhalten lassen. Die internationale Gemeinschaft spielt im Hinblick auf die Aufgabe, die Regierungen nachdrücklich zur Reduzierung von Emissionen zwecks Erreichung des 2-Grad-Ziels aufzufordern und die Gemeinschaften vor Ort bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen (durch den Transfer geeigneter Technologien, Fischzucht, Aufzucht usw.), eine wichtige Rolle.

Mensch und Natur dadurch wiederherstellen, dass wir die gefährdeten Menschen bei ihren Bemühungen um die Anpassung an den Klimawandel unterstützen und den Klimawandel abschwächen. Eines dürfen wir niemals vergessen: Klimagerechtigkeit bedeutet auch, dass wir künftigen Generationen einen gesünderen Planeten hinterlassen müssen. Ansonsten wird sich der pessimistische Slogan «Afrika ohne Afrikaner» bewahrheiten.

Es sind alles menschliche Wesen: »Lasst keinen zurück«

Angesichts der Tatsache, dass es in jüngster Zeit oft nicht gelungen ist, den Menschen Schutz zu bieten, die in aller Welt Schutz suchen, besteht offensichtlich ein beklagenswerter Mangel an Respekt für die Menschenrechte der Zufluchtsuchenden.

Menschen und insbesondere Regierungen, die die Menschenrechte verletzen (Gewaltakte, willkürliche Inhaftierung und/oder ungerechtfertigter Zwang), sollten die Bedeutung von Migration in der Geschichte der Menschheit und die internationalen Rechtsnormen, die derzeit (mehr oder weniger) für Migration gelten, nicht außer Acht lassen.

Migration als »Lebensform«¹² ist und wird immer Teil unseres Lebens sein, da die Menschen immer auf der Suche nach einem »besseren Leben« sind, nach wirtschaftlichen Chancen, Bildung und Stabilität – wenn man Stabilität als gesellschaftliches Konzept definieren würde, das auf zwei Pfeilern ruht, einem menschenwürdigen Leben und Frieden. Es liegt in der Natur des Menschen, sich an schwierige Situationen anzupassen und Migration ist eine Form der Anpassung an alle Umstände, einschließlich widriger Umweltbedingungen¹³. Jüngsten Untersuchungen zu klimabedingter Migration¹⁴ zufolge sehen die Menschen Migration als Mittel der letzten Wahl. Die Menschen wollen ihre Heimat nicht verlassen, und einige Fälle im Pazifik beispielsweise sind in dieser Hinsicht recht dramatisch. Dort gehen Dörfer unter¹⁵.

Das Migrations-Oxymoron oder -Paradoxon besteht darin, dass trotz der mangelnden Bereitschaft der Staaten (und Gemeinschaften) neue Migranten aufzunehmen und obwohl die Menschen ihr Land (und ihre Gemeinschaft) nicht verlassen wollen, Migration den aufnehmenden Gemeinschaften in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht im Allgemeinen mehr Vorteile als Nachteile bringt. Der positive Aspekt der Migration spiegelt die Fähigkeit der Menschen

wider, sich an neue Umstände anzupassen und kristallisiert die konstruktiven und progressiven Auswirkungen des Migrationsprozesses heraus, unabhängig davon, ob diese vorübergehend oder dauerhaft sind.

Nach dem internationalen Menschenrecht und dem Völkergewohnheitsrecht haben die Staaten die Pflicht,



die Rechte der Migranten/Flüchtlinge zu achten und sie vor der Rückführung zu schützen, wenn die reale Gefahr besteht, dass diese Personen Opfer von Menschen-

rechtsverletzungen werden. Außerdem sollten dem Völkerrecht zufolge die Staaten Menschen (einschließlich Migranten, Flüchtlingen oder Asylbewerbern) Würde und Respekt zuteilwerden lassen und ihre Menschenrechte dadurch anerkennen, dass sie Politiken, die die sichere Durchreise von Migranten und ihren legalen Zugang zu Schutz verhindern, nicht umsetzen/abschaffen. Zwar bezieht sich das internationale Flüchtlingsrecht nicht auf Umweltgefahren (Verfolgung oder Konflikt), dies befreit die Staaten jedoch nicht von ihren oben aufgeführten Pflichten oder ihrer allgemeinen Pflicht, notleidenden Menschen, die Schutz suchen, ohne Ansehen ihres Status zu helfen.



¹² Corendea, Cosmin, 2008. »Refugee Law in the Era of Globalization«, Human Security in Pacific. The Climate Refugees of the Sinking Islands. 2 (1): 12-19

¹³ Ibidem.

¹⁴ Corendea Cosmin et al, 2015. »Promoting Human Security and Minimalizing Conflict Associated with Forced Migration in the Pacific«, Policy Brief, UNU-GCM Pg. 3-6

¹⁵ Ibidem.

Anforderungen an die Migrationspolitik in Deutschland und der EU

Das Thema Klimamigration ist in Deutschland bisher weder im gesellschaftspolitischen Diskurs noch auf bundespolitischer Ebene richtig angekommen. Kaum jemand weiß genau, was sich hinter dem Begriff »Klimaflüchtling« eigentlich verbirgt. Daher ist es zunächst einmal sehr wichtig, hierfür ein Bewusstsein zu schaffen und die politische und gesellschaftliche Debatte anzustoßen und zu fördern.

Klimaflüchtlinge haben noch keine Schutzstatus und sind insbesondere nicht von der Genfer Flüchtlingskonvention erfasst. Diese definiert Flüchtlinge als Personen, die verfolgt werden wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung. Klimaflüchtlinge passen nicht unter diese althergebrachten Definitionen. Deswegen brauchen sie jedoch nicht weniger Schutz.

Flüchtlinge dürfen nicht nur deswegen außen vor gelassen werden, weil sie keiner bereits bestehende Definitionen unterfallen. Der Bereich Migration und Flucht unterliegt einem ständigen Wandel und einer Entwicklung, die wir nicht einfach ignorieren können. Fluchtursachen werden immer komplexer, dafür tragen wir als Industrienationen mit die Verantwortung. Durch unsere Wirtschaftssysteme und Politiken haben wir dazu beigetragen, dass in Entwicklungs- und Schwellenländern klimatische Bedingungen viel größere Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben. Die Lasten sind ungleich verteilt: Während der globale Norden die Hauptschuld am Klimawandel trifft, hat der globale Süden dessen Konsequenzen zu tragen.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung muss also sein, eine Definition für Klimaflüchtlinge zu finden, sie offiziell anzuerkennen und ihnen einen Schutzstatus zuzugestehen. Es darf nicht der Fehler begangen werden, Flüchtlinge wieder einmal in »richtig« und »falsch« oder »berechtigt« und »unberechtigt« zu kategorisieren. In der nahen Zukunft wird es vor allem darum gehen, das Thema auf die politische Agenda bringen.

Sowohl die europäische als auch die deutsche Flüchtlingspolitik ist zunehmend geprägt von Abschottung und Kategorisierung. Das neue Gesetz zur Neuregelung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung zum Beispiel nimmt den Leitgedanken der Abschreckung auf und fördert die diskriminierende Aufteilung Schutz-

bedürftiger in »gute« und »schlechte« Flüchtlinge. Auf europäischer Ebene wird in Grenzüberwachung durch Frontex und höchst umstrittene Militäreinsätze gegen Schleuser investiert, statt eine zivile und europäisch organisierte Seenotrettung aufzubauen.



Der aktuelle Antrag der Bundestagsfraktion Die LINKE »Flüchtlinge willkommen heißen« stellt Forderungen an eine offene und faire Asylaufnahmepolitik in Deutschland auf, unter anderem nach einem gleichberechtigten Zugang aller Flüchtlinge zum Gesundheits- und Bildungssystem, der Einführung eines free-choice-Modells als Ablöse des gescheiterten Dublin-Systems und der Abschaffung sämtlicher diskriminierenden und bestimmte Flüchtlingsgruppen benachteiligenden Sondergesetze. Ziel ist es, eine Willkommenskultur zu schaffen, in der Migration nicht – wie so oft propagiert – als vermeintliche Belastung sondern als tatsächliche Bereicherung angesehen wird.

Die Industrienationen sind in der Verantwortung, nicht nur die Fluchtursachen – auch von Klimaflüchtlingen – wirksam zu bekämpfen sondern auch legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen. Der Klimawandel und seine Folgen erfordern von uns neue Konzepte für globale Gerechtigkeit und internationale Solidarität.

Flüchtlingskrise: Europäische Herausforderungen

Seit Ende 2013 macht der UN Hochkommissar für Flüchtlinge, Antonio Guterres, die Weltgemeinschaft auf die größte Flüchtlingskrise seit dem 2. Weltkrieg aufmerksam. Ende 2014 wurden 59,5 Millionen Vertriebene gezählt, davon 38,2 Millionen innerhalb ihres Landes, 19,5 Millionen Flüchtlinge und 1,8 Millionen Asylsuchende außerhalb ihres Landes. Der Krieg in Syrien hat mehr als 4 Millionen Flüchtlingen außerhalb des Landes und 8 Millionen innerhalb des Landes zur Folge. Entsprechend wurde die internationale Gemeinschaft bereits im Dezember 2014 aufgerufen, wenigstens 10 % der syrischen Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten neu anzusiedeln (Resettlement), und die Nachbarstaaten bei der Beherbergung der großen Flüchtlingszahlen, allein im Libanon ca. 1,5 Millionen, zu unterstützen.

Seit 2013 stieg die Zahl der Flüchtlinge, die versuchten, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen stark an; es verloren aber auch immer mehr Menschen ihr Leben bei diesen Versuchen. Nach dem dramatischen Tod von mehr als 360 Menschen vor Lampedusa im Oktober 2013 steuerte die italienische Regierung um und begann eine umfassende Seenotrettung mit der Operation Mare Nostrum, mit der an die 100.000 Menschen gerettet wurden. Mehr als 175.000 Menschen kamen 2014 in Italien an.

Weniger wahrgenommen wurde der beständige Anstieg von Flüchtlingen in Griechenland. Nachdem Griechenland und Bulgarien in 2013 die Landgrenze zur Türkei mit Zäunen schlossen, wurden die ägäischen Inseln zum wichtigsten Ziel. Der Anstieg nahm in 2015 drastisch zu, bis August 2015 kamen bereits mehr als 165.000 Flüchtlinge über die griechischen Inseln, in Italien wurden bis August 2015 104.000 Ankünfte gezählt.

Italien und Griechenland haben nach wie vor unzureichende Aufnahmekapazitäten: in den vergangenen Jahren wurde eher in Grenzsicherung als in Flüchtlingsaufnahme investiert. Entsprechend unvorbereitet waren die Länder auf die hohe Zahl an Flüchtlingen, die zwar häufig registriert wurden, aber selten eine Unterkunft oder Unterstützung erhielten. In beiden Ländern wurde seit 2012 zwar das Asylsystem verbessert, nicht aber den – erwartbaren – Zahlen angepasst.

Europäische Antworten:

Die EU-Mitgliedsstaaten hörten die Aufrufe aus Italien und Griechenland – und des UNHCR, sich an der Bewältigung der Aufnahme Krise zu beteiligen spät und unzureichend: Erst im Frühjahr 2015 stimmten die Mitgliedsstaaten zu, das Mandat der Frontex Operation Triton auf die Seenotrettung deutlich auszuweiten. Von einer Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedsstaaten, wie von der italienischen Regierung vorgeschlagen, wollte man lange nichts wissen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten hatten 2013-2014 die Überarbeitung der Richtlinien für das Gemeinsame Europäische Asylsystem abgeschlossen, die Mehrheit der Richtlinie sind spätestens Mitte Juli 2015 inkraft getreten. Darin sind gemeinsame Standards für die Aufnahmebedingungen für Asylsuchende ebenso



enthalten wie Regeln, welche Gründe für die Zuerkennung von internationalem Schutz (Flüchtlingsstatus oder subsidiärer Status) gelten und welche Rechte damit verbunden sind, aber auch Regeln für ein Asylverfahren und die Neufassung der Richtlinie, nach der bestimmt wird, welcher Mitgliedsstaat für ein Asylverfahren zuständig ist, auch Dublin III genannt.

Ebenfalls beschlossen wurde 2012, ein gemeinsames Europäisches Flüchtlingsneuanstellungsprogramm. Dafür wurden eigene Finanzmittel der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt, aber auch die Freiwilligkeit betont, nach der EU-Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen selbst entscheiden. Während Kirchen und NGOs gemeinsam mit dem UNHCR zu diesem Zeitpunkt eine von den 27 bzw. 28 EU-Mitgliedsstaaten eine jährliche regelmäßige Aufnahme von 20.000 Flüchtlingen forderten, blieb die Zahl der angebotenen Quoten unter 10.000.

Kritik an den EU-Regeln gibt es viel, insbesondere weil das Dublin-System, wonach zunächst geprüft wird, welcher Staat für die Durchführung des Asylverfahren ist, den Zeitraum verlängert, bevor eine Anhörung in der Sache, d.h. Fragen nach dem Fluchtgrund einer Person, begonnen wird. Auch führt dieses System schnell zu einer unverhältnismäßigen Belastung von Grenzstaaten wie derzeit Griechenland und Italien. Aufgrund der unzureichenden Aufnahmebedingungen in Griechenland wurden Rücküberstellungen, die nach der Dublin-Regel eigentlich rechtlich vorgesehen sind, in den vergange-

nen Jahren ausgesetzt. Auch nach Ungarn oder Italien werden Asylsuchende nicht aus jedem Land der EU zurückgeschickt. Versprochen und noch nicht vorgeschlagen ist eine Richtlinie, nach der der Schutzstatus von Flüchtlingen in der ganzen Union anerkannt wird; auch hier besteht ein Ungleichgewicht, denn die negativen Bescheide eines Mitgliedsstaates werden bereits gemäß einer EU-Entscheidung gegenseitig und überall in der Union anerkannt.

EU Schwerpunkt: Grenzsicherung und Abschiebung

Das Europäische Asylsystem hat mit den Richtlinien in den vergangenen 15 Jahren zu Verbesserungen geführt. Dennoch muss konstatiert werden, dass der Schwerpunkt der europäischen Flüchtlingspolitik sehr stark auf Abwehr und Verlagerung des Flüchtlingsschutzes und der Zuständigkeit geführt hat. Nicht nur die Dublin-Regel verlagert die Zuständigkeit für ein Asylverfahren, auch die Konzepte für sogenannte »sichere« Herkunftstaaten und »sichere« Drittstaaten verfolgen das Ziel, die Asylsuchenden möglichst schnell an andere Orte zu bringen. Schnell geht dies aber in der Regel nicht.

Für die gemeinsame Grenzpolitik wurde die EU Grenzschutzagentur Frontex eingerichtet, für die gemeinsame Asylpolitik das Europäische Asylunterstützungsbüro EASO. Während Frontex die Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen operativ unterstützt, ist EASO bislang nur bedingt aktiv: in der Ausbildung und Beratung, aber – zumindest noch – nicht mit Bereitstellung von Personal aus anderen Ländern zur Durchführung der Asylverfahren. Auch die finanzielle Ausstattung der beiden Behörden lässt sich nicht vergleichen, und so ist die Zuwendung an EASO im Nothilfeprogramm der Europäischen Kommission vom Mai 2015 vielleicht symptomatisch: Für Frontexoperationen wurde zusätzlich 18,5 Millionen EUR zur Verfügung gestellt, für EASO gerade einmal 132.000 EUR. Immerhin wurde für die Stärkung der Aufnahmekapazitäten und Asylsystem 57 Millionen EUR vorgesehen. Wenn diese Mittel gut und zügig verwendet werden, kann die Situation vielleicht entlastet werden.

An den Grenzen in Griechenland und Italien wird häufig gedacht und gesagt, »die Flüchtlinge wollen ja gar nicht hier bleiben«. Als Konsequenz wurden häufig keine Informationen über mögliche Asylverfahren mitgeteilt und keine Unterstützung gewährt. Entsprechend versuchen Flüchtlinge und Asylsuchende immer öfter sich selbst durchzuschlagen.

Empfehlungen für angemessene europäische Antworten:

- Die Mitgliedsstaaten der EU sind nun gefordert, anzuerkennen, dass es zu allererst um eine Flüchtlingskrise vor den Toren Europas geht. Entsprechend müssen sie sich auf eine faire Verteilung der Flüchtlinge verständigen. Zunächst müssen aber alle EU und Schengen-Mitgliedsstaaten anerkennen, dass insgesamt mehr Flüchtlinge aus Krisenregionen auf-

genommen werden müssen, und dass sie dringend mehr in die Flüchtlingsaufnahmekapazitäten investieren müssen. Auch wenn die Krise für viele überraschend erscheint, so ist sie es eigentlich nicht: Nicht oder zu spät zu handeln führt zu den Aufnahmeproblemen, die derzeit in Europa zu sehen sind.

- Flüchtlingsaufnahme erfordert auch Maßnahmen zur Integration, am besten vom ersten Tag an: Angebote zum Spracherwerb, medizinische Versorgung, Kontakt zur Bevölkerung, Schulbesuch für Kinder, Anerkennung von Qualifikationen und möglichst zügige Vermittlung in den Arbeitsmarkt sind notwendig.
- Flüchtlinge brauchen sichere Wege: Um das Sterben an den Grenzen und auf den Wegen in die EU oder Schengen-Mitgliedsstaaten zu verhindern, müssen sichere und reguläre Möglichkeiten zur Einreise geschaffen werden. Vorrangig sollten Familienangehörige schnell und großzügig Einreisegenehmigungen erhalten. Botschaftsmitarbeiter könnten dafür konsularische Beratung und Genehmigungen in den Flüchtlingslagern z.B. im Libanon und Jordanien erteilen. Auch humanitäre Visa könnten hier erteilt werden. Für syrische und eritreische Flüchtlinge sollte eine Aufhebung der Visapflicht erwogen werden, damit könnte den Schleppern und Menschenhändlern die Geschäftsgrundlage entzogen werden und Menschen eine geregelte Reise und Einreise ermöglicht werden. Flüchtlingsneuansiedlung/Resettlement muss dringend auf maßgebliche und glaubwürdige Quoten angehoben werden, damit darüber eine tatsächliche Alternative für Flüchtlinge besteht, mit diesem Programm eine realistische Chance auf einen Neuanfang zu haben.
- Zusätzlich braucht es geplante und gut kommunizierte Einwanderungsregeln für Studierende und Arbeitskräfte.
- Insbesondere im Nahen Osten, aber auch in anderen Krisenregionen, muss die Unterstützung für die Berberung von Flüchtlingen dringend – und zusätzlich zur Aufnahme von Flüchtlingen – aufgestockt werden.

Keine dieser Maßnahmen allein wird die globale Flüchtlingskrise lösen können. Je mehr jedoch diese Maßnahmen komplementär zueinander genutzt werden, und je mehr tatsächlich alle gemeinsam sich der Aufgabe stellen, desto höher sind die Chancen, diese Krise zu meistern – und damit Flüchtlingen den notwendigen Schutz zu gewähren und die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten.

Zuerst veröffentlicht in Zeitzeichen, Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, Oktober 2015

Gefährlicher Nexus: Rüstung, Migration und Klima

Grenzschutz und die Transformation der Rüstungsindustrie

Aus friedenspolitischer Sicht ist die Rüstungsindustrie ein Akteur, der in der (öffentlichen) Debatte um Klimaflüchtlinge womöglich eher marginal ist, der aber über großen Einfluss in der Politikgestaltung verfügt und dessen Interessen klar benennbar sind. Nach dem Ende der Blockkonfrontation war die Rüstungsindustrie mit einer sinkenden Nachfrage aus den NATO-Staaten insbesondere in jenen Bereichen konfrontiert, die eng mit der Schwerindustrie verbunden waren. Die sinkende Nachfrage nach Langstreckenraketen, Panzern und Munition wurde zunächst mit der informationstechnischen und sensorischen Nachrüstung bestehender Systeme ausgeglichen und stärkte innerhalb der Rüstungsindustrie jene Unternehmensstrukturen, die mit der Weiterentwicklung von Technologien in dem Bereich beschäftigt waren, der militärisch als C3I zusammengefasst wird: Command, Control, Communication & Intelligence. Da etwa die Verbesserung von Sensorik, Bilderkennung und Verschlüsselung klassische Dual-Use-Forschung sind, die sowohl zivil wie militärisch Verwendung finden kann, förderte dies eine zweite Tendenz in der Rüstungsindustrie seit dem Ende der Blockkonfrontation: die Transformation in eine Sicherheits- bzw. Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Klassische Rüstungsunternehmen erweiterten ihren Kundenkreis auf (vermeintlich) zivile Abnehmer, insbesondere staatliche Behörden wie Polizeien, Küstenwache, Zoll und Institutionen der Katastrophenhilfe und -vorsorge. Frühe Ergebnisse dieser Neuausrichtung war die Installation von SIVE-Überwachungsanlagen (Sistema Integrado de Vigilancia Exterior) ab 2000 an der spanischen Küste zur Bekämpfung der illegalisierten Migration, die von der Rüstungsindustrie hergestellt wurden und zugleich der Notfallkommunikation so genannter »Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben« dienen sollte. Deutlich erkennbar war die Verlagerung auf neue Kundenkreise auch an den der Rüstungsindustrie nahestehenden Verlagen, deren Periodika neben der internen Kommunikation auch der Kundeninformation dienen, die ihre Zeitschriften umbenannten oder neue auf den Markt brachten. Im Frühjahr 2008 wurde die erste Ausgabe der Zeitschrift »Griephan Global Security« der DVV Media Group verschickt, die laut Editorial »die publizistische Klammer zwischen klassischer Verteidigung und den Herausforderung der erweiterten Sicherheitsvorsorge angesichts wachsender globaler Ströme an Gütern, Menschen, Finanzen und Informationen« bilden wollte. Der auf Initiative des Verteidigungsministeriums gegründete Mönch-Verlag veröffentlicht seit 2007 neben dem klassischen Rüstungsmagazin »wt« (Wehrtechnik) auch die Zeitschrift »Safety & Security International«, »das Magazin für Grenzschutz, Kritische Infrastrukturen, Maritime Sicherheit, ...«. Ähnliches zeichnete sich auch im Bereich der

Messen und Konferenzen ab, die sich zunehmend auch an Polizeibehörden und Institutionen des Katastrophenschutzes richteten.

Politische Unterstützung und militärische Interessen

Die Politik unterstützte diese Transformation erstens im Zuge der allgemeinen nationalen Wirtschafts- und Standortförderung, zweitens aus Interesse an einer guten rüstungsindustriellen Basis und drittens, weil die technologische Neuausrichtung der Rüstung durchaus ihrem »erweiterten Sicherheitsbegriff« im Kontext eines »vernetzten Ansatzes« und zunehmend »asymmetrischen« Konflikten eines globalen Bürgerkriegs entsprach. So warb etwa die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Germany Trade and Invest, einst mit einer Pressemitteilung folgenden Inhalts für die Beteiligung deutscher Unternehmen an einer Rüstungsmesse in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE): »Es geht aus der Sicht der Obrigkeit in den Golfstaaten darum, erhebliche ausländische Bevölkerungsanteile zu erfassen, zu kanalisieren und auch zu kontrollieren. Extreme sind Standorte wie das VAE-Emirat Dubai, wo 90% der Bevölkerung Ausländer sind. Angefangen bei der Internetzensur über einen zentralen Server in den VAE über perfekte Abhörsysteme bis hin zur Abtastung der Iris am Flughafen Dubai für Einreisende aus Ländern, die die Gastarbeiter für die VAE liefern, ist bereits umfassend in die Kontrollinfrastruktur investiert worden. So verfügen die VAE mit knapp einer Mio. Iris-Datensätzen über die größte Datenbank von Iris-Scans weltweit. Täglich werden rd. 100 Personen an den Flughäfen der VAE zurückgewiesen, die aus verschiedenen Gründen von einer Einreise ausgeschlossen sind, und durch die Abtastung identifiziert werden... Auch die anderen GCC-Staaten [Golfkooperationsrat, CM] investieren kräftig in ihre Überwachungsinfrastruktur... Dabei sind nicht nur die Gäste Ziel der staatlichen Fürsorge. Auch die eigene Bevölkerung wird nicht zuletzt aus politischen Gründen im Auge behalten.«

Während es sich hier um plumpe Außenwirtschaftsförderung handelt, ging etwa die Europäische Kommission deutlich strategischer vor. Da die EU keinen eigenen Rüstungshaushalt hat aber das explizite Ziel der Schaffung eines europäischen Rüstungsmarktes verfolgte, versorgte sie die Rüstungsindustrie mit Milliardensummen aus der Forschungsförderung, insbesondere durch sog. Sicherheitsforschung. Eine wesentliche Rolle bei der europaweiten Erfassung entsprechender Unternehmen (und Forschungseinrichtungen) ihrer Vernetzung und der Programmierung der Projekte spielten neben der EU-»Verteidigungsagentur« EDA auch die »Grenzschutzagentur« FRONTEX. So erhielten die zahllosen Projekte zu Aufklärungsdrohnen, zur Sensorintegration, gesicherten Kommunikation und Lagebilderstellung, die später teilweise in das »System der Systeme«

EUROSUR zur Überwachung der Europäischen Grenze integriert wurden, einen zivilen Anstrich, weil sie vermeintlich dem »Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger« durch verbesserte Überwachung der Grenzen, der Meere und kritischer Infrastrukturen dienen sollte. Letztlich wurden hierbei aber auch und gezielt Vorarbeiten etwa zur Entwicklung einer eigenen Europäischen Kampf- und Überwachungsdrohne finanziert. Als der Beschluss hierzu gefällt wurde, applaudierte die Direktorin der EDA und kündigte an: »Hinsichtlich der Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie wird die Verteidigungsagentur weiter mit der Europäischen Kommission zusammenarbeiten, um weitere Forschung im Bereich des Dual Use anzuregen«. Das bedeutet, dass neue Millionensummen unter dem Vorwand der Migrationskontrolle in die Rüstungsindustrie gepumpt werden, um letztlich militärischen Zielen zu dienen. Die hierfür bereitgestellten Mittel stehen in keinem Verhältnis zur immer wieder als implizite Begründung herangezogenen Migration in seeuntüchtigen Booten über das Mittelmeer, die in ihrem Umfang jährlich weniger Menschen umfasst, als täglich am Frankfurter Flughafen abgefertigt werden. Die Maritime Sicherheit hat sich dadurch nicht verbessert, allenfalls wurde sie militarisiert, was mit einer Entrechtung der Betroffenen einhergeht.

Interessen im Migrationsdiskurs

Deshalb soll hier aus friedenspolitischer Perspektive davor gewarnt werden, die Themen Klimawandel und Migration allzu leichtfertig miteinander zu verknüpfen und vor gewaltigen »Flüchtlingsströmen« durch Klimaveränderungen zu warnen. Wie die Unterdrückung etwa aufgrund von Geschlecht, Rasse und Klasse untrennbar miteinander verwoben ist, so sind es auch meist die Fluchtursachen. Es ist weder empirisch haltbar noch politisch sinnvoll, Ursachen von Flucht und Migration isoliert zu betrachten, womöglich gilt das sogar für die Unterscheidung zwischen Flucht und Migration. Insbesondere gilt das jedoch für die Figur des Klimaflüchtlings. Bislang etwa lassen sich einzelne Wetterereignisse unmöglich eindeutig auf den Klimawandel zurückführen und ob solche Ereignisse, die möglicherweise mit dem Klimawandel in Verbindung stehen, größere Migrationsbewegungen auslösen oder begünstigen, hängt wesentlich von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab wie etwa Vorsorgemaßnahmen, Bewältigungsstrategien, den ökonomischen und logistischen Möglichkeiten der Betroffenen sowie den Chancen, die sich ihnen beim möglichen Wiederaufbau bieten. Wohin die Migration dann führt, hängt wiederum von der individuellen ökonomischen und familiären Lage, kulturellen Bindungen sowie politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen ab.

Wenn diese Komplexität negierend von Flucht und Migration die Rede ist, so ist diese Rede oft von Interessen und politischen Motiven durchdrungen. Die Warnung vor Flüchtlingsströmen kann durchaus gute Absichten verfolgen, wie etwa eine Reduzierung von Rüstungsexporten (wenn diese als Ursache benannt werden), eine Erhöhung der Ausgaben für die »Entwick-

lungszusammenarbeit« und humanitäre Hilfe oder aber eine Einigung der Regierungen über ökologische und nachhaltige Maßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstosses forcieren. Die Warnung vor Flüchtlingsströmen tendiert aber auch in diesen Fällen dazu, jene Ängste vor »Überfremdung« oder »Überbevölkerung« hervorzurufen oder gar anzusprechen, die sie allzu oft gezielt hervorruft, um Nationalismus zu schüren, den Ausbau der nationalen und internationalen Repressionsapparate zu beschleunigen und neue koloniale Interventionen in den als »Herkunft- und Transitstaaten« identifizierten Ländern des Globalen Südens zu legitimieren.

Insofern gilt für die Migration dasselbe, was der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse (GesNat) in einem Entwurf für ein Positionspapier über die Klimakrise schreibt: »Probleme existieren nicht losgelöst von ihrem sozialen und diskursiven Kontext. Nicht nur der Umgang mit ihnen und die Suche nach Lösungen sind Teil von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen; vielmehr sind bereits die Benennung eines Problems, die spezifische Problembeschreibung und Darstellungsweise sowie die verwendeten Begrifflichkeiten und Kategorien Resultate von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, die in machtdurchdrungene Diskurse eingebettet sind. Welche Deutungsweise und welches Wissen sich letztendlich durchsetzen und hegemonial werden, ist somit weder automatisch noch trivial, sondern entscheidend für die Strukturierung einer Problemlage und die sich daraus ergebenden Logiken und Lösungsansätze«. Einige Mitglieder des Arbeitsschwerpunktes hatten bereits im Mai 2012 unter dem Titel »Immer wieder fünf vor zwölf« vor der »Fixierung auf Katastrophenszenarien« in der Klimadebatte gewarnt, da durch diese »[d]emokratische und emanzipatorische Prozesse ... gegen ein schnelles und konsequentes Handeln ausgespielt« werden könnten: »Wenn der Planet noch gerettet werden solle, müsse dies mit möglichst effizienten Mitteln geschehen. Effizientes Handeln sei gerade nicht durch grundsätzliche Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern durch den Einsatz von Technik und marktförmigen Instrumenten möglich«. Außerdem tendiere die Fokussierung auf mögliche zukünftige Katastrophen »dass die aktuellen krisenhaften und ausbeuterischen gesellschaftlichen Naturverhältnisse zwar als problematisch wahrgenommen werden, aber in Bezug auf das Bevorstehende als relativ besser und somit als akzeptabel erscheinen. Die Fixierung auf Katastrophen verfestigt so tendenziell den Status Quo, anstatt bestehende Herrschaftsverhältnisse aufzubrechen«. Wenn in der Debatte um Klimaflüchtlinge dem Katastrophismus gehuldigt wird, kann auch das dazu führen, dem Einsatz von »Technik und marktförmigen Instrumenten« im Sinne jener Vorschub zu leisten, die eine weitere Militarisierung Deutschlands und der EU anstreben. Stattdessen gibt es jetzt bereits genug Anlass, sich gegen die Illegalisierung der Migration zu wehren, mit den Geflüchteten zu solidarisieren und so eigene, womöglich gerade basispolitische Paradigmen für den Umgang mit Menschen zu schaffen, die sich aus welchen Gründen auch immer auf den Weg gemacht haben.

Umweltkonflikte in Afrika und die militärischen Folgen

Afrika: Kurz notiert

Konflikte haben in Afrika wie in anderen Teilen der Erde eine lange Geschichte, in der sie in unterschiedlicher Form auftraten, mit unterschiedlichen Ursachen und somit auch mit unterschiedlichen Auswirkungen und unterschiedlichen Möglichkeiten, sie im Lauf der Zeit zu lösen. In vorkolonialer Zeit fanden Konflikte und Kriege zwischen Königreichen und Stämmen statt, und es ging in erster Linie um Ressourcen – Land für den Ackerbau, für Weiden und für die Jagd; und um Wasser.

Gesellschaftlich betrachtet bestehen die afrikanischen Länder aus unterschiedlichen Gruppen ethnischer Gemeinschaften und Stämme. Schätzungen zufolge gibt es afrikaweit über 3.000 ethnische Gruppen und Stämme. Auch heute noch identifizieren sich viele Menschen in Afrika eher mit ihren Stämmen oder ethnischen Gruppen als mit ihren kolonial entstandenen „Ländern“.

Die meisten Menschen verlassen sich überwiegend auf ihre Stammesgemeinschaften, wenn es um ihre soziale und wirtschaftliche Existenz einschließlich Sicherheit und Schutz geht. Die meisten Menschen haben keine enge Bindung an ihre nationale/zentralstaatliche Regierung und erhalten von ihr in der Regel wenig, was soziale, wirtschaftliche, schutz-/sicherheitsbezogene und sonstige Grundleistungen betrifft, deren Bereitstellung normalerweise von einer Regierung zu erwarten wäre.

Aus wirtschaftlicher Sicht werden die meisten afrikanischen Länder immer noch als arm eingestuft – dasselbe gilt auch für die Mehrzahl ihrer Bürger. Großvermögen und Unternehmen sind im Besitz von einigen wenigen, namentlich ausländischen Investoren, die Steuern (wenn überhaupt) an die Zentralregierung zahlen. Die meisten Länder wenden ihr gesamtes Inlandseinkommen (manchmal sogar mehr) für die Deckung der laufenden Ausgaben auf, und Entwicklungsprojekte werden ausländischen Gebern und Kreditgebern überlassen.

Die Mehrzahl der Menschen in Afrika ist zur Sicherung ihrer Existenz auf die Subsistenzlandwirtschaft angewiesen – sowohl für die Versorgung mit Nahrungsmitteln als auch für die Erzielung von Einkommen. Der Anteil der Menschen, die in den verschiedenen Ländern von der Subsistenzlandwirtschaft leben, bewegt sich zwischen 60 und 80 Prozent. Das Land ihrer Vorfahren zu bewirtschaften und es für unterschiedliche Zwecke zu nutzen (Landwirtschaft, Weidewirtschaft, Jagd usw.), bedeutet für die meisten afrikanischen Gemeinschaften mehr als nur Nahrung und Geld – es bedeutet Identität, eine Möglichkeit, sich gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen, Leben.

Die bäuerlichen Bewirtschaftungsmethoden sind überwiegend traditionell – mit geringem Maschineneinsatz



und wenig oder keinem Einsatz von modernen Betriebsmitteln und überwiegend niederschlagsabhängig. Selbst die kleinste Wetteränderung – geschweige denn der Klimawandel – bringt gravierende Probleme für viele Gemeinschaften, deren Existenz überwiegend vom Wetter abhängig ist und die in einer extremen Notsituation in der Regel nur wenig Hilfe von außerhalb ihrer Gemeinschaft erwarten können.

Die Umweltprobleme

Wie bereits erwähnt, sind viele afrikanischen Gemeinschaften – und die Menschen im Allgemeinen – zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen in hohem Maße von der Umwelt abhängig und erhalten in der Regel kaum oder keine Dienstleistungen von ihrer Regierung. Die jüngsten Entwicklungen und Veränderungen des Wetters, des Klimas und der Umwelt ganz allgemein wirken sich zunehmend auf die traditionellen Lebensweisen vieler Gemeinschaften aus.

Anhaltende Dürreperioden beeinträchtigen zunehmend die Fähigkeit vieler Gemeinschaften, ihre traditionellen Lebensweisen einschließlich Feldbestellung, Weidewirtschaft, Jagen und Sammeln usw. aufrechtzuerhalten. Anhaltende Dürreperioden bedeuten, dass weniger Anbaufläche und Wasser für die Landwirtschaft, die Weidewirtschaft und andere traditionelle Tätigkeiten zur Verfügung stehen. Zu den anderen Faktoren, die die Umwelt zusätzlich belasten, gehören das Bevölkerungswachstum und die nicht nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.

Die Auswirkungen der Umwelt- und Klimaänderungen

Zwei der häufigsten und sichtbarsten Folgen dieser Umwelt- und Klimaänderungen sind Konflikte/Gewalt und

Wanderungsbewegungen (Migration). Allerdings sollte an dieser Stelle ausdrücklich auf zwei Dinge hingewiesen werden:

Erstens, dass Konflikte nicht immer eine unmittelbare Folge von Umwelt- oder Klimaänderungen sind. Sie sind in der Regel das Ergebnis des Zusammenwirkens zahlreicher unterschiedlicher Faktoren. Zu den anderen gehören ethnische Unterschiede, wirtschaftliche und politische Einflüsse.

Zweitens, dass die Entscheidung, aus den betroffenen Gemeinschaften wegzuziehen/abzuwandern, nicht immer leicht fällt. In den meisten Fällen haben Untersuchungen gezeigt, dass dieser Weg von Gemeinschaften als letzter Ausweg gewählt wird, wenn alle anderen Möglichkeiten, die ihnen helfen könnten, mit den Veränderungen und ihren Auswirkungen fertig zu werden, versagt haben.

Die Verknappung der Ressourcen, von denen die Gemeinschaften zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen abhängen, führt in der Regel zu Streitigkeiten und Spannungen innerhalb der Gemeinschaften, insbesondere über die Frage, wer die wenigen verbleibenden Ressourcen kontrolliert und daraus Nutzen zieht. Ohne gewaltlose Friedensschaffungsmechanismen können diese Spannungen leicht in Gewalt und manchmal auch in bewaffnete Konflikte umschlagen.

Konflikte – wenn sie auftreten – entstehen in der Regel zwischen zwei oder mehreren Gruppen innerhalb derselben Gemeinschaften oder Nachbargemeinschaften, die die uneingeschränkte Kontrolle über die verbleibenden Ressourcen haben oder sie mit der/den anderen Gruppe(n) teilen wollen. Dies geschieht normalerweise zwischen Bauern, Hirten und Jägern/Sammlern.

Je nachdem, wie diese anderen Faktoren zusammenwirken, kann es somit innerhalb einer Gemeinschaft zu Konflikten und Kriegen kommen, während in benachbarten Gemeinschaften, die ähnlichen Umwelt- und Klimawirkungen ausgesetzt sind, von den verheerenden Auswirkungen eines Konflikts verschont bleiben (z. B. Darfur).

Wenn ein bereits durch Umwelt- und Klimaänderungen bedrohtes Leben durch Konflikte zusätzlich belastet wird, entstehen zwangsläufig Wanderungsbewegungen – auf der Suche nach einem »besseren Leben«. Was im Allgemeinen unter einem besseren Leben verstanden wird, ist eine bessere Umwelt, um normale soziale und wirtschaftliche Tätigkeiten – wie Ackerbau und Weidewirtschaft – auszuüben. Manchmal bedeutet es auch, Zugang zu anderen Lebenschancen wie etwa einer Erwerbs- und Unternehmertätigkeit (Land-Stadt-Migration) zu erhalten, um ein neues Leben zu beginnen.

Wenn nichts dagegen unternommen wird, können beide Effekte (Konflikte und Migration) zu einer weiteren Zerstörung der Umwelt führen – insbesondere zur Entwaldung oder sogar zur Zerstörung von anderen in den Konflikt einbezogenen natürlichen Ressourcen – und so die Lage aller beteiligten Gemeinschaften verschlimmern.

Als das eine Extrem wird erwartet, dass bis 2020 die Erträge aus dem Regenfeldbau im südlichen Afrika aufgrund der Trockenheit um die Hälfte sinken könnten. Die Änderung der Niederschlagsverteilung wird beispielsweise die Verfügbarkeit von Wasser und damit auch die Nahrungsproduktion beeinträchtigen und in vielen Gemeinschaften zu Nahrungsknappheit und zur Gefahr von Hungersnöten führen, die zwangsläufig menschliche Wanderungsbewegungen auslösen.

Der Klimawandel wird aller Voraussicht nach zu einer Verstärkung der Umweltbelastung an bereits marginalisierten Standorten führen und die Häufigkeit von Naturkatastrophen erhöhen. Fortgesetzte Treibhausgasemissionen werden wahrscheinlich mit Veränderungen der Niederschlagsverteilung, Wüstenbildung, häufiger auftretenden Stürmen und einem Anstieg des Meeresspiegels verbunden sein, die allesamt gravierende Auswirkungen auf die stark wetterabhängigen afrikanischen Gemeinschaften haben – sowohl im Hinblick auf ihr Verhalten (Konflikte) als auch ihre Siedlungen (Migration).

Zusätzlich zu all den wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Erderwärmung und des Klimawandels im Allgemeinen besteht die sehr reale Gefahr, dass in dem Maße, wie in den bislang friedlich zusammenlebenden Gruppen der Handlungsdruck wegen der abnehmenden Wasser- und Landressourcen zu steigen beginnt, weitere Konflikte entstehen.

Beispiele für Umweltkonflikte in Afrika

Der Darfur-Konflikt im Sudan ist eines der herausragenden Beispiele für umweltbedingte Konfliktfälle und Wanderungsursachen.

Durch das Zusammenwirken von Umweltzerstörung und Klimaänderungen, Stammesrivalitäten und Ethnizität kam es zu einer Instrumentalisierung der Umwelt gegen Rivalen, wodurch sich all die anderen vorhandenen Probleme verschärften. In einigen Fällen wurde Hirten bewusst der Zugang zu Wasser und Weiden verwehrt. Aus Rache vertrieben die Hirten dann die Menschen aus den Dörfern, brannten ihre Häuser nieder und fällten die Bäume. Ohne die (Obst-) Bäume konnten die Flüchtlinge nicht in ihre Gebiete zurückkehren. Durch Missbrauch der Waldwirtschaft waren Stämme in der Lage, die traditionellen Gebiete der Menschen unbewohnbar zu machen.

In Somalia hat ein komplexes Zusammenspiel von Dürre, Unsicherheit im eigenen Land und hohen Nahrungsmittelpreisen dazu geführt, dass derzeit über 2,5 Millionen Menschen im Süden des Landes auf humanitäre Soforthilfe angewiesen sind.

In Kenia zeigen Statistiken, dass die ausgeprägten Änderungen der Temperaturen und der Niederschlagsmengen zwischen 1960 und 1989 und zwischen 1990 und 2008 mit einem Anstieg der Land-Stadt-Umweltmigranten ab 1990 in Zusammenhang stehen. Zu den von Land-Stadt-Migranten in Kenia angeführten Umwelt-

problemen gehören Missernten, Naturkatastrophen, fehlendes Brennholz zum Kochen, Landverödung und unzureichender Zugang zu sauberem Trinkwasser.

In Ghana sind Schätzungen zufolge etwa 20 Prozent der in den nördlichen Landesteilen geborenen Menschen abgewandert und leben inzwischen im reicheren, eher städtisch geprägten Süden. In Nandom, dem Verwaltungszentrum für über 50.000 Menschen – hauptsächlich Bauern – in einer der ärmsten Regionen von Ghana, sind die Wanderungszahlen relativ hoch: Die Hälfte der Bevölkerung ist bereits in die Städte abgewandert.

In Tansania nehmen die gewaltsamen Konflikte zwischen Bauern und Weidetierhaltern in vielen Teilen des Landes zu, und immer mehr Menschen fallen diesen Konflikten zum Opfer.

Die militärischen Folgen

In jüngerer Zeit nehmen diese Konflikte zunehmend militärische Dimensionen an. Dies ist auf zwei Faktoren zurückzuführen:

- Erstens: die leichte Zugänglichkeit von Schusswaffen. Die Konflikte in Afrika erleichtern zunehmend den Zugang zu Schusswaffen – insbesondere in Kriegsgebieten.
- Zweitens: Im Rahmen der staatlichen Interventionen in Konflikte zwischen den Gemeinschaften kommt es meist zum Einsatz von Schusswaffen anstelle von anderen friedlichen, gewaltlosen Mitteln. Und die Tatsache, dass die Regierungen teilweise Partei für eine Gemeinschaft gegen eine andere ergreifen, bestärkt die Gemeinschaften, im Gegenzug ebenfalls Schusswaffen zu verwenden.

Die Militarisierung der Konflikte hat zu einer Konflikteskalation geführt, auf die in der Regel soziale Instabilität folgt, an die sich meist eine Militarisierung des öffentlichen Lebens in den betroffenen Gebieten anschließt. Dies hat zu einer Militarisierung vieler Konflikte in Afrika geführt.

Handlungs- und Lösungsbedarf

Die Auswirkungen der Umwelt-/Klimaänderungen und ihr Konfliktpotenzial überschreiten in der Mehrheit der Fälle lokale und nationale Grenzen. Die Instrumente zu ihrer Bewältigung sind vorhanden, müssen jedoch mit genauer Kenntnis der lokalen Zusammenhänge weiterentwickelt werden; außerdem müssen sie in einen regionalen und internationalen Zusammenhang gebracht werden.

Erstens bedarf es weiterer Untersuchungen direkt vor Ort, um Klarheit über den Zusammenhang zwischen einem Großteil der bestehenden Konflikte und den Umwelt-/Klimaänderungen zu gewinnen (ein Zusammenhang, der bisher von den meisten außer Acht gelassen wurde). Entscheidungen über die Bewältigung dieser Konflikte direkt vor Ort sollten dann auf der Grundlage einer genauen Kenntnis der Sachlage getroffen werden.

Zweitens müsste mehr für ein nachhaltiges Management der Naturressourcen getan werden – insbesondere auch für die Steuerung menschlicher Faktoren wie der Anbaumethoden, der Viehhaltung, der Abholzung zur Energiegewinnung usw., die zu Veränderungen in der Umwelt führen. Der Fall Darfur verdeutlicht, dass Probleme wie die unkontrollierte Ausbeutung von Naturressourcen wie Böden und Wälder im Verbund mit den Auswirkungen des Klimawandels nicht nur Gemeinschaften, sondern auch ganze Nationen destabilisieren können – und ihre Folgen sind weitreichend.

Darüber hinaus sollten die lokalen Gemeinschaften bei ihren Bemühungen um die Begrenzung der Folgen der Klimaänderungen und die Anpassung an sie unterstützt werden. Dies könnte durch Ausbildungsangebote für Verarbeitungs- und Lebensmittelveredelungsverfahren, nachhaltige landwirtschaftliche Methoden, den Ausbau der bäuerlichen Selbstorganisation, die Schaffung von alternativen Einkommensmöglichkeiten für Bauern, die Förderung des gerechten Zugangs zu Wasser- und Bodenressourcen und die Unterstützung der regionalen Wirtschaftsintegration geschehen.

Außerdem sollten die beteiligten Parteien – insbesondere die Regierungen – gewaltfreie /friedliche Konfliktlösungsansätze identifizieren, institutionalisieren und nach Priorität ordnen. Die Gemeinschaften sollten in die Lage versetzt werden, das Entstehen von Konflikten zu verhindern oder entstandene Konflikte friedlich beizulegen. Dies sollte Hand in Hand mit dem Aufbau und der Einführung von Konflikt-Frühwarn- und Reaktionsmechanismen in vielen Ländern geschehen, um Konflikte zu verhindern und zu begrenzen.

Die größten Verschmutzer dieser Erde müssen ihre Zusagen, die Emissionen zu reduzieren, um die Auswirkungen der Verschmutzung auf das Klima zu verlangsamen, unbedingt einhalten – denn am stärksten betroffenen sind die Menschen, die im globalen Süden leben und kaum zur Verschmutzung beitragen. Computermodelle haben gezeigt, dass die Niederschlagsverteilung über Afrika eher durch die Meerestemperaturen beeinflusst wird und dass diese wiederum mit der globalen Erwärmung und dem Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre gekoppelt sind. Anders ausgedrückt sind die Dürren in Afrika möglicherweise weniger durch eigenes Handeln und mehr durch die wirtschaftlichen Aktivitäten im Norden verursacht.

Und schließlich bedarf es in der Umwelt- und Klimaschutzarbeit einer stärkeren Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren wie Regierungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Forschungs-/Wissenschaftseinrichtungen – insbesondere auf der Ebene der lokalen Gemeinschaften – bei der Erfassung von Daten, beim Umweltmanagement, bei der Erkennung und Verhinderung von Konflikten usw. sowie bei der Integration des Klimawandels in die Arbeitspläne aller Akteure zur Erhöhung der Wirkungsbreite.

Falsche Sicherheit von Klimarisikoversicherungen. Risiken für Betroffene des Klimawandels und die Möglichkeit für reichen Staaten, sich aus der Verantwortung zu stehlen

Umweltkatastrophen nehmen weltweit zu – und betreffen vor allem Staaten des Südens. Grund dafür ist sicherlich die Häufung von Unwetterphänomenen in tropischen und subtropischen Gebieten. Aber eben auch Armut und strukturelle Probleme im Globalen Süden tragen dazu bei, dass die Folgen des Klimawandels im Süden stärker zu spüren sind. Denn zahlreiche Regierungen haben keine oder kaum Mittel, um präventive Maßnahmen gegen Wetterphänomene zu ergreifen. Und im Schadensfall erholen sich die schwachen Volkswirtschaften im Süden langsamer.

Das Institut für Epidemie- und Katastrophenforschung der belgischen Universität Leuven (CRED) verweist auf einen stetigen Anstieg der mit dem Klimawandel verbundenen Katastrophen über die vergangenen Jahrzehnte hinweg. Seit dem Jahr 2000 seien in einer 1988 eingerichteten Datenbank im Schnitt 341 Klimakatastrophen pro Jahr registriert worden. Dies sei, so schreibt das CRED in einem 2015 erschienenen Bericht, ein Anstieg um 44 Prozent gegenüber dem Zeitraum 1980-1989.

In den UN-Klimaverhandlungen wurde von verschiedener Seite daher schon lange die Forderung erhoben, rasch greifende Mechanismen zu schaffen, die im Schadensfall automatisch finanzielle Hilfen zu Verfügung stellen. Aus dieser Debatte heraus ist die Idee sogenannter Klimarisikoversicherungen entstanden. Einzelne Betroffene – vor allem Kleinbauern –, aber auch ganze Staaten sollen sich gegen die Folgen von Naturkatastrophen absichern können. Eines der Pilotprojekte solcher Versicherungen war die African Risk Capacity, die von der Afrikanischen Union Ende 2012 geschaffen wurde. Weitere Versicherungen dieser Art bestehen in der Karibik und Asien.

Die Bundesregierung schlug im Rahmen der deutschen G-7-Präsidentschaft eine Initiative im Bereich dieser sogenannten Klimarisikoversicherungen vor. Im Bundeshaushalt 2016 sind dafür 50 Millionen Euro bereitgestellt. Insgesamt könnte die Idee mit 150 Millionen Euro aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bezuschusst werden.

Natürlich ist für strukturschwache Staaten des Südens schnelle Hilfe im Katastrophenfall wichtig. Auch verweisen die Befürworter von »Klimarisikoversicherungen« auf Erfolgsbeispiele in Afrika nach Dürreperioden oder in der Karibik nach Wirbelstürmen. Dennoch bestehen – selbst bei ausführenden Versicherungsunternehmen – zahlreiche Fragen zu Sinnhaftigkeit und Perspektiven dieses Absicherungsmodells. Klar ist, dass die soge-

nannten Klimarisikoversicherungen die Entwicklungszusammenarbeit weiter privatisieren, das heißt, dass sie das Engagement von der staatlichen Seite auf die privatwirtschaftliche Seite verlagern. Damit besteht zugleich die Gefahr, dass gesellschaftliche, also kollektive Risiken auf die individuelle Ebene abgeschoben werden. Mit diesem Trend einhergehend droht das neue



Versicherungsmodell bei Klimaschäden in den Bereich der Finanzspekulation abzudriften. Bereits jetzt haben Versicherungen ihrerseits Rückversicherungen, die mit spekulativen Finanzmarktprodukten wie »Katastrophenanleihen« oder »Wetterderivaten« handeln.

Die Bundesregierung stellt die »Klimarisikoversicherungen« als neues Konzept zur Absicherung der Länder des Südens dar und geht fest von dessen Erfolg aus. Involvierte Versicherungsunternehmen sind da weitaus vorsichtiger. Unternehmen wie die Allianz AG befinden sich nach eigenen Angaben noch in der Evaluierungsphase. Auch verweisen Experten dieser Seite darauf, dass gerade bei den Mikrofinanzierungen bei Kleinbauern ein falsches Gefühl der Absicherung entstehen kann. Afrikanische Kleinbauern hätten in Einzelfällen aufgrund der Absicherung keine Saatgutrücklagen mehr angelegt. Nach dem Ernteausschlag hätten sie trotz Auszahlung der Versicherungssumme schlechter als vorher dagestanden. Solche Beispiele, die im offiziellen politischen Diskurs der Bundesregierung keine Berücksichtigung finden, zeigen, dass die Risiken doch erheblich sind und Versicherte in den Ländern des Südens trotzdem weiter



Peoples World Conference on Climate Change and Defence of Life in Cochabamba, Bolivia 2015

Ban Ki-moon und Evo Morales

flickr/UN Photo, Eskinder Debebe

unterstützt werden müssen. Die Idee, sie zu versichern und sich damit aus der Verantwortung ziehen zu können, funktioniert nicht.

Bisherige Erfahrungen mit den sogenannten Klimarisikoversicherungen weisen darauf hin, dass sich Solidar- und Marktgedanke gegenüberstehen und weitere Probleme bestehen. So sind die Versicherungsmodelle zum Teil äußerst komplex und selbst für Profis schwer erfassbar. Auch fehlt eine verlässliche Datenbasis, um Versicherungsbeiträge und Risiken für alle Seiten abzuschätzen. Das Geld, das von privater oder staatlicher Seite in Versicherungen investiert wird, fehlt an anderer Stelle. Und: Der ohnehin massive Kapitalfluss vom armen Süden in den reichen Norden wird weiter verstärkt. Das BMZ zeigt sich davon überzeugt, dass »Versicherungen (...) Staaten zu risikomindernden Maßnahmen ermutigen (können)«, was jedoch nichts anderes bedeutet als eine Verlagerung der Verantwortung

auf die Staaten des Südens. Auch die G7, der Verband der wichtigsten westlichen Industriestaaten, ziehen sich mit dem von ihr selbst unterstützten Versicherungskonzept aus der finanziellen Verantwortung zurück. Und schließlich ist der Effekt bislang recht gering. Haiti hat nach einem Sturm acht Millionen Euro aus Versicherungen erhalten. Über Spenden kam im gleichen Zeitraum ein dreistelliger Millionenbetrag zusammen.

Anstatt die Verantwortung für die sozialen und gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels mit dem Konzept sogenannter Klimaversicherungen auf die Betroffenen abzuschieben, sollten die reichen Industriestaaten selbst Verpflichtungen eingehen. Mit Blick auf die UN-Klimakonferenz in Paris im November und Dezember 2015 ist die Debatte bei uns im Norden über eine Abkehr von fossilen Brennstoffen, eine Dekarbonisierung, nötig. Hier fehlen konkrete Vorschläge der Bundesregierung.

Versicherung gegen Klimawandel

Man kann Finanzmärkte verteuern – aber auch versuchen, sie für soziale Zwecke einzuspannen.

Eine der neusten Ideen im Kampf gegen die durch den Klimawandel zunehmende Anzahl von Naturkatastrophen wie Hurrikane, Überschwemmungen und Dürren sind »Klimarisikoversicherungen«. Staaten versichern sich dabei bei einer von ihnen selbst gegründeten privat-öffentlichen Versicherungsgesellschaft gegen die finanziellen Kosten von Naturkatastrophen.

Ähnlich einer normalen Versicherung zahlen Staaten einer Region eine jährliche Prämie an einen gemeinsamen Topf und erhalten dafür im Katastrophenfall eine vorher festgelegte Auszahlungssumme von dieser Versicherungsgesellschaft. Im Gegensatz zu einer normalen Versicherung gibt es jedoch keinen, der die tatsächlichen Kosten der Katastrophe vor Ort begutachtet und beziffert. Stattdessen werden die Kosten mit Hilfe von Wetterdaten am Computer hochgerechnet. Zu einer Auszahlung kommt es, wenn ein gewisser Schwellenwert – zum Beispiel eine gewisse Windgeschwindigkeit – überschritten wird. Vereinfacht gesagt: Messen mehrere, vorher festgelegte Wetterstationen beispielsweise in Jamaika eine Windgeschwindigkeit von mehr als 180 km/h, bekommt das Land zeitnah und ganz unbürokratisch eine vorher festgelegte Auszahlungssumme von der Versicherungsgesellschaft – unabhängig davon, wie groß der Schaden nun tatsächlich war, oder ob es überhaupt einen Schaden gab.

Selbstverständlich kann es sich bei der Auszahlungssumme auch um größere Beträge handeln. Dies gilt etwa dann, wenn ein »Jahrhundertsturm« über die Karibik hinwegfegt und auf mehrere Karibikstaaten trifft. Um für eine solche regionale Megakatastrophe entsprechende Auszahlungssummen aufbringen zu können, haben die Versicherungsgesellschaften eine Rückversicherung abgeschlossen und komplexe Finanzmarktprodukte ausgegeben. Finanzinvestoren können diese Produkte, sogenannte Katastrophenanleihen und Wetterderivate, kaufen und damit auf zukünftige regionale Megakatastrophen bzw. deren nicht-Eintreten wetten. Im Katastrophenfall finanzieren sie die Ausgaben, im Ausbleiben kriegen sie eine lukrative Dividende. Die Finanzmärkte fungieren in diesen komplexen Arrangements demnach als *lender of last resort*.

Musterbeispiele in Afrika und der Karibik

Die Bundesregierung will Klimarisikoversicherungen zu einem Thema des bevorstehenden G7-Gipfels im bayerischen Elmau machen und deren technische Fortentwicklung unterstützen. Mit der Caribbean Catastrophe Risk Insurance Facility (CCRIF) und der African Risk Capacity (ARC) gibt es bisher zwei Musterbeispiele. Die CCRIF gibt es seit 2007, sie bietet den Karibikstaaten



einen Versicherungsschutz gegen Hurricanes, Überschwemmungen und Erdbeben an. Die ARC wurde 2014 gegründet und versichert die afrikanischen Staaten gegen Dürre. Sie schätzt die niederschlagsbedingten Ernteauffälle und errechnet die Kosten für ein staatliches Interventionsprogramm, um die ärmsten der Bevölkerung, zumeist Kleinbauern, mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Wird ein bestimmter Kostenpunkt erreicht, kommt es zur Auszahlung. Die CCRIF hat bereits 12 Auszahlungen gemacht, auch die ARC hat dieses Jahr an drei Staaten ausgezahlt. Beide Arrangements scheinen also zu funktionieren. Ein fader Beigeschmack bleibt dennoch – sei es auch nur, weil das alles so komplex ist und futurisch klingt.

Es wäre zu einfach, Klimarisikoversicherungen sofort als neues Spekulationsobjekt von Finanzmarktinvestoren moralisch zu verurteilen – obwohl sie dies durchaus sind. Die »Finanzialisierung« der Katastrophenhilfe, bei der die Finanzierung der Katastrophenhilfe dem scheinbar freien Spiel von Angebot und Nachfrage im Finanzmarktsektor unterworfen wird, erscheint in Zeiten eines aus den Fugen geratenen Finanzmarktsystems nicht wünschenswert, genauso wenig wie die zweifelhafte Herausbildung eines grünen »Klimakapitalismus«. Die pragmatische Chance einer Klimarisikoversicherung jedoch liegt darin, dass sie Staaten des globalen Südens ermöglicht, an dringend benötigtes Kapital zu gelangen, um entsprechende Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen möglichst schnell einzuleiten.

Nach aktuellen Schätzungen sind in Entwicklungs- und Schwellenländern bisher nur etwa 100 Millionen arme Menschen gegen klimabedingte Risiken versichert. Mit anderen Worten: Es gibt keinen funktionierenden privaten Versicherungsmarkt. Die Kosten für Hilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen werden also, wenn überhaupt, zumeist vom Staat getragen und nicht vom privaten



Flüchtlingslager in Äthiopien

flickr/UN Photo, Eskinder Debebe

und global weitverzweigten Versicherungssektor. Die Bevölkerungen in Entwicklungs- und Schwellenländern sind also – viel mehr als hierzulande – von staatlichen Unterstützungsleistungen abhängig.

Die karibischen oder afrikanischen Staaten haben jedoch meistens keinen finanziellen Spielraum, um diese unterstützenden Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen aus eigener Tasche zu finanzieren. Sie sind selbst in erster Linie auf externe Hilfgelder und damit auf das Wohlwollen anderer angewiesen. Kommen diese Hilfgelder nicht oder zu spät an – wie meistens der Fall – verzögert sich der Wiederaufbau. Dies hat langfristige ökonomische Konsequenzen und geht mit weitreichenden Wohlstandsverlusten einher: Wenn ich beispielsweise als Betreiber einer Schuhfabrik mein Geschäft nicht ordentlich ausüben kann, da mir die Gelder für die Reparatur meines Daches fehlen, sowie Straßen und Häfen nicht in Stand gesetzt sind, um meine Waren zu transportieren und an den Konsumenten zu bringen, habe ich weniger Einkommen und kann die Familie weniger finanzieren. Zugleich nimmt auch der Staat weniger Steuern ein und kann weniger staatliche Leistungen anbieten: Ein Teufelskreis. Bilaterale Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen sind zudem oft zweckgebunden und erlauben den Empfängern der Hilfgelder keine flexible Umschichtung, obwohl dies die Situation durchaus erfordern würde.

Geteilte Verantwortung

Ferner haben die karibischen oder afrikanischen Staaten aufgrund ihrer extremen Verschuldung keine Möglichkeit, sich Geld am Kapitalmarkt zu leihen. Die Zinsen sind schlichtweg nicht bezahlbar. Ein Schulden-

erlass würde dem zwar möglicherweise entgegenwirken, aber auch hier haben sich die G7 und die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank bisher starr gezeigt. Angesichts des Mangels an Handlungsoptionen erscheint eine Klimarisikoversicherung da durchaus als bestes und probates Mittel.

Problematisch ist jedoch, dass die Staaten, die eine Klimarisikoversicherung abgeschlossen haben, die Kosten für die Versicherungsprämien zumeist selbst tragen. Somit sind die Staaten, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich und zugleich am meisten betroffen sind, nun auch noch die Kostenträger. Dies hat wenig mit Klimagerechtigkeit zu tun und bedarf einer Korrektur.

Die Industriestaaten sollten sich daher durchaus am Aufbau dieser Klimaversicherungen in Form einer Kostenübernahme beteiligen – und so einen Teil ihrer Verantwortung für den Klimawandel tragen. Die Initiative der Bundesregierung, gemeinsam mit anderen G7-Staaten mehr Gelder für den Aufbau solcher Versicherungsmodelle bereit zu stellen, ist daher richtig. Finanzmärkte kann und darf man zurecht verteufeln. Man kann aber auch versuchen, sie für soziale Zwecke einzuspannen. Revolutionär ist das nicht, es ist klassische sozialdemokratische Politik. Alternativ kann, darf und sollte man durchaus die Vergabe von Hilfgeldern überarbeiten. Hier besteht klarer Reformbedarf.

*Zuerst erschienen im IPG-Journal vom 09.07.2015.
<http://www.ipg-journal.de/rubriken/nachhaltigkeit-energie-und-klimapolitik/artikel/versicherung-gegen-klimawandel-952/>.*

Klimagerechtigkeit durch das Pariser Abkommen?

Die zentrale Ungerechtigkeit des Klimawandels liegt darin, dass einerseits die Folgen des Klimawandels jene am stärksten treffen, die kaum oder gar nicht zu dem Problem beigetragen haben, und dass andererseits insbesondere die heute reichen Staaten den verfügbaren Umweltraum derart drastisch überbeansprucht haben, dass die Welt in Zukunft mit einem sehr kleinen verbliebenen »Carbon Budget« auskommen muss, um etwa die nach wie vor weit verbreitete Armut in Schwellen- und Entwicklungsländern zu überwinden.

Der fünfte Sachstandsbericht des UN-Wissenschaftsrats zum Klimawandel (IPCC) zeigt deutlich auf, dass beispielsweise die Treibhausgasemissionen aus der Stromerzeugung bis etwa zur Mitte des Jahrhunderts mehr oder weniger auf null sinken müssen, um das international vereinbarte Ziel noch zu schaffen, die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf unter zwei Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.¹⁶ Jedes Kohlekraftwerk, das heute oder in Zukunft noch ans Netz geht, macht es schwieriger, diese Schwelle nicht zu überschreiten, zumal die von der fossilen Energieindustrie ins Spiel gebrachte Abscheidung und Speicherung des bei der Verbrennung von Kohle oder Gas entstehenden Kohlendioxids bislang nicht in großem Maßstab funktioniert, neue ökologische Probleme mit sich bringt und außerdem extrem teuer würde.

Oder: Entwicklungspfade auf Basis fossiler Energien, derer sich die heutigen Industriestaaten bedienen haben, stehen dem Rest der Welt nicht mehr zur Verfügung. Gleichzeitig haben die Menschen in den heute wirtschaftlich armen Ländern dasselbe Recht auf Entwicklung und auf ein Leben frei von den Geißeln der Armut, wie die Menschen es in den reichen Ländern für sich beanspruchen.

Ein global gerechtes Klimaschutzregime müsste daher den folgenden vier Kriterien genügen:

Erstens müsste es ambitioniert genug sein, um die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 1,5°C zu begrenzen. Die Staatengemeinschaft hat sich bislang lediglich auf das Ziel geeinigt, die globale Erwärmung auf unter 2°C zu begrenzen. Gleichwohl gilt

eine Erwärmung von 1,5°C bereits als Grenze, um das Überleben auch der verwundbarsten Gesellschaften zu ermöglichen, insbesondere der kleinen Inselstaaten im Pazifik und Atlantik. Kein Abkommen, das wissentlich in Kauf nimmt, ganze Bevölkerungsgruppen im Stich zu lassen, kann als gerecht bewertet werden.



Zweitens müsste das Abkommen sicherstellen, dass jedes Land seinen fairen Beitrag zum global nötigen Klimaschutz beiträgt. Zwar gibt es keine allgemein gültige Rechenformel für die Bestimmung solcher fairer Anteile. Dennoch gibt die UN-Klimarahmenkonvention bereits vor, dass sich Länder in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Verantwortung bei der Verursachung des Klimawandels und ihrer wirtschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit engagieren sollen. Vorgeslagene Ansätze auf Basis dieser beiden Prinzipien zeigen, dass der faire Anteil der reichen Länder deutlich über das jeweils im Land derzeit politisch durchsetzbare Minderungspotential hinausgeht. Die Europäische Union beispielsweise müsste ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um 60 bis 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Daraus ergibt sich einerseits, dass die Industrieländer deutlich mehr reduzieren müssen, als sie sich selbst verordnen. Für die Europäische Union fordern Umwelt- und Entwicklungsverbände mindestens 55 statt der beschlossenen 40 Prozent Reduktionen. Da auch damit der faire Anteil der Europäischen Union nicht geleistet wäre, ist die finanzielle und technologische Unterstützung beim Klimaschutz in den ärmeren Ländern also Teil einer gerechten Lastenverteilung – und müsste daher nicht einfach wie derzeit der Fall als Teil der Entwicklungshilfe sondern zusätzlich geleistet werden.

Drittens müssen die Verursacher des Klimawandels die ärmeren Länder bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen unterstützen. Die Kosten sind erheb-

¹⁶ Die Zwei-Grad-Schwelle ist nicht nur eine politische Zielsetzung. Zwar ist der Klimawandel für viele Gesellschaften in den armen Ländern schon heute (bei etwa 0,9°C Erwärmung seit Beginn der Industrialisierung) sehr gefährlich und bringt vermehrt Dürren, Überschwemmungen und Unwetterkatastrophen mit sich. Spätestens ab 2°C Erwärmung aber dürfte der Klimawandel in allen Metriken und allen Regionen erhebliche Beeinträchtigungen, Schäden und Zerstörungen verursachen. Allein das dann vermutlich unvermeidliche Abschmelzen des grönländischen Eisschildes wird über die kommenden Jahrhunderte den Meeresspiegel um mehrere Meter ansteigen lassen; viele Regionen könnten komplett unbewohnbar werden, ganze Inselstaaten verschwinden, die globale Nahrungsmittelproduktion erheblich erschwert werden; viele Gesellschaften könnten damit überfordert sein und die Bemühungen im Kampf gegen die weltweite Armut zunichte gemacht werden.



Überschwemmung in Kerala 2013, Indien

flickr/UN Photo

lich. UNEP schätzt, dass jährlich etwa 200 bis 300 Mrd. US-Dollar zu wenig in die Anpassung an den Klimawandel investiert wird, insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittelproduktion, Wasserversorgung und Katastrophenvorsorge bzw. Risikominimierung gegenüber kommenden Unwetterkatastrophen. Aber auch die Anpassung an den Klimawandel hat Grenzen – Verluste, Schäden und Zerstörungen durch den Klimawandel sind unvermeidlich. Hierfür müssen die reichen Länder zumindest teilweise aufkommen. Von der Bundesregierung favorisierte Versicherungslösungen (etwa gegen Ernteauffälle) können dazu beitragen, aber auch neue Ungerechtigkeiten schaffen, wenn letztlich die betroffenen Menschen die (mithin infolge solcher Versicherungen reduzierten) Lasten zu tragen haben.

Viertens müsste das Abkommen nicht nur die entstehenden Belastungen, sondern auch die (oft deutlich größeren) wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes

gerecht verteilen, etwa Zugang zu nachhaltiger Energieversorgung schaffen oder die wirtschaftliche Entwicklung durch den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Nur wenn das Abkommen das Recht auf (nachhaltige!) Entwicklung nicht nur rhetorisch absichert, sondern auch aktiv befördert, werden die Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Rolle im künftigen Klimaschutzregime einnehmen können.

Vor diesen Herausforderungen steht der kommende UN-Klimagipfel in Paris. Bestenfalls die ersten Schritte werden dort getan werden. Umso wichtiger ist es, dass die Richtung stimmt und dass das Ergebnispaket von Paris die genannten Aspekte zumindest auf einen guten Weg bringt.

Klimaversicherungen bieten ein finanzielles Sicherheitsnetz

Versicherung bietet ein finanzielles Sicherheitsnetz bei infrequenten, aber dramatischen Ereignissen wie wetterbedingten Naturkatastrophen, die durch den Klimawandel in Zukunft häufiger werden. Der traditionelle Risikotransfer dient hier als Vorlage und muss in den verletzlichsten Ländern an lokale Bedingungen angepasst werden.

Über Mikroversicherungen gewährleistet die Allianz aktuell mehr als 40 Millionen Menschen in den vulnerabelsten Ländern Versicherungsschutz. Allerdings ist bei unseren Mikrokunden bisher die Nachfrage nach Klimaspezifischen Produkten wie Hausratsversicherungen gering, die Risiken sind zu sporadisch und nicht greifbar für die Kunden. Unmittelbarere Risiken wie Lebens- und Krankenversicherung stehen höher im Kurs und machen den Großteil unseres Mikroversicherungsportfolios aus. Eine Ausnahme bilden Agrarversicherungen. Agrarprodukte sind aber komplex und vergleichsweise teuer, so dass Nachfrage und Angebot (ebenso wie bei Agrarversicherungen in Industrieländern) derzeit ohne Subventionen nicht zusammen finden.

Eine großflächige Absicherung verwundbarer Kundengruppen gegen den Klimawandel bedarf also der Einbindung staatlicher und nicht-staatlicher Akteure auf der Meso- und Makroebene, zum Beispiel durch Subventionen von Agrarversicherungen oder staatliche Naturkatastrophen-Programme, die im Katastrophenfall schnell auszahlen.

Interessante Ansätze liegen auch darin, Präventionsmaßnahmen mit dem Versicherungsschutz zu verbinden. Versichert werden nur diejenigen Gruppen,



Gemeinschaften oder Dörfer, die Schutzmaßnahmen getroffen haben – sei es gegen Flut, Sturm, Hagel, oder lang anhaltende Dürre. Versicherung ist jedoch kein Allheilmittel. Wenn der Meeresspiegel als Folge der globalen Erwärmung stetig steigt, kann eine klassische Versicherung nicht helfen. Anpassung der Infrastruktur an langsame, aber sichere Veränderungen, ist daher oberstes Gebot.

Stopp des Klimawandels nur mit radikaler Veränderung der sozialen Verhältnisse

Es sind dieselben Mechanismen und Triebfedern, die zu einem Raubbau an der Natur, zu wachsender Ungleichheit und zu Armut führen. Wirtschaft und Gesellschaft, Macht- und Eigentumsverhältnisse dürfen nicht bleiben wie sie sind, wenn der notwendige ökologische Umbau möglich werden soll.

Undenkbar, dass der Klimawandel oder der Raubbau an Natur und Menschen gestoppt werden kann, ohne die sozialen Verhältnisse radikal zu verändern; und undenkbar, dass es solidarische und gerechte Verhältnisse geben kann, ohne dass wir eine ökologische Produktions- und Lebensweise finden.

Die herrschende Wirtschaftsordnung ist nicht nur ungerecht, skrupellos und undemokratisch, sondern zerstört auch die natürlichen Lebensgrundlagen. Die Regenerationsfähigkeit der Erde ist heute schon um die Hälfte überschritten, täglich werden über 80 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt, die Meere um etwa 350.000 Tonnen überfischt, rund 100 Arten ausgerottet, 50.000 Hektar Wald abgeholzt, 20.000 Hektar Ackerland zerstört. Und 30 Prozent der Weltbevölkerung leiden unter Wasserknappheit. Ein Weiter-So ist keine Option. Je länger die Reise auf dem falschen Dampfer dauert, desto härter werden die Konsequenzen – vor allem und zuerst für die Armen.

Um Ansatzpunkte für den notwendigen sozialökologischen Umbau zu finden, müssen wir die konkreten sozialen Verhältnisse ins Blickfeld rücken. Es ist nicht ,die Menschheit', die den Globus zu Grunde richtet, sondern es sind konkrete Personen, die unter gesellschaftlichen, politisch bestimmten Bedingungen handeln. Die Liberalisierung der Finanzmärkte bewirkt dass Investmentbanker – in globaler Konkurrenz um Kapitalanleger – immer größere Risiken eingehen, um



kurzfristig möglichst hohe Profite zu realisieren. Um dem zu begegnen müssen die Banken und Finanzmärkte durch Gesetze reguliert und begrenzt werden; moralische Appelle helfen nicht. Genauso wenig wie sie dazu taugen, den Massenkonsum zu reduzieren und auf sozial- und umweltverträgliche Produkte zu lenken – so lange eine gigantische Werbeindustrie und die ganze Arbeitsgesellschaft darauf ausgerichtet ist, immer mehr Waren an immer mehr Menschen zu verkaufen. Will man der aktuellen Krise entgegenwirken, müssen nicht nur die Zerstörungskräfte der Finanzmärkte überwunden werden, sondern auch das bestehende, unlösbar mit Wachstum verbundene Akkumulationsmodell. Wenn wir über Zukunft reden, muss es darum gehen, dass die Wachstumsmaschinerie nicht weiter »geölt« wird.

Auf der Flucht vor humanitären Krisen: zur sozialen Dimension des Klimawandels



PROGRAMM

3. Juli

Klimawandel – Eine soziale Frage

15.00 – 15.15 Uhr **Begrüßung**

Inge Höger, *MdB*

Dagmar Enkelmann, *Vorsitzende Rosa-Luxemburg-Stiftung*

15.15 – 15.45 Uhr **Einführungsvortrag
Klimawandel und Klimagerechtigkeit –
eine soziale Frage**

Dietmar Bartsch, *MdB*,

2. Stellv. Fraktionsvorsitzender

Annette Groth, *MdB*

15.45 – 17.15 Uhr **Panel 1**

Klimawandel in der Politik

Michael Müller,

NaturFreunde Deutschlands

Eva Bulling-Schröter, *MdB*

Joan Carling, *Asia Indigenous Peoples Pact, Thailand*

Moderation Tazio Müller, *RLS*

17.15 – 17.45 Uhr Kaffeepause

17.45 – 19.15 Uhr **Panel 2**

Menschenrechtsverletzungen durch Klimawandel: Die Armen trifft es zuerst

Sabine Minninger, *Brot für die Welt*

Kai Niebert, *Universität Zürich, Schweiz*

Nnimmo Bassey, *Health of Mother Earth Foundation,
Nigeria*

Moderation Inge Höger, *MdB*

19.15 – 20.00 Uhr **Imbiss im Foyer**

**Ausstellung »Klima? Wandel. Wissen! Neues aus
der Klimawissenschaft«, Germanwatch**

20.00 – 22.00 Uhr **Film und Gespräch**

»Über den Tellerrand – Ernährungssouveränität in Zeiten des Klimawandels«, 2013

Nnimmo Bassey, *Health of Mother Earth Foundation,
Nigeria*

Mussa Billegeya, *RLS, Dar Es Salaam, Tanzania*

Moderation Arndt Hopfmann, *RLS*

4. Juli:

Flucht vor dem Klimawandel

9.30 – 10.15 Uhr **Einführungsvortrag:**

Migration durch Klimawandel

Angela Oels, *Universität Lund, Schweden*

Moderation Kim Weidenberg

10.15 – 12.15 Uhr **Parallele Workshops**

1. Klimawandel als Herausforderung an die internationale Migration

Mamadou Mbodji, *Association Sénégalaises des Amis
de la Nature (ASAN) Senegal*

Cosmin Corendea, *United Nation University*

Moderation Annette Groth

2. Anforderungen an die Migrationspolitik i n Deutschland und der EU

Ulla Jelpke, *MdB*

Doris Peschke, *Churches' Commission for Migrants
in Europe, Brüssel, Belgien*

Moderation Koray Yılmaz-Günay, *RLS*

3. Umweltmigration und militärische Abwehr

Christoph Marischka, *Informationsstelle Militarisie-
rung*

Mussa Billegeya

Moderation Inge Höger

4. Versicherung gegen Klimawandelfolgen – Schutz der Ärmsten oder Reibach für die Versicherungskonzerne?

Heike Hänsel, *MdB*

Nikolas Scherer,

Hertie School of Governance

Simone Ruiz-Vergote, *Allianz Climate Solutions*

Moderation Alexander King,
Bundestagsfraktion DIE LINKE

12.15 – 13.00 Uhr Mittagessen

13.00 – 13.45 Uhr

Ergebnisse der Workshops und Diskussion

Moderation Ulla Jelpke



Christiane Averbeck

ist Geschäftsführerin der Klima-Allianz Deutschland, dem breiten gesellschaftlichen Bündnis für Klimaschutz in Deutschland. Zuvor arbeitete die promovierte Biologin 15 Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit in Ghana, Uganda und Simbabwe, unterstützte den Rat für nachhaltige Entwicklung Deutschland und engagierte sich beruflich im Rahmen eines Bildungsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung.



Nnimmo Bassey

ist der Direktor des ökologischen think-tank »Health of Mother Earth Foundation« (HOMEF) und Koordinator von »Oilwatch International«. Bassey ist Autor verschiedener Bücher zu den Themen Umwelt, Architektur und Poesie. Er hat 2010 den Right Livelihood Award, auch bekannt als Alternativer Nobelpreis, verliehen bekommen. 2012 erhielt er den »Rafto Human Rights Award«. Sein Buch »To Cook a Continent – Destructive Extraction and the Climate Crisis in Africa« (Pambazuka Press, 2012) ist bisher auf Portugiesisch und Finnisch übersetzt worden.



Dr. Dietmar Bartsch, MdB

ist 57 Jahre alt und kommt aus Mecklenburg-Vorpommern. Er hat in Berlin-Karlshorst Ökonomie studiert und in Moskau promoviert. Er war unter anderem Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE und gehört dem Deutschen Bundestag in der vierten Wahlperiode an. Dietmar Bartsch ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag.



Mussa Billegeya

aus Tansania hat an der Universität von Daressalam, Tansania, einen Abschluss in Politikwissenschaft und Französisch erworben. Er verfügt über mehr als zehn Jahre Berufserfahrung in der Zivilgesellschaft und in der privaten Wirtschaft Tansanias, Ostafrikas und des südlichen Afrikas. Er war u. a. als Programmmanager für die Tanzania Association of NGOs (TANGO) (Tansanischer Verband von NGOs), das Eastern and Southern Africa Small Scale Farmers Forum (ESAFF) (Forum der Kleinbauern des östlichen und südlichen Afrikas) und die Tanzania Civil Engineering Contractors Association (TACECA) (Verband der Hoch- und Tiefbauunternehmer Tansanias) tätig. Darüber hinaus hat er sich in den Bereichen »Führungskräfte für den Wandel«, Journalismus und Informations- und Kommunikationspraxis mit Schwerpunkt Web 2.0 weitergebildet. Derzeit ist er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Programmmanager im Regionalbüro Ostafrika tätig.



Eva Bulling-Schröter, MdB

ist Schlosserin und seit 1994 Klima- und Energieexpertin von Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Ob Flüchtlingsheim oder UN-Klimakonferenz: den von Armut und Klimawandel betroffenen Menschen eine Stimme zu geben steht für Ex-Umweltausschuss-Vorsitzende ganz vorne.



Joan Carling

ist Aktivistin der indigenen Bevölkerung der Philippinischen Kordillieren. Sie setzt sich seit über 20 Jahren vor Ort bis hin zur internationalen Ebene für die Belange der indigenen Bevölkerung ein. Ihre Fachgebiete sind Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Klimawandel sowie die Grundsätze und Anwendung der so genannten »freiwilligen vorherigen Zustimmung in Kenntnis der Sachlage« (Free Prior and Informed Consent, FPIC). Darüber hinaus bringt sie sich aktiv in internationalen Gremien, Prozessen und Mechanismen wie dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und VN-Organisationen ein. Sie wurde zwei Mal zur Generalsekretärin des Pakts der indigenen Völker Asiens (AIPP) gewählt - erstmals 2008 - und vertritt die 47 Mitgliedsorganisationen des AIPP in 14 Ländern. Joan Carling wurde vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen zum sachverständigen Mitglied des Ständigen Forums der Vereinten Nationen für indigene Fragen (UNPFII) ernannt.



Dr. Cosmin Corendea

ist als Associate Academic Officer/Jurist am Institute for Environment and Human Security der United Nations University tätig. Er ist Ansprechpartner für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit Umweltzerstörungen und den negativen Folgen des Klimawandels, z.B. institutionelle Schwächen und Klimaanpassung, Klimagerechtigkeit, Menschenrechte, erzwungene Migration usw., und führt Untersuchungen zu den konzeptionellen und komparativen Rahmenbedingungen der Wahrnehmung von Umweltgefährdungen, Widerstandsfähigkeit und nachhaltiger Entwicklung aus rechtlicher Sicht mit zielgerichteten und positiven Überlegungen zum politischen Gestaltungsprozess durch. Dr. Corendea hat im Fachbereich Rechtswissenschaften an der juristischen Fakultät der Golden Gate University promoviert und den LL.M. für interkulturelle Menschenrechte an der juristischen Fakultät der Saint Thomas University erworben.



Dr. Dagmar Enkelmann

ist seit 2012 Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie war nach 1990 Mitglied der Volkskammer, des Deutschen Bundestags und des Landtages Brandenburg, sowie von 2003 bis 2006 stellvertretende Vorsitzende der PDS. 2005 zog Dagmar Enkelmann in den Bundestag ein und war dort von 2005 bis 2013 parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.



Annette Groth, MdB

ist studierte Entwicklungssoziologin und wurde 2009 über die Landesliste Baden-Württembergs in den Deutschen Bundestag gewählt. Sie ist menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE sowie Mitglied im Verkehrsausschuss, Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe und stellvertretendes Mitglied im Europarat.



Ulla Jelpke, MdB

wurde am 9. Juni 1951 in Hamburg geboren. Sie ist seit den 68er Jahren politisch aktiv und blickt mittlerweile zurück auf über 20 Jahre Erfahrung als Mitglied des Deutschen Bundestages. Als innenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion liegen ihr die Themen Migration und Flüchtlingspolitik besonders am Herzen.



Heike Hänsel, MdB

ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags und entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Ihre thematischen Schwerpunkte liegen auf Handels- und Entwicklungspolitik. Sie ist außerdem aktiv in der Friedensbewegung. Seit 1997 arbeitet sie in der Gesellschaft Kultur des Friedens. Sie Mitglied u. a. bei Attac, DFG-VK und pax christi.



Jan Kowalzig

ist Referent für Klimawandel und Klimapolitik bei Oxfam Deutschland, eine unabhängige Hilfs- und Entwicklungsorganisation, die sich über konkrete Projektarbeit, humanitäre Hilfe und politische Arbeit für eine gerechte Welt ohne Armut einsetzt. Herr Kowalzig verfolgt seit Jahren die UN-Verhandlungen für ein globales Abkommen zum Klimawandel und dort insbesondere die Verhandlungen über eine Klima-Finanzarchitektur zur Unterstützung der armen Länder. Bevor Herr Kowalzig Ende 2007 zu Oxfam Deutschland gestoßen ist, war er mehrere Jahre in Brüssel für das europäische NRO-Netzwerk Friends of the Earth Europe tätig und betreute dort den Bereich europäische Energie- und Klimapolitik.



Sabine Leidig, MdB

ist seit 2009 verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und Koordinatorin der Projektgruppe »Plan-B – für sozialökologischen Umbau«. Zuvor war sie über 30 Jahre außerparlamentarisch aktiv: gesellschaftskritische Kultur-, Jugend- und Bildungsarbeit, Friedens- und Solidaritätsbewegung und als Gewerkschafterin. Schließlich hat sie als Bundesgeschäftsführerin von Attac dezentrale politische Projekte begleitet.

Christoph Marischka

ist seit 2001 bei der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. aktiv. Er studierte Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Psychologie und beendete 2007 sein Studium mit einer Arbeit zum italienischen Migrationsregime, für die er Menschen interviewte, die zuvor über Lampedusa eingereist waren. Seine Schwerpunkte sind Sicherheitstechnologien und -märkte sowie die EU-Außenpolitik auf dem afrikanischen Kontinent.



Mamadou Mbodji

hat einen Master im Umweltmanagement abgeschlossen und ist aktiver Umweltschützer und Berater in Fragen des Klimawandels. Er ist Vizepräsident Nature Friends International (NFI) (Naturfreunde Internationale) sowie Präsident African Naturefriends Network (RAFAN) (Netzwerk Afrikanischer Naturfreunde) und stellvertretender Generalsekretär Naturefriends Senegal (ASAN) (Naturfreunde des Senegal). Darüber hinaus koordiniert er die Global Climate Campaign (GCC) (Globale Klimakampagne) für West- und Zentralafrika und arbeitet als stellvertretender Koordinator der Senegalese Alliance against Hunger and Malnutrition (ANCFM) (Senegalesische Allianz gegen Hunger und Unterernährung).



Sabine Minninger

ist Referentin für Klimapolitik bei Brot für die Welt mit dem Schwerpunkt Klimawandel und Entwicklungsfragen. Seit 2008 verfolgt sie den UNFCCC-Prozess zusammen mit Partnern aus dem Globalen Süden. Von 2004-2012 war sie als Beraterin für Partnerorganisationen des Evangelischen Entwicklungsdienstes zur Katastrophenvorsorge in Südostasien und Südpazifik tätig. Ihr Schwerpunkt liegt auf Klimagerechtigkeit, Klimaanpassung, Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten und Klimafinanzierung.



Michael Müller

war Sprecher der Klimaenquete des Deutschen Bundestages 1987 – 1994, des weiteren Staatssekretär im BMUB und Mitglied der AR 4 Konferenzen 2007 des IPCC. Aktuell ist Michael Müller der Bundesvorsitzende der NaturFreunde Deutschlands.



Prof. Dr. Kai Niebert

ist Leiter des Anthropocene Learning Lab der Universität Zürich und der Leuphana Universität Lüneburg. Er sitzt im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings und ist Stellvertretender Vorsitzender der NaturFreunde Deutschlands.



Dr. Angela Oels

ist Politikwissenschaftlerin mit einem Forschungsschwerpunkt in der internationalen Klimapolitik. Sie lehrt derzeit für ein Jahr als Gastprofessorin an der Universität Lund in der Politikwissenschaft und am Zentrum für Nachhaltigkeitsstudien. Sie bereitet für die Universität Lund in Kooperation mit der FernUniversität in Hagen einen Massive Open Online Course über »Climate Change: A question of Justice?« vor, der am 28. September online geht.



Doris Peschke

Doris Peschke, 1957 in Hannover geboren, hat Evangelische Theologie studiert und ist Diplom-Theologin. Nach ihrem Studium in West-Berlin und Göttingen sowie am Ökumenischen Institut Bossey (Genf) und in Marburg von 1976 bis 1982 sowie einem Praktikum beim Weltkirchenrat im Rahmen des Programms zur Bekämpfung von Rassismus im Jahr 1981 war sie von 1983 bis 1988 für die Vertretung der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO in Bonn und von 1988 bis 1999 als Sekretärin für den Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau in Frankfurt/Main tätig. Seit 1999 ist sie Generalsekretärin der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME), der ökumenischen Organisation von Kirchen und Kirchenräten sowie diakonischen Einrichtungen in Europa zu Migration und Integration, Flucht und Asyl und gegen Rassismus und Diskriminierung.



Simone Ruiz

leitet den Bereich Climate Policy & Advisory bei Allianz Climate Solutions GmbH (ACS), dem Kompetenzzentrum für Klimawandel der Allianz Gruppe. Die ACS dient externen Kunden und Allianz-Gesellschaften mit Fachexpertise für Risikoanalysen, Investitionen und Versicherungslösungen. Zuvor hat Simone Ruiz fünf Jahre EU Gesetzgebung im Bereich Finanz- und Klimapolitik verfolgt und mitgestaltet, zuletzt beim Dachverband für Internationalen Emissionshandel als Leiterin des Brüsseler Büros.



Kim Weidenberg

ist seit 2010 menschenrechtspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Zuvor hat die Entwicklungspolitologin und Diplom-Biologin als wissenschaftliche Mitarbeiterin für zwei Abgeordnete der Linksfraktion im Entwicklungsausschuss sowie in verschiedenen Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen gearbeitet.



Nikolas Scherer

ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hertie School of Governance in Berlin. Er forscht zu Klimarisikoversicherungen und Europas Rolle in der Welt. Nikolas studierte Governance and Public Policy in Passau und Rom sowie Internationale Beziehungen in Warwick, Großbritannien. Im Frühjahr 2014 war er Visiting Fellow an der London School of Economics.

Weiterführende Links:

- <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/klimapolitik-soziale-gerechtigkeit>
- www.rosalux.de/Documentation/53620
- <http://www.nachhaltig-links.de/index.php>
- www.oxfam.de/publikationen/klima-flucht
- www.naturfreunde.de
- Kirche für Migranten in Europa: www.ccme.eu
- www.die-klima-allianz.de
- <http://350pacific.org>

